Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

25. Mai 1981 Nr. 22 Preis 1 DM D 21060 C

Der sogenannte Antiamerikanismus

Helmut Schmidt und die Politik der USA.

lup. Vor seinem Abflug nach Washington hatte Helmut Schmidt auf einer Konferenz von SPD Ortsvereinsvorsitzenden in Wolfratshausen sein Schicksal als Bundeskanzler an die Verwirklichung des Doppelbeschlusses der NATO geknüpft. Auch Lambsdorff und Genscher sollen vor dem FDP-Präsidium mit Rücktritt gedroht haben für den Fall, daß die NATO-Beschlüsse vom Dezember 1979 nicht vom FDP-Parteitag bekräftigt werden. Schon früher hatte Genscher mit der Aufkündigung der Koalition gedroht, falls die SPD auf ihrem Parteitag von der Außenpolitik der Bundesregierung abweicht. Das Verhältnis zur NATO und zu den USA, insbesondere aber zur Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in der BRD, ist eine der Sollbruchstellen der gegenwärtigen Regierungskoalition. An dieser Sollbruchstelle wird die CDU im Anschluß an die Kanzlerreise in die USA in der sicherheitspolitischen Debatte des Bundestages weiter sägen. Der Staatshaushalt ist eine andere Sollbruchstelle. Beide hängen aber auch miteinander zusammen. Die Krise der Staatsfinanzen, die wachsende Verschuldung sind zwar nicht einfach Ergebnis der steigenden Militärausgaben. Sie ergeben sich aus allgemeineren Gesetzmäßigkeiten und Entwicklungen des Kapitalismus in Westdeutschland. Und um zu zeigen, daß Kürzungen sich fast ausschließlich auf jene Bereiche bezieht, die den Lohnabhängigen mehr oder weniger zugutekommen, ansonsten aber eine unerhörte Verschwendung und Vernichtung von Produktivkräften stattfindet, braucht man nicht bloß auf die Ausgaben für die Bundeswehr zu verweisen. Man braucht bloß an das vom Kapitalismus produzierte Arbeitslosenheer zu denken. Aber trotzdem: Wenn die Leistungen von Sozialversicherung gekürzt, Kindergeld gestrichen werden soll unter anderem zu dem Zweck, die ständig anschwellenden Forderungen des Verteidigungsetats zu erfülllen, im gleichen Atemzug Erhöhungen von Branntwein- und Tabaksteuer angekündigt werden, auf Landesebene Krankenhausstillegungen und Schulschließungen vorangetrieben werden, dann ist das schon ein starkes Argument dafür, all die geplanten Kürzungen und Beschneidungen wie die Außen- und Militärpolitik der Bundesregierung entschieden zu bekämpfen. Insbesondere, wenn man bedenkt, daß die Steigerung der Militärausgaben mehr oder weniger direkt auf Druck und im Interesse der US-Regierung erfolgen. Helmut Schmidt hat jetzt in Washington noch einmal erklärt, daß die geforderte reale Steigerung der Verteidigungsausgaben um 3% von der Bundesregierung eingehalten wird, und daß die Finanzierung des „Host-Nation-Supports" gesichert sei. Letzteres beinhaltet alle Einrichtungen, die die rasche Verstärkung der US-Truppen in Westeuropa ermöglichen, und kostet innerhalb der folgenden 4 Jahre über 1 Mrd. DM. Diese sind aber in der laufenden Finanzplanung des Verteidigungsministeriums noch gar nicht eingerechnet.

In Washington haben Reagan und Schmidt nun zum xten Male das Festhalten an „beiden Teilen" des NATO-Doppelbeschlusses bekräftigt. In diesen „beiden Teilen" stecken aber in Wirklichkeit unterschiedliche Konzepte. Die Diskussion um die NATO-Nachrüstung hatte ursprünglich Helmut Schmidt durch einen Vortrag in London im Oktober 1977 eingeleitet, der schließlich der Mittelstreckenraketenbeschluß vorbereitete. Die Bundesregierung ging damals davon aus, daß die Aufrüstung der Sowjetunion die Grundlage der Entspannungspolitik in Europa gefährden würde, an der die westdeutsche Bourgeoisie nicht bloß aus ökonomischen Gründen interessiert ist. In einem europäischen Krieg unter Führung der beiden Supermächte, der gerade die mitteleuropäischen Länder weitgehend zerstören würde, ist natürlich auch für die westdeutsche Bourgeoisie nichts zu holen. Es geht aber den USA genausowenig wie der Sowjetunion um Entspannung und Wiederherstellung des Gleichgewichts, sondern um Vorherrschaft. Umso weniger können Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion ein Mittel sein, das Wettrüsten einzuschränken, zumal sich die USA den westeuropäischen Staaten gegenüber lediglich zu einem Gesprächstermin mit Gromyko verpflichtet haben. Auf die Verhandlungen haben weder die europäischen Regierungen, geschweige denn die europäischen Völker Einfluß.

Wachsenden Druck seitens der USA auf die europäischen Länder, ihre Politik immer stärker an die globale Machtpolitik der USA anzukoppeln, gibt es nicht erst seit dem Amtsantritt Reagans. Verstärkung der militärischen Präsenz der USA in Westeuropa hatte bereits Ford im April 1975 eingeleitet, just zu dem Zeitpunkt, als US-Botschafter Dean sich mit dem Sternenbanner aus Phnom Penh davonmachte und damit sinnfällig den Niedergang der Weltherrschaft des US-Imperialismus zum Ausdruck brachte.

Zu einem akuten Problem für die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung ist die Anbindung der BRD an die Hegemonialpolitik der USA gerade durch den forcierten Expansionismus der Sowjetunion geworden. In Afghanistan hat die Sowjetunion dokumentiert, daß sie nicht nur die Freiheit der Völker innerhalb ihres Allianzsystems unterdrückt, sondern daß sie darüberhinaus auch die Unabhängigkeit der Völker außerhalb ihres eigentlichen Herrschaftsbereichs direkt mit Intervention bedroht. Und Afghanistan war eben kein Einzelfall, sondern das bislang letzte Glied einer Kette von Eroberungen, mit der die Sowjetunion ihre Weltmacht in dem Maße ausgedehnt hat, in dem es mit den USA bergab gegangen ist. Gerade das aber macht einen direkten Zusammenstoß zwischen den beiden Supermächten bedrohlicher, der in Europa ausgetragen werden muß. Die Ankoppelung der europäischen Länder an die eine oder die andere Supermacht verstrickt die europäischen Völker in die Rivalität der beiden Supermächte. Daß diese immer bedrohlichere Formen annimmt, schafft aber auch einen Boden dafür, daß die europäischen Völker sich im Kampf gegen die Vorherrschaft der beiden Supermächte zusammenschließen und die Blockfreiheit Europas erkämpfen, um nicht von den USA und der Sowjetunion gegeneinander ins Feld geschickt und verheizt zu werden. Unter dieser Perspektive kann auch die Friedensbewegung in der BRD die Kraft gewinnen, die nötig ist, um auch nur Teilforderungen wie die nach der Rücknahme der NATO-Beschlüsse durchzusetzen, und um nicht durch Rücktrittsdrohungen des Bundeskanzlers und Hinweise auf die Gefährdung des Friedens durch die andere Supermacht erschüttert zu werden.



Am vergangenen Donnerstag starb nach 62tägigem Hungerstreik für die Anerkennung als politische Gefangene der 24jährige IRA-Häftling Patrick O'Hara. In der Nacht nach seinem Tode kam es zu schweren Kämpfen mit Polizeikräften, bei dem durch ein Plastikgeschoß ein Demonstrant getötet wurde. Die IRA hatte in einer Stellungnahme „ernste Vergeltungsmaßnahmen auf alle Bereiche britischer Herrschaft in Nordirland" angekündigt. – Die britische Regierung setzt nach dem Tod der IRA-Häftlinge jeweils gleichlautende zynische Erklärungen ab und hat noch keine Bereitschaft zu Zugeständnissen gezeigt.



Am vergangenen Donnerstag starb nach 62tägigem Hungerstreik für die Anerkennung als politische Gefangene der 24jährige IRA-Häftling Patrick O'Hara. In der Nacht nach seinem Tode kam es zu schweren Kämpfen mit Polizeikräften, bei dem durch ein Plastikgeschoß ein Demonstrant getötet wurde. Die IRA hatte in einer Stellungnahme „ernste Vergeltungsmaßnahmen auf alle Bereiche britischer Herrschaft in Nordirland" angekündigt. – Die britische Regierung setzt nach dem Tod der IRA-Häftlinge jeweils gleichlautende zynische Erklärungen ab und hat noch keine Bereitschaft zu Zugeständnissen gezeigt.

Die arabischen Staaten unterstützen Syrien gegen Israel

chm. Der Abgesandte des US-Präsidenten Reagan, Philip Habib, befindet sich immer noch auf Vermittlungsreise durch den Nahen Osten. Die beiden Parteien, zwischen denen die Vermittlung hauptsächlich laufen sollte, Syrien und Israel, haben beide begrüßt, daß er noch weiter vermittelt. Ein greifbares Ergebnis ist bisher noch nicht ersichtlich. Israel fordert den Abzug der syrischen SAM-6-Raketen, Syrien ist der Auffassung, daß diese Flugabwehrraketen notwendig sind für die Abwehr der israelischen Luftangriffe und Aufklärungsflüge gegen den Libanon. Die Raketen befinden sich nahe der syrischen Grenze und stellten keine Bedrohung Israels dar, erklärte der syrische Präsident gegenüber der amerikanischen Zeitung International Herald Tribune. Israel betrachtet den libanesischen Luftraum offensichtlich als israelisches Hoheitsgebiet, da es kürzlich zwei syrische Hubschrauber dort abgeschossen hat. Inzwischen sind zwei unbemannte israelische Flugzeuge von den syrischen Raketen heruntergeholt worden.

Der saudi-arabische Kronprinz Fahd hat erklärt, daß Saudi-Arabien mit allen anderen arabischen Staaten gegen Israel kämpfen werde im Falle eines israelischen Angriffs gegen Syrien. Auf Initiative Algeriens hat am Freitag eine Sondersitzung der Außenminister der Arabischen Liga in Tunis begonnen, die einen umfassenden Plan für eine Lösung des Nahost-Konflikts vorlegen soll.

Sogar der Irak, der seit längerem schwere politische Auseinandersetzungen mit Syrien und alle Hände voll zu tun hat mit dem Krieg gegen Iran hat Syrien seine Unterstützung im Falle eines israelischen Angriffs versichert. Auch Jordanien, das vor kurzem von Syrien beschuldigt worden ist, die Moslembruderschaft zu ihren Aktionen gegen die syrische Regierung anzustiften, hat sich in diese arabische Einheitsfront eingereiht. Der ägyptische Staatspräsident Sadat, dessen Stellungnahme wegen des Separatabkommens zwischen Ägypten und Israel mit Spannung zu erwarten war, nachdem er in den ersten Tagen Syriens Schritt verurteilt hatte, erklärte, daß Ägypten gegen jegliche ausländische Einmischung im Libanon sei.

Diese Entwicklungen auf arabischer Ebene sind günstig und geeignet, Syrien den Rücken zu stärken sowohl die Auseinandersetzung mit dem zionistischen Kolonialstaat durchzustehen, als auch seine Abhängigkeit von der SU, an die es seit vergangenen Oktober durch einen „Freundschaftsvertrag" gebunden ist, etwas zu lockern.

Die Begin-Regierung scheint sich in die eigenen Fallstricke verfangen zu haben. Es ist offensichtlich, daß die USA im Moment einen Krieg zwischen Israel und Syrien verhindern wollen. Ein isoliertes, von der SU abhängiges Syrien ist ein schwacher Gegner für Israel, ein nicht ernstzunehmender Verbündeter der PLO. Beide könnten eventuell unberücksichtigt bleiben bei einer amerikanisch geschneiderten Lösung des Nahost-Problems. Z.B. eine Variante der jordanischen Option. (Sie ist zwar schon einmal von Hussein abgelehnt worden, aber die USA spekulieren darauf, daß bei ausreichender Schwächung der PLO Hussein doch noch dafür gewonnen werden kann.)

Ein durch einen israelischen Angriff politisch gestärktes Syrien ist eine ganz andere Sache. Diese politische Stärkung zeichnet sich jetzt schon ab. Die Unterstützungsfront für Syrien ist im Aufbau, mit Saudi-Arabien und Irak als entscheidendem Kern. Das ist mit Sicherheit nicht im Interesse der USA. An diesem Punkt sind sich auch USA und SU einig. Von Soldatows Drohgebärde von vor zwei Wochen, ein Angriff gegen Syrien sei ein Angriff gegen die SU, sind Breschnews Allgemeinplätze in Tiflis übriggeblieben: Ein Feuer könnte den ganzen Nahen Osten erfassen. Begins politische Niederlage zeichnet sich ab. (s.a. Seite 7)

In eigener Sache

Die Kommunistische Volkszeitung wird künftig in nur einer zentralen Ausgabe erscheinen. Ihr Umfang wird erweitert, ihr Erscheinungstag von Montag auf Freitag verlegt werden. So hat es das Zentrale Komitee des KBW als Herausgeber der Zeitung beschlossen.

Es ist unser Ziel, eine kommunistische Wochenzeitung zu schaffen, die in ständiger, aktueller Auseinandersetzung mit allen Seiten des politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens zum Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung, zur Erarbeitung und Verbreitung einer revolutionären, *kommunistischen* Position beiträgt und dadurch Voraussetzungen herstellt zum gemeinsamen, organisierten Handeln. Diese Aufgabe halten wir für dringlich in einer Zeit, in der wir schwere gesellschaftliche Krisen, große Massenbewegungen und ideologische Umbrüche erleben, in der aber der Marxismus noch nicht wieder in der Offensive ist.

Damit wir unsere Kräfte auf dieses Ziel konzentrieren können, werden wir die KVZ nicht länger in einer Vielzahl regionaler Ausgaben herausgeben.

Um die Zeitung zu einem Organ der Enthüllung, der Kritik der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und zu einem Organ der Berichterstattung über die vielfältigen Ereignisse des Klassenkampfes zu machen, brauchen wir die Beteiligung zahlreicher örtlicher Mitarbeiter und Korrespondenten.

Um die Zeitung zu einem Organ der Auseinandersetzung mit verschiedenen politischen und weltanschaulichen Positionen zu machen, und auch zu einem Organ der Diskussion in unseren eigenen Reihen und in der kommunistischen Bewegung, suchen wir auch Kräfte außerhalb unserer Organisation zur Mitarbeit zu gewinnen. Wir wollen die Zeitung öffnen für die Dokumentation und Kritik unterschiedlicher Positionen. Wir wollen auch, wenn möglich, den Vertretern dieser Positionen in der Zeitung selbst das Wort geben. Für dieses Vorhaben benötigen wir die Unterstützung unserer Leser, Unterstützung durch Kritik, durch Zuschriften und Korrespondenzen, durch Förderung des Vertriebs und Gewinnung von Abonnenten. Die KVZ hat gegenwärtig eine verkaufte Auflage von 7300. Das ist weniger, als sie verdient, zu wenig, um einer kommunistischen Stimme Gehör zu verschaffen.

Um den Vertrieb und die Lektüre der Zeitung zu erleichtern, liefern wir sie künftig Donnerstag abend aus, so daß sie in der Regel Samstags bei den Abonnenten ist. Die letzte Ausgabe in der alten Form erscheint am 1. Juni, die erste Ausgabe in der neuen Form am 12. Juni.

„Auf Einladung der rechtmäßigen Führung"

lup. Es könne keine Rede davon sein, daß *Amin* die Sowjetunion eingeladen hätte, mit ihren Truppen in Afghanistan zu intervenieren, erklärte Babrak Karmal kürzlich gegenüber einem indischen Journalisten. Denn das Regime Amins sei „illegal" gewesen. Karmal weiter: „Einige Tage vor dem 27. Dezember 1979 baten *wir* Rußland, eine begrenzte Zahl von Armeeeinheiten nach Afghanistan zu entsenden. Die Sowjetunion akzeptierte diese Bitte der *rechtmäßigen Führung* dieses Landes und schickte Truppen."

Die Sowjetunion hat sich in der Vergangenheit stets auf ein Hilfeersuchen der afghanischen Regierung und auf den Freundschafts- und Beistandspakt mit Afghanistan berufen, um ihre Invasion zu rechtfertigen. Wer aber war zu diesem Zeitpunkt die „rechtmäßige Führung" Afghanistans? Sicher nicht Karmal. Karmal war bereits früher von seinem Posten als stellvertretender Premierminister abgelöst und als Botschafter in die Tschechoslowakei geschickt worden. Von dort war er dann in die Sowjetunion geflohen, wo er für einige Zeit untertauchte. Zum Zeitpunkt der sowjetischen Invasion hatte er keinerlei Funktionen in der afghanischen Regierung. Amin aber hat die Sowjetunion nicht eingeladen, erklärt nun Karmal, der im Gefolge der sowjetischen Truppen nach Afghanistan zurückkehrte und von diesen als neuer Staatschef Afghanistans inthronisiert wurde, nachdem sie den früheren Staatschef Amin gestürzt hatten. Amin war nun seinerseits eine Marionette Moskaus gewesen und mit ihrer Hilfe durch einen Putsch gegen Taraki an die Macht gekommen.

Karmal hat also die Sowjetunion um Hilfe ersucht. Das mag wohl sein. Aber woher hat er sich das Attribut „rechtmäßige Führung" verschafft? Das kann ihm nur die Sowjetunion verliehen haben, bevor er sie um Hilfe bat. Das ist nun der Sache nach nichts neues. Neu ist bloß, daß nun auch Karmal Bemerkungen losläßt, die bestätigen, daß der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan eine nackte Aggression darstellt, die durch nichts gerechtfertigt ist. Freundschaftsverträge liefern der Sowjetunion allemal Interventionsvorwände. Daß Babrak Karmal dies bestätigt, ist auch schon was wert.

Internationaler Aktionstag – Für das Recht auf Abtreibung!

uss. Am 16. Mai fand der 2. Internationale Aktionstag der ICASC (Internationale Kampagne für Verhütungsmittel, Abtreibung und Sterilisation) statt. Aus diesem Anlaß wurde in Essen von der autonomen Frauenbewegung eine Veranstaltung durchgeführt. Erfahrungen mit dem Abtreibungsgesetz in Holland und in der BRD und der Kampf für das AWO Schwangerschaftskonfliktzentrum standen im Mittelpunkt.

Am 28.4. wurde in Holland ein neues Abtreibungsgesetz, das Geld- und sogar Haftstrafen vorsieht, verabschiedet. Zwangsberatung und damit verbundene Registrierung, die auch den Grund für den Abbruch festhält, und eine 5tägige Wartezeit zwischen Arztbesuch und Eingriff wurden beschlossen. Gerade ausländische Frauen, 60000 pro Jahr, für die eine Fahrt nach Holland immer noch der letzte Ausweg war, trifft diese Fünftagesfrist besonders hart. Schon am 13.3. hatten holländische Frauen einen Streiktag mit Aktionen durchgeführt. Am Tag der Verabschiedung gelang es den Parlamentariern nur mit Hilfe der Polizei, die gleich 250 Frauen verhaftete, den Sitzungssaal zu betreten, um ihre Hand für dieses Gesetz, das am 1.1.82 in Kraft tritt, zu heben.

Nach 5jähriger Erfahrung mit dem reformierten §218 stellten Vertreterinnen der autonomen Frauenbewegung klar: „Auch fortschrittliche Beratungsstellen (...) können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Beratung gemäß §218 eine Zwangsberatung ist." Hat die Frau diese Beratung überstanden und hält den Schein mit der Indikation in der Hand, muß sie erst einen Arzt finden, der den Eingriff dann auch tatsächlich durchführt. Manche Ärzte sind sich nicht zu schade, nach Ratschlägen über „anständige" Lebensführung für eine Adresse im Ausland ein Vermittlungsgeld zu kassieren. Zwischen 300 und 600 DM lassen sich viele Ärzte für den Schwangerschaftsabbruch in die Hand drücken, zusätzlich zur kassenärztlichen Bezahlung, versteht sich. Sich an der legalen Abtreibung zu bereichern, konnte zur lieben Gewohnheit werden, weil sich viele Ärzte und Krankenhäuser standhaft weigern, den Eingriff durchzuführen. 70% aller Krankenhäuser erkennen eine soziale Indikation, die immerhin Grund 67% aller Schwangerschaftsabbrüche ist, nicht an. Sogar eine medizinische Indikation wird von 30% der Krankenhäuser nicht akzeptiert. Nicht selten werden Frauen, vor allem Ausländerinnen, erpreßt, doch gleichzeitig eine Sterilisation vornehmen zu lassen. Mitunter wird gegen den Willen der Frau die Spirale eingesetzt!

Im Forschungsinteresse des Scheringkonzerns wird an den Frauen bei einem Schwangerschaftsabbruch der Wirkstoff Prostaglandin erprobt. Durch die Anwendung von Prostaglandinen soll der Muttermund erweitert werden. Nebenwirkungen wie Krämpfe, Übelkeit, Fieber oder Atemnot nannte ein erster Erfahrungsbericht „tolerabel"! Ganz zu schweigen davon, daß die Frauen weder über die Wirkung dieses Stoffes, der in den USA verboten ist, informiert werden, noch gefragt werden, ob sie mit der Anwendung einverstanden sind!

Die autonome Frauenbewegung kämpft für die ersatzlose Streichung des §218 und fordert, daß die Abtreibung nach den schonendsten Methoden in allen Krankenhäusern kostenlos und ohne irgendwelche Auflagen durchgeführt wird. Gleichzeitig kämpft sie für ein flächendeckendes System von Beratungsstellen nach dem Bremer Pro Familia Modell oder dem AWO Schwangerschaftskonfliktzentrum. Ihr Kampf bezieht Forderungen nach billigem und ausreichendem Wohnraum und nach kostenlosen Kindertagesstätten mit ein. Gewerkschaften und politische Organisationen werden aufgefordert, sich für diese Forderungen einzusetzen. „Wenn die organisierte Arbeiterbewegung Frauenfragen (...) außer Acht läßt, schwächt sie sich und uns!".

Über den Stand im Kampf für das AWO Schwangerschaftskonfliktzentrum, das Beratung, Eingriff, psychosoziale Nachsorge und Öffentlichkeitsarbeit integriert, konnte festgehalten werden, daß die Stadt Essen vorläufig zugesagt hat, das Haus für dieses Zentrum mietfrei zur Verfügung zu stellen. Als Investitionszuschuß hat das Land NRW für 1981 und nochmals für 1982 je 450000 DM zugesagt. Damit wären die Betriebskosten von rund 1,5 Millionen DM aber noch ungeklärt. Fest steht, daß der Arzt, der den Eingriff vornehmen wird, nicht von der AWO eingestellt werden wird, wie die Frauengruppen gefordert hatten, sondern in einer von der AWO finanzierten Praxis frei praktizieren wird.

Erneute Kostendämpfung?

vol. Die Folgen im Verschleiß der Arbeitskraft durch den Aufschwung der kapitalistischen Produktion von 1977 – 80 sind an den Krankenständen abzulesen. 1980 wurden die Höchstzahlen von 1973/74 eingeholt. Entsprechend sind die Kosten für die Krankenversorgung 1980 um durchschnittlich 8,6% gestiegen, während die Einnahmen der Krankenversicherung durch das Spiegelbild der höheren Vernutzung der Arbeitskraft, die Arbeitslosigkeit, nur um 5,5% erhöht wurden. Die Krankenversicherung steht als zweite der Sozialversicherungen vor dem Bankrott.

Die niedergelassenen Ärzte und Pharmamonopole haben die günstige Marktlage gespannt, Preise und Einnahmen erhöht und schreien nach weiteren Beitragserhöhungen, um die Marktanteile zu vergrößern. Die Kapitalisten haben Verständnis dafür geäußert, sind aber gegen steigende Beiträge. Sie verlangen Einschränkungen in der Gesundheitsverorgung, da sonst die Investitionen und damit „Arbeitsplätze" gefährdet sind. Die Bundesregierung hat als Konzentrationspunkt für die nächste Runde der Kostendämpfung die Krankenhäuser erkannt.

rung, wie sie auf dem Krankenhaustag vorgetragen wurde: ein Investitionsstau von 12 Mrd. DM, Ausdruck der unterlassenen Rationalisierungen und völlige Überarbeitung des Personals bei sinkenden Ausbildungsstellen. Die Verschwendung menschlicher Arbeitskraft, die Bereicherung der Monopole und Kleinbürger aus der Krankenversicherung ohne positive Folge für die Gesundheitsversorgung begründen die Attraktivität der Forderung nach Kostendämpfung.

Ohne eine Beseitigung dieser Verschwendung und Bereicherung wird sich die Gesundheitsversorgung der Lohnabhängigen nur mit steigenden Einnahmen erhalten lassen. Eine solche Steigerung wäre möglich durch Ausdehnung der Pflichtversicherten auf alle Lohnabhängigen, Beseitigung der Beitragsbemessungsgrenzen und höherem Beitragsanteil der Kapitalisten. Der DGB und die ÖTV haben darauf hingewiesen, daß eine grundsätzlichere Verbesserung der Gesundheitssituation der Massen notwendig ist durch Beschneidung der Zerstörung des Arbeiters und der Umwelt, in der er lebt. Die Stärkung der Position der Krankenkassen durch einheitliche Zusammenfassung als Organe der Versi-

Bundesregierung muß die Forderungen der Sinti erfüllen!

3. Romani-Weltkongreß in Göttingen / Wiedergutmachung für Verbrechen der Nazis verlangt

roe.Göttingen. In der letzten Woche fand in Göttingen der dritte Romani-Welt-Kongreß statt, der vom Verband Deutscher Sinti und der Gesellschaft für bedrohte Völker durchgeführt wurde. 80 Organisationen der Roma und Sinti aus 22 Staaten waren durch 300 Delegierte vertreten. Prominentester Teilnehmer war der indische Sonderbotschafter Yashpal Kapoor als Vertreter des Ursprungslandes der Sinti und zugleich des Landes, das sich in den letzten Jahren am entschiedensten für die Rechte der Sinti eingesetzt hat. Solidaritätsadressen lagen u.a. vom DGB, von Amnesty International, von der Liga für Menschenrechte, vom VVN, von den Jusos und Judos vor.

In der Presseerklärung heißt es: „Die Bundesrepublik Deutschland ist zum Tagungsort des Dritten Romani-Welt-Kongresses ausgewählt worden, um auf diese besondere Weise zu demonstrieren, daß große Teile des Roma-Volkes den Hitlerschen Plan der

Ein weiterer internationaler Erfolg war vor kurzem die Anerkennung der Sinti als nationale Minderheit durch Jugoslawien. Hauptthema des Kongresses war dann auch die Forderung nach Anerkennung als Volksgruppe mit dem Recht auf eigene Sprache, Kultur und Lebensweise und Förderung von alldem durch die jeweiligen Länderregierungen, sowie Roma-Organisationen zuzulassen und zu unterstützen.

Besonders scharf kritisiert wurde die schwierige soziale und materielle Lage der Sinti in der BRD, deren Unterdrückung und offizielle Diskriminierung. Zweifellos hat der Hungerstreik im letzten Jahr im KZ Dachau die Aufmerksamkeit für die Lage der Sintis erhöht. Örtliche BIs wie z.B. in Dachau selbst haben sich zur Unterstützung der Interessen der Sinti gegründet. Die bisherigen Aktionen haben aber der Bundes- bzw. den Länderregierungen keinerlei Zugeständnisse abringen kön-

gerschaft und selbst ein Gespräch mit dem Verband Deutscher Sinti abgelehnt. Die bayrische Landesregierung, die ein Kultur- und Dokumentationszentrum in Dachau nicht genehmigt hat, besinnt sich in einem Bericht vom 18.12.80 auf „altbewährte' Vorurteile und hetzt: „Von einer rechtlichen Benachteiligung der Zigeuner kann gegenwärtig nicht gesprochen werden ... ein rechtlicher Sonderstatus für Zigeneuer ... (ist) nicht erforderlich ... Der Staat könnte sich dem Vorwurf aussetzen, eine Gruppe ohne besondere Veranlassung zu bevorzugen. Die Situation der speziell nicht in Wohnungen lebenden Zigeuner ist wesentlich durch ihre Einstellung und Lebenshaltung bedingt."

Demgegenüber hat der Kongreß erneut erklärt: „Der Bundesregierung kommt angesichts des Holocausts an Sinti und Roma im Dritten Reich eine besondere Verantwortung zu. Die Delegierten aus 22 Ländern fordern die

reformierten §218 stellten Vertreterinnen der autonomen Frauenbewegung klar: „Auch fortschrittliche Beratungsstellen (...) können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Beratung gemäß §218 eine Zwangsberatung ist." Hat die Frau diese Beratung über-

tert werden. Nebenwirkungen wie Krämpfe, Übelkeit, Fieber oder Atemnot nannte ein erster Erfahrungsbericht „tolerabel"! Ganz zu schweigen davon, daß die Frauen weder über die Wirkung dieses Stoffes, der in den USA verboten ist, informiert werden,

nen DM aber noch ungeklärt. Fest steht, daß der Arzt, der den Eingriff vornehmen wird, nicht von der AWO eingestellt werden wird, wie die Frauengruppen gefordert hatten, sondern in einer von der AWO finanzierten Praxis frei praktizieren wird.

Erneute Kostendämpfung?

vol. Die Folgen im Verschleiß der Arbeitskraft durch den Aufschwung der kapitalistischen Produktion von 1977 – 80 sind an den Krankenständen abzulesen. 1980 wurden die Höchstzahlen von 1973/74 eingeholt. Entsprechend sind die Kosten für die Krankenversorgung 1980 um durchschnittlich 8,6% gestiegen, während die Einnahmen der Krankenversicherung durch das Spiegelbild der höheren Vernutzung der Arbeitskraft, die Arbeitslosigkeit, nur um 5,5% erhöht wurden. Die Krankenversicherung steht als zweite der Sozialversicherungen vor dem Bankrott.

Die niedergelassenen Ärzte und Pharmamonopole haben die günstige Marktlage gespannt, Preise und Einnahmen erhöht und schreien nach weiteren Beitragserhöhungen, um die Marktanteile zu vergrößern. Die Kapitalisten haben Verständnis dafür geäußert, sind aber gegen steigende Beiträge. Sie verlangen Einschränkungen in der Gesundheitsverorgung, da sonst die Investitionen und damit „Arbeitsplätze" gefährdet sind. Die Bundesregierung hat als Konzentrationspunkt für die nächste Runde der Kostendämpfung die Krankenhäuser erkannt. Mittels der Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes sollen 1 Mrd. Kosten für die Ausbildung und die Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten für Investitionsanlagen auf die Beitragszahlungen abgewälzt werden.

Die Bilanz der bisherigen Krankenhausfinanzierung der Bundesregierung, wie sie auf dem Krankenhaustag vorgetragen wurde: ein Investitionsstau von 12 Mrd. DM, Ausdruck der unterlassenen Rationalisierungen und völlige Überarbeitung des Personals bei sinkenden Ausbildungsstellen. Die Verschwendung menschlicher Arbeitskraft, die Bereicherung der Monopole und Kleinbürger aus der Krankenversicherung ohne positive Folge für die Gesundheitsversorgung begründen die Attraktivität der Forderung nach Kostendämpfung.

Ohne eine Beseitigung dieser Verschwendung und Bereicherung wird sich die Gesundheitsversorgung der Lohnabhängigen nur mit steigenden Einnahmen erhalten lassen. Eine solche Steigerung wäre möglich durch Ausdehnung der Pflichtversicherten auf alle Lohnabhängigen, Beseitigung der Beitragsbemessungsgrenzen und höherem Beitragsanteil der Kapitalisten. Der DGB und die ÖTV haben darauf hingewiesen, daß eine grundsätzlichere Verbesserung der Gesundheitssituation der Massen notwendig ist durch Beschneidung der Zerstörung des Arbeiters und der Umwelt, in der er lebt. Die Stärkung der Position der Krankenkassen durch einheitliche Zusammenfassung als Organe der Versicherten in Selbstverwaltung ist Voraussetzung, um der Bereicherung der Monopole und Ärzte entgegentreten, wie auch um die Rationalisierungen in den Krankenhäusern mit den Beschäftigten durchführen zu können. Andererseits ist sie auch Voraussetzung, um durch Eingriffe in die Produktion die Vorsorge zu verbessern.

Bundesregierung muß die Forderungen der Sinti erfüllen!

3. Romani-Weltkongreß in Göttingen / Wiedergutmachung für Verbrechen der Nazis verlangt

roe.Göttingen. In der letzten Woche fand in Göttingen der dritte Romani-Welt-Kongreß statt, der vom Verband Deutscher Sinti und der Gesellschaft für bedrohte Völker durchgeführt wurde. 80 Organisationen der Roma und Sinti aus 22 Staaten waren durch 300 Delegierte vertreten. Prominentester Teilnehmer war der indische Sonderbotschafter Yashpal Kapoor als Vertreter des Ursprungslandes der Sinti und zugleich des Landes, das sich in den letzten Jahren am entschiedensten für die Rechte der Sinti eingesetzt hat. Solidaritätsadressen lagen u.a. vom DGB, von Amnesty International, von der Liga für Menschenrechte, vom VVN, von den Jusos und Judos vor.

In der Presseerklärung heißt es: „Die Bundesrepublik Deutschland ist zum Tagungsort des Dritten Romani-Welt-Kongresses ausgewählt worden, um auf diese besondere Weise zu demonstrieren, daß große Teile des Roma-Volkes den Hitlerschen Plan der Ausrottung überlebt und begonnen haben, sich wieder zusammenzufinden." Ca. 10 Mio. Sinti leben in der ganzen Welt; über 50000 davon in der BRD. 200 Kulturvereine und Organisationen sind in der Dachorganisation „Romani-Union" zusammengefaßt, die 1979 als konsultatives Mitglied in den ökonomischen und sozialen Rat der UNO (ECOSOC) aufgenommen worden ist.

Ein weiterer internationaler Erfolg war vor kurzem die Anerkennung der Sinti als nationale Minderheit durch Jugoslawien. Hauptthema des Kongresses war dann auch die Forderung nach Anerkennung als Volksgruppe mit dem Recht auf eigene Sprache, Kultur und Lebensweise und Förderung von alldem durch die jeweiligen Länderregierungen, sowie Roma-Organisationen zuzulassen und zu unterstützen.

Besonders scharf kritisiert wurde die schwierige soziale und materielle Lage der Sinti in der BRD, deren Unterdrückung und offizielle Diskriminierung. Zweifellos hat der Hungerstreik im letzten Jahr im KZ Dachau die Aufmerksamkeit für die Lage der Sintis erhöht. Örtliche BIs wie z.B. in Dachau selbst haben sich zur Unterstützung der Interessen der Sinti gegründet. Die bisherigen Aktionen haben aber der Bundes- bzw. den Länderregierungen keinerlei Zugeständnisse abringen können. Nach wie vor verweigert die Bundesregierung eine offizielle Erklärung, die den Völkermord der Faschisten an den Sintis anerkennt. Ebenso wird eine von der Romani-Union geforderte Blockreparation, die von der Bundesregierung verwaltet und von einem internationalen Sachverständigenrat kontrolliert werden soll, eine Wieder-Anerkennung der deutschen Staatsbürgerschaft und selbst ein Gespräch mit dem Verband Deutscher Sinti abgelehnt. Die bayrische Landesregierung, die ein Kultur- und Dokumentationszentrum in Dachau nicht genehmigt hat, besinnt sich in einem Bericht vom 18.12.80 auf „altbewährte' Vorurteile und hetzt: „Von einer rechtlichen Benachteiligung der Zigeuner kann gegenwärtig nicht gesprochen werden ... ein rechtlicher Sonderstatus für Zigeneuer ... (ist) nicht erforderlich ... Der Staat könnte sich dem Vorwurf aussetzen, eine Gruppe ohne besondere Veranlassung zu bevorzugen. Die Situation der speziell nicht in Wohnungen lebenden Zigeuner ist wesentlich durch ihre Einstellung und Lebenshaltung bedingt."

Demgegenüber hat der Kongreß erneut erklärt: „Der Bundesregierung kommt angesichts des Holocausts an Sinti und Roma im Dritten Reich eine besondere Verantwortung zu. Die Delegierten aus 22 Ländern fordern die Bundesregierung auf, den im 3. Reich begangenen Genocid anzuerkennen und offiziell zu bedauern. Die nahezu ausgebliebene Wiedergutmachung muß endlich stattfinden." Zur Unterstützung dieser gerechten Forderungen hat der Kongreß eine internationale Konferenz über den Völkermord an 500000 Sinti und Roma unter dem NS-Regime für 1982 vorbereitet.

Verfassungsrichter Hirsch zur Anwendung des §129a

acm. Entsetzt zeigten sich Bundesgerichtshof und Teile der Presse über ein Interview des Verfassungsrichters M. Hirsch mit der „taz". In diesem hatte er gegen die breite Auslegung des §129a, Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, Stellung bezogen. Allein der Ermittlungsrichter beim BGH Kuhn hatte in 2 Monaten über 30 Haftbefehle erlassen, meist gegen Flugblattverteiler und Parolensprüher, die die Haftbedingungen angeprangert hatten. Im Beschluß des Ermittlungsrichters war von „einigen Schreiberlingen" die Rede gewesen, wogegen Hirsch einwandte: „Das ist nicht nur die Sprache des ‚Völkischen Beobachters', sondern das ist zunächst einmal unziemlich in einem gerichtlichen Beschluß. Ich würde mir das als Journalist nicht gefallen lassen." Zur Anwendung des §129a auch bei Meinungs- und Pressedelikten meinte er: „Versuche gegen Leute, in dem Fall gegen Presse (‚taz'-Anklageschrift wegen Dokumentierung des Schlußwortes eines Angeklagten im Lorenz-Drenkmann-Prozeß), die nur etwas dokumentiert haben, in dieser Weise vorzugehen, halte ich für schädlich." – Die zehn wegen Parolensprühens auf Autobahnschilderrücken Festgenommenen (unter ihnen auch die Frau eines Hungerstreikenden), die seit Anfang April in Stammheim und Brühl inhaftiert waren, mußten letzte Woche freigelassen werden.

Sinkende Zahl von Asylanträgen vor allem aus der Türkei

vip. Die Zahl der Asylantragsteller sinkt weiter. Es waren in diesem Jahr im Januar 3155, Februar 3161, März 2856 und im April 2338. An vorderer Stelle stehen türkische Flüchtlinge, wenngleich hier die größte Rückgangbewegung festzustellen ist (nach Monaten wie zuvor): 944, 869, 593, 405. Der Rückgang ist einerseits auf das neue türkische Paßgesetz, andererseits auf verschärfte Anwendung des Visumzwanges zurückzuführen. Die Flüchtlinge aus Äthiopien fehlen in dem vertraulichen Papier des Bundesamtes. Die Zahl der polnischen Flüchtlinge steigt: 234, 237, 278, 278. Noch darüber liegen Afghanen und Pakistani. Am 15. Juni legt die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Asylwesen" ihren Abschlußbericht vor. Es ist zu erwarten, daß die Bundesregierung dann neue Maßnahmen gegen den Zugang politischer Flüchtlinge ergreift, soweit nicht international Kontingentverpflichtungen bestehen.

Kein Asyl, Rückkehr in Türkei sei gefahrlos

gkr. In der Türkei gebe es „keine staatliche Verfolgung" von Menschen, die keine Straftat begangen hätten. Diese Erkenntnis hat zumindest das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg gewonnen. Und damit wies es die Klage von fünf Türken auf Gewährung von Asyl zurück. Diese hatten ausschließlich politische Gründe für ihren Asylantrag angegeben und u.a. darauf hingewiesen, daß sie von der Nationalistischen Bewegungspartei MHP in der Türkei verfolgt worden sind. „Eine gegenwärtige persönliche Verfolgungsbetroffenheit" hätten die 5 nicht nachweisen können. Die türkischen staatlichen Organe garantierten nach dem Putsch die Sicherheit.

Ärztetag beschließt zweijährige Vorbereitungszeit

gkr. 250 Delegierte waren auf dem 84. Deutschen Ärztetag in Trier. Der wichtigste Punkt, mit dem sich dieser Ärztetag zu befassen hatte und der heftig umstritten war, war die Ausbildung der Praktischen Ärzte (vgl. hierzu auch KVZ 19, S. 7). Er beschloß, daß künftig die Zulassung zum Kassenarzt von einer zweijährigen Vorbereitungszeit in Klinik oder Praxis (dort können 6 Monate von den 2 Jahren verbracht werden) abhängig zu machen sind. Es war dies eine Kompromißlösung zwischen keiner Vorbereitungszeit (für den bisherigen Praktischen Arzt) und teilweise geforderten 4 Jahren. Entsprechend dieser Empfehlung muß nun die Ärztekammer die Berufs- und Weiterbildungsordnung ändern.

Volksbegehren und Volksentscheid gegen Startbahn West

acd.Frankfurt. Die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main hat am 16.5 mit großer Mehrheit die Durchführung eines Volksbegehrens / Volksentscheids gegen die geplante Startbahn beschlossen. Zuerst sollen bis zum Herbst (offizieller Rodungsbeginn) die nötigen Unterschriften von 3% der Wahlberechtigten (ca. 118000) gesammelt werden. Danach beginnt das Volksbegehren: Eintragung von 800000 in Listen binnen einiger Wochen. Erst danach kommt der Volksentscheid selber. Zur Finanzierung sollen bis Ende Mai 1 Mio. DM gesammelt werden (Kto. 19085007, Voba Groß-Gerau, steuerabzugsfähig). Bisher wird die BI von zahlreichen Umweltschutzorganisationen, wie auch örtlichen Gewerkschafts- und Parteigliederungen unterstützt. Der KBW unterstützt die Kampagne ebenfalls. Gleichzeitig wird der Widerstand im Wald gegen den nahenden Baubeginn und Räumung des Hüttendorfes vorbereitet (schon im Mai möglich).

Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung
Mainzer Landstraße 147
Postfach 111162
6000 Frankfurt / Main 11
Telefon 0611/730235

„Graue Wölfe" in der BRD Beste Beziehungen zu Presse und Staat

Der Papstattentäter hat erneut die Aufmerksamkeit auf das Treiben faschistischer türkischer Organisationen, vor allem der „Nationalistischen Bewegungspartei" MHP gelenkt. Wie immer in solchen Fällen haben führende Mitglieder der MHP Agca zwar als Irren und Psychopaten bezeichnet, seine engen Beziehungen zur MHP aber können nicht geleugnet werden. Die Regierung der BRD hat zwar schon nach dem Ausbruch Agcas aus türkischen Gefängnis 1979 Hinweise auf seinen Aufenthalt in der BRD erhalten, aber entdeckt wurde er damals nicht. Regierungssprecher Becker entschuldigend (für mangelnde Nachforschung?), seine Drohung gegen den Papst seien von der türkischen Regierung ja nicht mitgeteilt worden. Zu der so erzeugten Aufmerksamkeit kommen gegenwärtig die Enthüllungen, die die Anklageschrift für den Prozeß gegen 586 MHP-Funktionäre in der Türkei, darunter Türkes, enthält.

gkr. Unter dem Namen Türk-Föderation (ADÜTDF) sind weit über 100 Vereine in Europa zusammengeschlossen, hinter denen in Wirklichkeit die „Nationalistische Bewegungspartei" MHP steht. Ihre Zentrale hat diese sich als Zusammenschluß von Kulturvereinen tarnende Organisation in Frankfurt. Laut der Anklageschrift gegen führende Mitglieder der MHP in der Türkei (siehe unten), die vor etwa 2 Wochen veröffentlicht wurde, sollen 103 Vereine darin zusammengeschlossen sein. In Wirklichkeit sind es sicherlich noch mehr. Vor allem aber: der Schwerpunkt liegt ganz überwiegend in der BRD mit alleine 86 Vereinen (auch das macht es z.B. durchaus wahrscheinlich, daß Ali Agca nach seiner Flucht aus dem Gefängnis in der Türkei in der BRD war). Die Türk-Föderation selber gibt die Zahl ihrer Mitglieder in Europa mit ca. 50000 an.

Der Verfassungsschutzbericht verharmlost systematisch den Einfluß dieser rechtsradikalen Organisation. 1979 zählte er insgesamt 29000 rechtsradikale Türken, davon etwa 26000 Mitglieder der Türk-Föderation. Noch ein Jahr zuvor waren es erst 22500 gewesen. Zwar war zum Zeitpunkt des Erscheinens des Verfassungsschutzberichtes schon längst klar, daß die Türk-Föderation verantwortlich war für verschiedene Mordtaten, z.B. die Ermordung von Celabettin Kesim, IG-Metall-Vertrauensmann und dann Berufsschullehrer, in Westberlin Anfang 1980, zu dessen Gedenken ein Marsch von weit über 10000 Menschen stattfand. Im Verfassungsschutzbericht aber fand dies keinen Niederschlag. Nur „zunehmende Schärfe in der Agitation" wurde festgestellt (oder waren vielleicht damit die Morde gemeint?): „Die zum Teil scharfe, in zunehmendem Maße auch von religiösem Erneuerungsbewußtsein des Islam geprägte Agitation türkischer Rechtsextremisten und extremer Nationalisten richtete sich vornehmlich gegen Kommunisten,

103 Vereine darin zusammengeschlossen sein. In Wirklichkeit sind es sicherlich noch mehr. Vor allem aber: der Schwerpunkt liegt ganz überwiegend in der BRD mit alleine 86 Vereinen (auch das macht es z.B. durchaus wahrscheinlich, daß Ali Agca nach seiner Flucht aus dem Gefängnis in der Türkei in der BRD war). Die Türk-Föderation selber gibt die Zahl ihrer Mitglieder in Europa mit ca. 50000 an.

Der Verfassungsschutzbericht verharmlost systematisch den Einfluß dieser rechtsradikalen Organisation. 1979 zählte er insgesamt 29000 rechtsradikale Türken, davon etwa 26000 Mitglieder der Türk-Föderation. Noch ein Jahr zuvor waren es erst 22500 gewesen. Zwar war zum Zeitpunkt des Erscheinens des Verfassungsschutzberichtes schon längst klar, daß die Türk-Föderation verantwortlich war für verschiedene Mordtaten, z.B. die Ermordung von Celabettin Kesim, IG-Metall-Vertrauensmann und dann Berufsschullehrer, in Westberlin Anfang 1980, zu dessen Gedenken ein Marsch von weit über 10000 Menschen stattfand. Im Verfassungsschutzbericht aber fand dies keinen Niederschlag. Nur „zunehmende Schärfe in der Agitation" wurde festgestellt (oder waren vielleicht damit die Morde gemeint?): „Die zum Teil scharfe, in zunehmendem Maße auch von religiösem Erneuerungsbewußtsein des Islam geprägte Agitation türkischer Rechtsextremisten und extremer Nationalisten richtete sich vornehmlich gegen Kommunisten,

aber auch gegen die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse in der Türkei. Die Aggressivität der politischen Auseinandersetzungen in Wort und Schrift zeigt ein Flugblatt eines Mitgliedsverbandes der ADÜTDF, das Ende August in Schleswig-Holstein in türkischer Sprache verbreitet wurde. In dem Text werden die politischen Gegner als „tollwütige Hunde" bezeichnet, die die Hirne der jungen Generation vergewaltigen", deshalb müsse das ‚gesamte Volk erwachen und in einen harten Kampf gegen die Kommunisten eintreten'. Auf dem Flugblatt ist ein heulender Wolf als ‚türkisches Nationalsymbol' abgebildet."

Falls doch Gewalttaten, so sind diese von linken Extremisten begangen, so wird auf jeden Fall suggeriert: „Am 23. Juni wurde ein rechtsextremistischer Türke erstochen, der mit politisch gleichgesinnten eine türkische Gaststätte in Eppertshausen überfallen hatte." Folgt eine Aufzählung von Überfällen, für die linke Organisationen verantwortlich seien. Wer glaubt nicht, auch in Eppertshausen sei das so gewesen?

Den tatsächlichen Hergang in Kürze: Samstag, den 24. Juni 1979. Vater und Sohn, türkische Pächter des Schützenheims in Eppertshausen, fahren zur Polizei und teilen mit, daß eine faschistische Türkenbande aus Dietzenbach einen Angriff auf Lokal und Gäste plant. Es ist 19 Uhr. Um 21 Uhr rufen die beiden nochmals bei der Polizei an; sie erfahren, daß die „Dietzenbacher" jetzt losfahren. Die Polizei tut nichts. Um Mitternacht ist das Lokal teilweise zertrümmert, unter den Verletzten liegt ein Toter. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 5.7.79 lügt (oder übernimmt die Lüge der Polizei) munter drauf los: „Die Eppertshäuser Türkengruppe ... hatte die drohende Auseinandersetzung offenbar erwartet und war deshalb auch mehrfach bei der Polizei vorstellig geworden. Daß die Ordnungshüter dann schließlich doch zu spät eingriffen, wird von der Polizei auf eine etwas unglückliche Absprache mit dem Wirt zurückgeführt ..."

Damals war übrigens kein Ruf nach Ausweisung zu vernehmen, weder in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", noch von irgendeinem Politiker. Aber nach der Prügelei von Polizeitruppen gegen linke Türken im Frankfurter Gutleutviertel, mit der gegen eine Folklore-Veranstaltung der Türk-Föderation protestiert wurde, da erscholl es bei der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" am 13.4. lautstark, man müsse „die gewalttätigen Elemente unter den Ausländern dorthin (zu) schicken, wo sie hergekommen sind". Und Oberbürgermeister Wallmann hatte dies ebenso kräftig gefordert. Das Muster war im übrigen oft genug dasselbe: Gegen heftigen Protest, auch aus den Gewerkschaften, genehmigt die Verwaltung eine Veranstaltung der „Grauen Wölfe". Die Protestdemonstration wird von der Polizei verboten oder zumindest beobachtet und eine Schlägerei provoziert. Wie im Dezember 1979, wiederum in Frankfurt. Schon vorher waren einige Türken niedergestochen worden, weil sie kein Flugblatt der Türk-Föderation für diese Veranstaltung annehmen wollten. (Wie so oft in ähnlichen Fällen wurde auch hier von der Türk-Föderation behauptet, eine Familienfehde sei die Ursache für die Messerstecherei gewesen.) Den Demonstrationszug gegen diese Veranstaltung verfolgten am 8. Dezember Zivilbeamte mit Kameras für Filmaufnahmen (für das private Archiv sicher nicht, eher, um Ausweisungsgründe zu sammeln). Sie seien dann plötzlich überfallartig angegrif-

Ausweisung zu vernehmen, weder in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", noch von irgendeinem Politiker. Aber nach der Prügelei von Polizeitruppen gegen linke Türken im Frankfurter Gutleutviertel, mit der gegen eine Folklore-Veranstaltung der Türk-Föderation protestiert wurde, da erscholl es bei der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" am 13.4. lautstark, man müsse „die gewalttätigen Elemente unter den Ausländern dorthin (zu) schicken, wo sie hergekommen sind". Und Oberbürgermeister Wallmann hatte dies ebenso kräftig gefordert. Das Muster war im übrigen oft genug dasselbe: Gegen heftigen Protest, auch aus den Gewerkschaften, genehmigt die Verwaltung eine Veranstaltung der „Grauen Wölfe". Die Protestdemonstration wird von der Polizei verboten oder zumindest beobachtet und eine Schlägerei provoziert. Wie im Dezember 1979, wiederum in Frankfurt. Schon vorher waren einige Türken niedergestochen worden, weil sie kein Flugblatt der Türk-Föderation für diese Veranstaltung annehmen wollten. (Wie so oft in ähnlichen Fällen wurde auch hier von der Türk-Föderation behauptet, eine Familienfehde sei die Ursache für die Messerstecherei gewesen.) Den Demonstrationszug gegen diese Veranstaltung verfolgten am 8. Dezember Zivilbeamte mit Kameras für Filmaufnahmen (für das private Archiv sicher nicht, eher, um Ausweisungsgründe zu sammeln). Sie seien dann plötzlich überfallartig angegrif-

fen worden, behauptete später ein Polizeisprecher, 3 Polizisten wurden verletzt.

Dabei müssen selbst staatliche Stellen mittlerweile zugeben, daß die Türk-Föderation identisch mit der MHP ist. V. Schöler, FDP-Mitglied und Staatssekretär im Bundesinnenministerium in einem Interview mit der Zeitschrift „metall": „Ich weiß sehr wohl, und das wissen auch unsere Sicherheitsbehörden, daß es enge personelle Verflechtungen zwischen den Aktivisten der Kulturvereinigungen und der MHP in der Türkei gibt. Nach meiner Kenntnis sind etliche Funktionäre der MHP aus der Türkei hier tätig für den Dachverband der Idealistenvereinigung, der Türk-Föderation. Die enge Verflechtung zu ehemaligen MHP-Funktionären in der Türkei ist mit ein Grund dafür, daß wir sagen, daß diese Organisation sich eindeutig rechtsextremistisch orientiert."

Bleibt die Frage, wie kommt es, daß die türkischen Faschisten derart ungestört in der BRD operieren können? Nicht nur bekommen führende MHP-Mitglieder Aufenthaltsgenehmigungen für die BRD, nach wie vor sind auch Cerder Celebi und Ali Batman, Vorsitzende der Türk-Föderation, in der BRD, obwohl gegen sie in der Türkei Haftbefehl besteht. Von Ail Jurtaslan, ehemaliges Exekutivkomiteemitglied der MHP, der sich abgesetzt hat, werden die beiden so beschrieben: „Cerder Celebi war bis Anfang 1979 Vorsitzender der MHP in Sisli in Istanbul (einem wegen der Umtriebe der MHP besonders berüchtigten Stadtteil, d. Verf.). Genau wie alle anderen Vorstandsmitglieder der MHP ist er in dem Gebiet, in dem er verantwortlich ist, unmittelbar an den Morden und Terroraktionen beteiligt. Das heißt, diese Aktionen werden von ihm geplant und organisiert. Ali Batman war seit 1977 der Verantwortliche für die gesamten illegalen Aktionen in der Südtürkei. Auf sein Konto gehen zum Beispiel die Zwischenfälle 1978 in Isparte, bei denen viele fortschrittliche Menschen verletzt und die demokratischen Organisationen angegriffen und ausgeplündert wurden."

Türk-Föderation. Die enge Verflechtung zu ehemaligen MHP-Funktionären in der Türkei ist mit ein Grund dafür, daß wir sagen, daß diese Organisation sich eindeutig rechtsextremistisch orientiert."

Bleibt die Frage, wie kommt es, daß die türkischen Faschisten derart ungestört in der BRD operieren können? Nicht nur bekommen führende MHP-Mitglieder Aufenthaltsgenehmigungen für die BRD, nach wie vor sind auch Cerder Celebi und Ali Batman, Vorsitzende der Türk-Föderation, in der BRD, obwohl gegen sie in der Türkei Haftbefehl besteht. Von Ail Jurtaslan, ehemaliges Exekutivkomiteemitglied der MHP, der sich abgesetzt hat, werden die beiden so beschrieben: „Cerder Celebi war bis Anfang 1979 Vorsitzender der MHP in Sisli in Istanbul (einem wegen der Umtriebe der MHP besonders berüchtigten Stadtteil, d. Verf.). Genau wie alle anderen Vorstandsmitglieder der MHP ist er in dem Gebiet, in dem er verantwortlich ist, unmittelbar an den Morden und Terroraktionen beteiligt. Das heißt, diese Aktionen werden von ihm geplant und organisiert. Ali Batman war seit 1977 der Verantwortliche für die gesamten illegalen Aktionen in der Südtürkei. Auf sein Konto gehen zum Beispiel die Zwischenfälle 1978 in Isparte, bei denen viele fortschrittliche Menschen verletzt und die demokratischen Organisationen angegriffen und ausgeplündert wurden."

Gute Beziehungen zu CDU/CSU, zu Verfassungsschutz und zur Presse (z.B. FAZ) halten den Grauen Wölfen, wie sie sich selber oft bezeichnen, den Rücken frei: Einer der wichtigsten Kontaktmänner war und ist Kannapin, der Mitglied der CDU war und Stadtrat in Treysa in der Nähe von Kassel (wobei Franz Josef Strauß, mit dem Türkes 1978 sprach, und der ehemalige CDU-Innenminister von Rheinland-Pfalz und jetzige Bundestagsabgeordnete Schwarz nicht unerwähnt bleiben sollen).

Am 28.4.1976 schrieb der damalige Chef der MHP in Deutschland, Enver Altayli, an „Meinen sehr geehrten Oberleutnant" Türkes: „Am 4. Mai 1976 wird Dr. Kannapin nach Köln kommen. Dort wird er mich mit dem Leiter der Türkei-Abteilung des Deutschen Verfassungsschutzes bekannt machen. Dr. Kannapin teilte mit, daß diese Person der CDU angehöre und ein ehemaliger deutscher Offizier wäre. Er soll ein bewußter Antikommunist sein ... Ich fragte Dr. Kannapin, wie es möglich sei, daß der Verfassungsschutz über uns so negativ berichtet. Ich werde seine Antwort wörtlich wiedergeben: ‚Unsere Leute (VS) bekommen in der Sache die Information von MIT (türkischer Geheimdienst, d. Verf.). In dieser Angelegenheit muß man nicht unseren Leuten, sondern der MIT die Ohren lang ziehen. Wenn MIT richtige Informationen weitergibt und sagt, daß alles nicht so ist, werden unsere Leute auch richtig schreiben ... Die antikommunistischen Aktivitäten unter den Türken werden von uns, also der MHP, geführt. Die CDU/CSU wird bestimmt ihre Arme nach der MHP strecken müssen ..."

Neben ideologischer Ausrichtung der Türken im Ausland ist eine der wesentlichen Aufgaben der Türk-Föderation die Beschaffung von Geld. Es werden Millionen gewesen sein, die als Mitgliedsbeiträge mittlerweile auf das Konto der BfG in Köln gegangen sind und dann nach Ankara gebracht wurden. Nicht nur für Waffen, sondern auch, um gedungene Mörder zu bezahlen, denn nicht alle Morde geschehen alleine aus Überzeugung. Ali Agca wurden kurz vor der Ermordung des

1976 wird Dr. Kannapin nach Köln kommen. Dort wird er mich mit dem Leiter der Türkei-Abteilung des Deutschen Verfassungsschutzes bekannt machen. Dr. Kannapin teilte mit, daß diese Person der CDU angehöre und ein ehemaliger deutscher Offizier wäre. Er soll ein bewußter Antikommunist sein ... Ich fragte Dr. Kannapin, wie es möglich sei, daß der Verfassungsschutz über uns so negativ berichtet. Ich werde seine Antwort wörtlich wiedergeben: ‚Unsere Leute (VS) bekommen in der Sache die Information von MIT (türkischer Geheimdienst, d. Verf.). In dieser Angelegenheit muß man nicht unseren Leuten, sondern der MIT die Ohren lang ziehen. Wenn MIT richtige Informationen weitergibt und sagt, daß alles nicht so ist, werden unsere Leute auch richtig schreiben ... Die antikommunistischen Aktivitäten unter den Türken werden von uns, also der MHP, geführt. Die CDU/CSU wird bestimmt ihre Arme nach der MHP strecken müssen ..."

Neben ideologischer Ausrichtung der Türken im Ausland ist eine der wesentlichen Aufgaben der Türk-Föderation die Beschaffung von Geld. Es werden Millionen gewesen sein, die als Mitgliedsbeiträge mittlerweile auf das Konto der BfG in Köln gegangen sind und dann nach Ankara gebracht wurden. Nicht nur für Waffen, sondern auch, um gedungene Mörder zu bezahlen, denn nicht alle Morde geschehen alleine aus Überzeugung. Ali Agca wurden kurz vor der Ermordung des

Chefredakteurs der Tageszeitung „Milliyet" durch ihn 360000 TL überbracht. Bei denen, die ihn aus dem Gefängnis befreiten, waren 100000 TL entdeckt worden. Etwas viel für einfache Soldaten, die sie waren.

MHP – Nationalistischen Bewegungspartei: Zu ihrer Ideologie

gkr. Die MHP war 1969 aus der Republikanischen Nationalen Bauernpartei (CKMP), in der Türkes die Macht eroberte, durch Umbenennung entstanden. Die Pfeiler ihrer Ideologie sind:

1. Die Pan-Turanistische Ideologie. Sie war entstanden aus der Bewegung der Jungtürken am Anfang dieses Jahrhunderts, als das alte osmanische Reich endgültig zerfiel. Es ist eine chauvinistisch-großtürkische Ideologie, kurz gesagt beinhaltet sie, daß die Grenzen des türkischen Reiches dort anfangen, wo Türken sind.
2. Der streng religiöse sunnitische Islam, der u.a. beinhaltet Aufhebung der Trennung von Religion und Staat, wie sie Kemal Atatürk durchgesetzt hat (daher auch die vielen, eigentlich verbotenen, privaten Koranschulen, die von den MHP-Anhängern überall betrieben werden und die der Erziehung der Kinder dienen).

Türkes schrieb am 20.12.1976 in der Wochenzeitung Orta-Dogu: „Wir sind nicht Anhänger unrealisierbarer Träume. Wir wollen nur Dinge verwirklichen, die in der Vergangenheit bereits realisiert wurden. Wir wollen eine Türkei, die von den Krankheiten genesen, deren Bevölkerungszahl gestiegen, deren Moral verbessert und deren Industrie entwickelt ist. Wir wollen unsere Rassenbrüder im Ausland retten. Die Wiedervereinigung der türkischen Nation, die wegen ihrer glorreichen Geschichte mit ihren Siegen und Eroberungen nahezu in aller Welt Antipathien hervorruft, lehrt viele Nationen das Fürchten, denn dieses Wiederaufleben stößt nicht nur bei einigen Nationen, die kleiner werden, bzw. ganz verschwinden müssen, sondern auch bei großen Handelsnationen auf großen

den. Die Pfeiler ihrer Ideologie sind:
1. Die Pan-Turanistische Ideologie. Sie war entstanden aus der Bewegung der Jungtürken am Anfang dieses Jahrhunderts, als das alte osmanische Reich endgültig zerfiel. Es ist eine chauvinistisch-großtürkische Ideologie, kurz gesagt beinhaltet sie, daß die Grenzen des türkischen Reiches dort anfangen, wo Türken sind.
2. Der streng religiöse sunnitische Islam, der u.a. beinhaltet Aufhebung der Trennung von Religion und Staat, wie sie Kemal Atatürk durchgesetzt hat (daher auch die vielen, eigentlich verbotenen, privaten Koranschulen, die von den MHP-Anhängern überall betrieben werden und die der Erziehung der Kinder dienen).
Türkes schrieb am 20.12.1976 in der Wochenzeitung Orta-Dogu: „Wir sind nicht Anhänger unrealisierbarer Träume. Wir wollen nur Dinge verwirklichen, die in der Vergangenheit bereits realisiert wurden. Wir wollen eine Türkei, die von den Krankheiten genesen, deren Bevölkerungszahl gestiegen, deren Moral verbessert und deren Industrie entwickelt ist. Wir wollen unsere Rassenbrüder im Ausland retten. Die Wiedervereinigung der türkischen Nation, die wegen ihrer glorreichen Geschichte mit ihren Siegen und Eroberungen nahezu in aller Welt Antipathien hervorruft, lehrt viele Nationen das Fürchten, denn dieses Wiederaufleben stößt nicht nur bei einigen Nationen, die kleiner werden, bzw. ganz verschwinden müssen, sondern auch bei großen Handelsnationen auf großen

Widerstand. Diejenigen, die ohne Gefahr leben wollen, sollen Selbstmord begehen. Eine Nation braucht nationale Ziele. Sie ist keine Viehherde. Nur wenn sie die Ziele vor Augen hat, wird sie zur Nation. Sollen wir also, um die ehemaligen Teile unseres Vaterlandes, um die weggerissenen Teile unserer Rasse zu retten, alles bis hin zum Krieg in Kauf nehmen? Jawohl, das müssen wir. Zweifelsohne unter der Bedingung, daß wir den richtigen Moment aussuchen und nach genauen Berechnungen handeln."

Und zum Rassismus ebenfalls Türkes 1973: „Unser Verständnis von Stammeszugehörigkeit hat nicht die geringste Ähnlichkeit mit anthropologischem Rassismus und einem aggressiven Rassenbegriff, der andere Völker herabsetzt. Das Wesentliche ist das Bewußtsein, aus dem gleichen Stamm zu kommen, der gleichen Nation anzugehören. Jeder, der in seinem Herzen nicht den Stolz auf eine andere Rasse trägt, der sich selbst von Herzen als Türke fühlt und sich dem Türkentum verschreibt, ist ein Türke." Nihal Atsiz, ein MHP-Ideologe, hatte dies noch weiter ausgeführt (Juni 1967): „Wenn Ihr Kurden weiter Eure primitive Sprache sprecht ..., werdet ihr von den Türken auf dieselbe Weise ausgerottet, wie man schon die Georgier, die Armenier und die Griechen bis auf die Wurzeln ausgerottet hat. Und selbst wenn Ihr 100 Prozent der Bevölkerung bildet, müßt Ihr Euch fortscheren. Ihr könnt die UNO bitten, Euch eine Heimat in Afrika zu geben, sonst wird die geduldige türkische Rasse zu einem tobenden Löwen, den niemand aufhalten kann."

Zwei gleichzeitig erschienene Berichte zu den „Grauen Wölfen"

Harald Vocke am 2.11.1978 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung"

Ein grauer Wolf für Türkesch

Freilich gibt es kein Kommando „Graue Wölfe" innerhalb der „Nationalen Aktionspartei", wie dies manche Gegner von Türkesch behaupten. Die politische Jugendorganisation seiner Partei heißt einfach „Jugend-Abteilung". Wichtiger ist die große der Partei nahestehende Pfadfinderorganisation „Ülkü Odakiari Dernek", deren Namen man ziemlich ungeschickt mit den Worten „Idealisten-Organisation" verdeutscht hat. Im türkischen Volksmund werden diese Pfadfinder oft „Graue Wölfe" genannt. Seit geraumer Zeit erwähnen auch die marxistischen Gegner der „Nationalen Aktionspartei" oft diesen Namen, wobei sie die Behauptung aufstellen, die „Idealisten-Organisation" sei eine von Türkesch geleitete Verbrecherorganisation. Diese Tendenz verfolgen auch manche in türkischer Sprache verbreiteten Sendungen des Westdeutschen Rundfunks ...

Und wie steht es mit den politischen Morden, die man den „Grauen Wölfen" zuschreibt? Die in Dortmund von türkischen Sprechchören erhobene Anklage, Ministerpräsident Ecevit sei ein Mörder, ist ebensowenig gerechtfertigt, wie es die Schmähungen der türkischen Linken sind, die Türkesch als Mörder beschimpfen. Keinem der beiden Parteiführer können politische Morde zur Last gelegt werden. Aber bei der türkischen Rechten ist die Bitterkeit über Ecevit groß, weil der Ministerpräsident fast nichts unternimmt, um die führenden Mitglieder der „Nationalen Aktionspartei" vor den Mordkommandos der radikalen Linken zu schützen ...

Nach allen Erkenntnissen, die bisher dem Bundesamt für Verfassungsschutz zugänglich waren, wird die Ruhe und Sicherheit in unserem Staat gegenwärtig weniger von der türkischen Rechten, also von den Anhängern von Türkesch und Demirel, als von radikalen Gruppen innerhalb der türkischen Linken bedroht. Denn hinter dem wohlklingenden Namen Ecevits verbergen sich hierzulande wie in der Türkei auch wesentlich weiter links stehende terroristische Gruppen.

Der türkische Journalist Yagmur Atsiz am 3.11.1978 in der „Frankfurter Rundschau"

Die „Grauen Wölfe"

Seitdem aber eine Koalitionsregierung unter Bülent Ecevit versucht, dem politischen Terror in der Türkei Einhalt zu gebieten, eskalieren die „Kommandos" genannten Schlägertrupps auch ihre Gewalttaten: Allein seit der Amtsübernahme Ecevits am 1. Januar dieses Jahres werden die Killertrupps, die Türkes mutmaßlich unterstützen, für fast alle der insgesamt 750 politischen Morde in der Türkei verantwortlich gemacht. Über tausend von ihnen sitzen aber auch schon hinter Schloß und Riegel.

Vor diesem Hintergrund der eskalierten Gewalt einerseits und der langersehnten Festnahme der mutmaßlichen Mörder andererseits wird behauptet, daß eine sehr hohe Anzahl der teilweise in der Türkei steckbrieflich gesuchten „Grauen Wölfe" mit Touristenpässen in die Bundesrepublik eingereist sind und Anträge auf politisches Asyl gestellt haben ...

Eine andere und wichtige Frage ist freilich, ob die Verantwortlichen in der Bundesrepublik über die „Grauen Wölfe" ausreichend informiert sind. Im „Verfassungsschutzbericht 77" steht, daß die Zahl der „Grauen Wölfe" sich, verglichen mit 1976, sogar um 400 verringert habe und von 5500 auf 5100 zurückgegangen sei. Da fragt man sich wiederum, ob diese fanatischen 10000 Leute, die sich am vergangenen Sonntag in der Dortmunder Westfalen-Halle versammelt hatten, plötzlich vom Himmel gefallen sind?

Kurz bevor diese Artikel in den beiden Zeitungen erschienen waren, war Türkes vor etwa 10000 Türken in Dortmund aufgetreten.

Einschätzung der Sowjetunion einseitig

Zum Artikel „Das Vordringen der Sowjetunion und der Kampf gegen die NATO", KVZ 20/81, Seite 4

(...) Die SU erleidet gegenwärtig dasselbe Schicksal wie die USA schon früher. Geschüttelt von inneren Widersprüchen und Klassenkämpfen werden sie mehr und mehr an den verschiedenen Orten ihrer militärischen Expansion (Afrika, Südostasien und Afghanistan) zerschlissen, ohne die angezettelten Kriege je gewinnen oder abschließen zu können, und geraten international zunehmend in die Isolation. Von Polen ganz zu schweigen, was wahrscheinlich die wichtigste und nachhaltig wirksamste Entwicklung gegen die Kriegsvorbereitungen und Expansionspläne der SU ist. Zum ersten Mal seit der Chruschtschow-Ära mußte die SU – wenn auch kleine – Zugeständnisse an die Arbeiter und Volksmassen in Erhöhung der Konsumgüterproduktion machen. Auch innerhalb des Warschauer Vertrages sind die Positionen Ungarns, Bulgariens und vor allem Rumäniens deutlich unterschieden von denen der DDR und CSSR. Eine Spaltung der Blockfreienbewegung ist den Sozialimperialisten bisher nicht gelungen.

Die Frage ist also: Ist es der SU gelungen, für ihre weltweite Expansion eine ausreichende Basis zu schaffen, ist es ihr gelungen, für den Kampf um Europa, auf das sich die Rivalität der Supermächte konzentriert, eine ausreichende Basis zu schaffen, oder hat sich die SU in Verfolgung ihrer Expansionspläne bereits in größeren Schwierigkeiten festgeritten? (Dabei dürfen wir nicht übersehen, daß eine Intervention der SU in Kampuchea, Eritrea usw. eine Ausdehnung, eine Intervention der SU in Polen aber nur noch Verteidigung ihres Herrschaftsbereiches ist.)

Dabei muß die Politik des US-Imperialismus mit in Rechnung gezogen werden. Die Reagan-Regierung (und auch schon die Carter-Regierung) hat einen spürbaren Kurswechsel vollzogen bzw. vollzieht ihn gegenwärtig. In der Dritten Welt versuchen sie, erneut in die Offensive zu kommen (insbes. Nahost, Südostasien, Lateinamerika). Ökonomische Infiltration, Waffenexport und Eingreiftruppe sind die bereitstehenden Mittel. Der Chauvinismus im Inneren geht einher mit einem großangelegten Aufrüstungshaushalt, mit Druck auf die NATO und Westeuropa. Reagan hat offen erklärt, daß es ihm darauf ankomme, die volle *Überlegenheit* gegenüber der SU herzustellen. Die angekündigte Stationierung der US-Mittelstreckenraketen *ist* dazu ein entscheidendes Kettenglied. Mit Pershing 2 und Cruise Missile ist ein Atomkrieg für die USA – von Europa aus – führbar. Bei allen Unwägbarkeiten wegen zweifelhafter Unterlagen scheint aber doch klar, daß (was den militärischen Aspekt betrifft) die Pershing 2 der SS-20 überlegen ist, während die SS-20 den gegenwärtigen NATO-Raketen überlegen ist. (Was Sprengkraft, Zielgenauigkeit, Flugzeit und Abwehrmöglichkeiten angeht.) Wir müssen also, wenn wir von einem Vordringen der Sowjetunion sprechen, auch von einem Vordringen der USA sprechen. Von einem Vordringen auch deshalb, weil es nicht nur um „Verteidigung der angestammten Herrschaft" geht, wie Gen. Plümer meint, sondern auch um Wiedergewinnung verlorenen Terrains und politischen Spielraums. Mir scheint, wir befinden uns an einer Art Wendepunkt in der Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen den beiden Supermächten, wo der tempobestimmende Part von der SU zur USA zu wechseln dabei ist. Bestimmend ist ihre Rivalität.

Gen. Plümer weist darauf hin, daß „die Kampfposition der Arbeiterklasse in der BRD gegenwärtig nicht nur durch die Reaktion der westdeutschen Bourgeoisie, sondern auch von außen, durch den Expansionismus der SU, bedroht" werden. Das ist richtig, aber doch nur die halbe Wahrheit: Durch die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen bekommt die BRD (und in gewissem Umfang ganz Westeuropa) einen Geiselstatus gegenüber der Expansionspolitik der USA zugewiesen. Dies geht m.E. über die bisherige Einschränkung der Souveränität Westdeutschlands durch die NATO und Besatzertruppen weit hinaus. Und diese Politik hat bereits jetzt ihren Preis im explodierenden Rüstungshaushalt, den damit verbundenen Umschichtungen im Bundeshaushalt zu Lasten der Sozialausgaben, in neuen Rekrutierungs- und Mobilisierungsplänen der Bundeswehr, Stationierungskosten ... Natürlich: gegenüber den Verhältnissen unter dem Sozialimperialismus sind die Kampfpositionen der westdeutschen Arbeiterklasse fortgeschritten. Aber gerade mit dem Hinweis darauf werden sie jetzt angegriffen und verschlechtert.

Und gerade diese Verhältnisse sind es, die viele Leute glauben, mit Unterstützung des Krefelder Appells, mit einer Konzentration auf die Hochrüstungspolitik der USA, bekämpfen zu können. (...)

Rudolf Mintrop, Essen

Öffentliche Schulungen

In den kommenden Sommermonaten finden noch folgende öffentliche Schulungsveranstaltungen statt:

Grundschulung: *(28.5., 8 Uhr bis 31.5., 16 Uhr):* Kommunistisches Manifest; Lohnarbeit und Kapital; Lohn, Preis und Profit; Bürgerkrieg in Frankreich.

Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution *(28.5., 8 Uhr bis 31.5., 16 Uhr):* Lenin, Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus; Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky; Stalin, Grundlagen des Leninismus; Mao Zedong, Über die neudemokratische Revolution.

Das Kapital, Band II und III: *1.6., 8 Uhr bis 12.6., 20 Uhr)*

Grundschulung *(17.6., 14 Uhr bis 20.6., 20 Uhr)*

Aufbau des Sozialismus *(17.6., 14 Uhr bis 20.6. 20 Uhr):* Marx, Kritik des Gothaer Programms; Lenin, Kleine Schriften; Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR; Mao Zedong, Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk.

Das Kapital, Band I *(1.8., 8 Uhr bis 8.8., 20 Uhr)*

Das Kapital, Band II und III *(7.9., 8 Uhr bis 18.9., 20 Uhr)*

Die Schulungen finden im Schulungszentrum des KBW, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11, statt. Um möglichst frühzeitige schriftliche Anmeldung wird gebeten. Für Unterkunft und Verpflegung wird ein Unkostenbeitrag erhoben.

Das ZK des KBW hat beschlossen, für den weiteren Ausbau und den Unterhalt des Schulungszentrums eine Spendensammlung durchzuführen. Es sollen weitere Schulungs- und Tagungsräume, sowie Unterkunfts- und Versorgungsmöglichkeiten geschaffen werden. Diese Räume sollen künftig auch anderen Gruppen für ähnliche Veranstaltungen zur Verfügung stehen.

Spenden für diesen Zweck werden erbeten auf das Konto KBW, Frankfurter Volksbank eG, Kto.-Nr. 27132-2 (BLZ 50190000); Postscheckkonto der Bank: Frankfurter 2232-609, Stichwort: „Schulungszentrum".

Selbständigkeit der europäischen Völker ist entscheidend

Zum Artikel „Das Vordringen der Sowjetunion und der Kampf gegen die NATO", KVZ 20/81, Seite 4

Lieber Genosse Plümer,

... ich meine, daß Dein Artikel zwar korrekte Positionen in allen Fragen enthält, aber – wie bisher alle erschienenen Artikel zu dieser Frage – noch um den heißen Brei rumläuft. Ich halte diese „politisch selbständige Bewegung der europäischen Völker" für den Haupt- und Knackpunkt. Weder die Entlarvung des imperialistischen Charakters der Sowjetunion noch die der USA sind die Hauptfragen, sondern auf Basis dieser Entlarvung die Entwicklung, Entfaltung und Propagierung des Zusammenschlusses der europäischen Völker für Selbstbestimmung, gegen Krieg; denn ohne diesen Zusammenschluß steht die revolutionäre Bewegung wie alle demokratischen Bewegungen nach wie vor vor der Entscheidung: Teufel oder Beelzebub; und dies wird, auch wenn vorher noch so viel klar war über den imperialistischen Charakter der einen oder anderen Supermacht, regelmäßig dennoch wieder zur politischen bis hin zur militärischen Unterwerfung zwingen – eben weil eine selbständige Lösung nicht in Sicht. Wir werden uns noch so viel über den aggressiven Charakter der US-Besatzer in Westdeutschland betrüben können, ihre angebliche „Schutzfunktion" werden wir nicht endgültig beseitigen können, solange die Ohnmacht, allein vor dem Angriff des Warschauer Pakts zu stehen, sich nicht auflöst in greifbaren Möglichkeiten, gegen beide Supermächte politisch wie militärisch zu bestehen.

Den Friedensvertrag halte ich nicht für *die* Lösung, weil sie keine arg sichere ist. Sie ist eine gewisse politische Erleichterung, keine Lösung, denn Vertragsbruch ist Imperialisten heilig. Ich halte den Austritt aus der NATO, blockfreies Bündnis der europäischen Völker, vielleicht zusammen mit der 3. Welt, zur politischen, diplomatischen *und militärischen* Verteidigung, auch unter der Herrschaft einer monopolistischen Bourgeoisie (ohne Imperium außer Westdeutschland) für das entscheidende und vertretbar ...

M.A., Karlsruhe

Das Interesse am Arbeitsinhalt ist revolutionär

Zum Artikel „Am Beispiel Olivetti. Das Konzept der Anreicherung der Arbeit", KVZ 20/81, Seite 9

Der Autor berichtet über wichtige Ergebnisse der Kapitalakkumulation und des gewerkschaftlichen Kampfes in Italien am Beispiel von Olivetti. Im Zusammenhang mit Umstellungen des Produktionsapparats (z.B. auf größere Flexibilität der Produkte) führten die italienischen Gewerkschaften den Kampf um die „Anreicherung der Arbeit", gegen die „Entfremdung" und die „Armut" des Arbeitsinhalts ...

Ich kenne weder Olivetti noch die genauen Ziele und Ergebnisse des Kampfes der italienischen Gewerkschaften, trotzdem folgendes: In dem Artikel werden die Versuche der italienischen Gewerkschaften, auf den Verwertungsprozeß selbst Einfluß zu nehmen, einseitig unter der Fragestellung gesehen: Kostensenkung der Kapitalisten und Arbeitsintensivierung. Demgemäß bewertet der Autor die Forderungen nach Kontrolle des Arbeitsprozesses und seiner intellektuellen Durchdringung durch den einzelnen Arbeiter und den Gesamtarbeiter (= „Anreicherung") als „konstruierte Theorien, die ein selbständiges Interesse der Arbeiter am Arbeits*inhalt*, das völlig unvermittelt neben ihrem Interesse an besserem Leben, besserem Lohn und besserem Schutz ihrer Arbeitskraft vor vorzeitigem Verschleiß steht". Der Kampf wird als Ergebnis fehlerhafter Theorien mißverstanden, als würden sich die Arbeiter massenhaft und auf Dauer leimen lassen.

1. Natürlich haben die Arbeiter ein Interesse am Arbeitsinhalt, die Lohnabhängigkeit verbietet ihnen systematisch, dem nachzugehen. M.M. gilt es doch gerade zu untersuchen, wie die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion, hier als Arbeitsteilung, die Erhöhung der produktiven Kräfte in immer größeren Widerspruch geraten zum Kapitalverhältnis. Daß die Arbeiter Forderungen erheben, die in die Produktion selber eingreifen, ist einerseits Ausdruck davon, daß der Verzehr ihrer Arbeitskraft eben zur Verwertung des Kapitals gehört – dazu muß es schon kommen, wenn die Arbeiter ihre Arbeitskraft nur schützen wollen. Historisch ist es wahrscheinlich Ausdruck davon, daß die Arbeiter als Einzelne wie insgesamt die Produktion schon soweit beherrschen (auch intellektuell), daß sie Forderungen nach Änderung überhaupt stellen können. (Gleichzeitig streben sie bewußt Vereinheitlichung an.)

Betrachtet man die Arbeiter nur als Lohnarbeiter („Ware Arbeitskraft") und nicht gleichzeitig als Produzent des materiellen Reichtums, und sieht man nicht, welche Änderungen sich in der Produktion selber tun, dann fehlt doch jede revolutionäre Perspektive. Was soll denn daran erhellend und ermutigend sein, angesichts solcher revolutionärer Umwälzungen des Produktionsprozesses die Arbeiter darauf einzustellen, sie sollten nur ihr Leben lang – nämlich gegen „vorzeitigen Verschleiß" ihre Arbeitskraft schützen. In dieser Einseitigkeit wird das altklug und konservativ.

Umgekehrt faßt der Autor Ergebnisse solcher Umwälzungen, wie z.B. drastische Senkung der Ausschußrate, Einsparung von Kontrolleuren usw. nur unter „Nutzen" fürs Kapital, wo solche Ergebnisse doch jedem offenkundiger machen, wie überflüssig und welche Fessel das Kapitalverhältnis ist.

2. Generell dogmatisch und unrichtig ist es m.M., Theorien oder Forderungen, die massenhaft und auf Dauer (hier sogar von der Gewerkschaftsbewegung) in der Arbeiterklasse oder im Volk vertreten werden, als „konstruierte Theorien" o.ä. abzutun. Man muß sich doch einmal ansehen, wie Marx an solche, oft auch illusionäre, Theorien heranging.

Wenn an den Produktionsprozeß Wünsche und Idealbilder (z.B. „Anreicherung") herangetragen werden, ist dies erstens Protest gegen diesen so organisierten Arbeitsprozeß. Wenn solche Wünsche, Bedürfnisse massenhaft auftreten, ist dies ein Zeichen, daß in den widersprüchlichen Verhältnissen schon die Mittel gereift sind, diese Bedürfnisse zu erfüllen. Also muß man das Geheimnis solcher Wünsche und Ideale, wie verzerrt auch immer, entdecken und für die Vernichtung der alten Zustände kämpfen (vgl. Feuerbach Thesen IV). Hier stoßen die Arbeiter an die Sachzwänge des Kapitalverhältnisses, das sie nur um so schneller als Fessel erkennen, die gesprengt werden muß und kann ...

K., Frankfurt

rigkeiten festgeritten? (Dabei dürfen wir nicht übersehen, daß eine Intervention der SU in Kampuchea, Eritrea usw. eine Ausdehnung, eine Intervention der SU in Polen aber nur noch Verteidigung ihres Herrschaftsbereiches ist.)

Dabei muß die Politik des US-Imperialismus mit in Rechnung gezogen werden. Die Reagan-Regierung (und auch schon die Carter-Regierung) hat einen spürbaren Kurswechsel vollzogen bzw. vollzieht ihn gegenwärtig. In der Dritten Welt versuchen sie, erneut in die Offensive zu kommen (insbes. Nahost, Südostasien, Lateinamerika). Ökonomische Infiltration, Waffenexport und Eingreiftruppe sind die bereitstehenden Mittel. Der Chauvinismus im Inneren geht einher mit einem großangelegten Aufrüstungshaushalt, mit Druck auf die NATO und Westeuropa. Reagan hat offen erklärt, daß es ihm darauf ankomme, die volle *Überlegenheit* gegenüber der SU herzustellen. Die angekündigte Stationierung der US-Mittelstreckenraketen *ist* dazu ein entscheidendes Kettenglied. Mit Pershing 2 und Cruise Missile ist ein Atomkrieg für die USA – von Europa aus – führbar. Bei allen Unwägbarkeiten wegen zweifelhafter Unterlagen scheint aber doch klar, daß (was den militärischen Aspekt betrifft) die Pershing 2 der SS-20 überlegen ist, während die SS-20 den gegenwärtigen NATO-Raketen überlegen ist. (Was Sprengkraft, Zielgenauigkeit, Flugzeit und Abwehrmöglichkeiten angeht.) Wir müssen also, wenn wir von einem Vordringen der Sowjetunion sprechen, auch von einem Vordringen der USA spre-

Uhr bis 12.6., 20 Uhr)

Grundschulung (17.6., 14 Uhr bis 20.6., 20 Uhr)

ten. Für Unterkunft und Verpflegung wird ein Unkostenbeitrag erhoben.

Das ZK des KBW hat beschlossen, für den weiteren Ausbau und den Unterhalt des Schulungszentrums eine Spendensammlung durchzuführen. Es sollen weitere Schulungs- und Tagungsräume, sowie Unterkunfts- und Versorgungsmöglichkeiten geschaffen werden. Diese Räume sollen künftig auch anderen Gruppen für ähnliche Veranstaltungen zur Verfügung stehen.

Spenden für diesen Zweck werden erbeten auf das Konto KBW, Frankfurter Volksbank eG, Kto.-Nr. 27132-2 (BLZ 50190000); Postscheckkonto der Bank: Frankfurter 2232-609, Stichwort: „Schulungszentrum".

BRD gegenwärtig nicht nur durch die Reaktion der westdeutschen Bourgeoisie, sondern auch von außen, durch den Expansionismus der SU, bedroht" werden. Das ist richtig, aber doch nur die halbe Wahrheit: Durch die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen bekommt die BRD (und in gewissem Umfang ganz Westeuropa) einen Geiselstatus gegenüber der Expansionspolitik der USA zugewiesen. Dies geht m.E. über die bisherige Einschränkung der Souveränität Westdeutschlands durch die NATO und Besatzertruppen weit hinaus. Und diese Politik hat bereits jetzt ihren Preis im explodierenden Rüstungshaushalt, den damit verbundenen Umschichtungen im Bundeshaushalt zu Lasten der Sozialausgaben,

Selbständigkeit der europäischen Völker ist entscheidend

Zum Artikel „Das Vordringen der Sowjetunion und der Kampf gegen die NATO", KVZ 20/81, Seite 4

Lieber Genosse Plümer,

... ich meine, daß Dein Artikel zwar korrekte Positionen in allen Fragen enthält, aber – wie bisher alle erschienenen Artikel zu dieser Frage – noch um den heißen Brei rumläuft. Ich halte diese „politisch selbständige Bewegung der europäischen Völker" für den Haupt- und Knackpunkt. Weder die Entlarvung des imperialistischen Charakters der Sowjetunion noch die der

Das Interesse am Arbeitsinhalt ist revolutionär

Zum Artikel „Am Beispiel Olivetti. Das Konzept der Anreicherung der Arbeit", KVZ 20/81, Seite 9

Der Autor berichtet über wichtige Ergebnisse der Kapitalakkumulation und des gewerkschaftlichen Kampfes in Italien am Beispiel von Olivetti. Im Zusammenhang mit Umstellungen des Produktionsapparats (z.B. auf größere Flexibilität der Produkte) führten die italienischen Gewerkschaften den Kampf um die „Anreicherung der Arbeit", gegen die „Entfremdung" und die „Armut" des Arbeitsinhalts ...

Ich kenne weder Olivetti noch die genauen Ziele und Ergebnisse des Kampfes der italienischen Gewerkschaften, trotzdem folgendes: In dem Artikel werden die Versuche der italienischen Gewerkschaften, auf den Verwertungsprozeß selbst Einfluß zu nehmen, einseitig unter der Fragestellung gesehen: Kostensenkung der Kapitalisten und Arbeitsintensivierung. Demgemäß bewertet der Autor die Forderungen nach Kontrolle des Arbeitsprozesses und seiner intellektuellen Durchdringung durch den einzelnen Arbeiter und den Gesamtarbeiter (= „Anreicherung") als „konstruierte Theorien, die ein selbständiges Interesse der Arbeiter am Arbeitsinhalt, das völlig unvermittelt neben ihrem Interesse an besserem Leben, besserem Lohn und besserem Schutz ihrer Arbeitskraft vor vorzeitigem Verschleiß

tigkeit wird das altklug und konservativ.

Umgekehrt faßt der Autor Ergebnisse solcher Umwälzungen, wie z.B. drastische Senkung der Ausschußrate, Einsparung von Kontrolleuren usw. nur unter „Nutzen" fürs Kapital, wo solche Ergebnisse doch jedem offenkundiger machen, wie überflüssig und welche Fessel das Kapitalverhältnis ist.

2. Generell dogmatisch und unrichtig ist es m.M., Theorien oder Forderungen, die massenhaft und auf Dauer (hier sogar von der Gewerkschaftsbewegung) in der Arbeiterklasse oder im Volk vertreten werden, als „konstruierte Theorien" o.ä. abzutun. Man muß sich doch einmal ansehen, wie Marx an solche, oft auch illusionäre, Theorien heranging.

Wenn an den Produktionsprozeß Wünsche und Idealbilder (z.B. „Anreicherung") herangetragen werden, ist dies erstens Protest gegen diesen so organisierten Arbeitsprozeß. Wenn solche Wünsche, Bedürfnisse massenhaft auftreten, ist dies ein Zeichen, daß in den widersprüchlichen Verhältnissen schon die Mittel gereift sind, diese Bedürfnisse zu erfüllen. Also muß man das Geheimnis solcher Wünsche und Ideale, wie verzerrt auch immer, entdecken und für die Vernichtung der alten Zustände kämpfen (vgl. Feuerbach Thesen IV). Hier stoßen die Arbeiter an die Sachzwänge des Kapitalverhältnisses, das sie nur um so schneller als Fessel erkennen, die gesprengt werden muß und kann ...

K., Frankfurt

6. Parteitag der SEW: Mitglieder sollen auf Unterstützung der SU ausgerichtet werden

thb. Westberlin. Am 15. bis 17. Mai fand in Westberlin der 6. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins statt. Verabschiedet wurden dort die politische Plattform „Die SEW und die Anforderungen der 80er Jahre" und die „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins". Gekennzeichnet ist die politische Lage in der Welt von der „historischen Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Friedens und des Krieges, des gesellschaftlichen Fortschritts und der imperialistischen Reaktion ... Krisenerscheinungen in der Wirtschaft und in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, wachsender sozialer Unsicherheit, Angriffen auf die demokratischen Arbeiter- und Volksrechte. Besondere Gefahren entspringen den Versuchen, die Stadt zum Schaden des Friedens und ihrer Bürger an die NATO, deren Hochrüstungskurs und Konfrontationspolitik zu ketten." („Die SEW und die Anforderungen der 80er Jahre").

Neben der Aufstellung einer Reihe von Forderungen gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise, Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, „Nutzung der natürlichen Standortvorteile der Westberliner Wirtschaft durch den systematischen Ausbau langfristiger Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu den sozialistischen Staaten, insbesondere zur DDR" und der Bildung eines „Wirtschaftsrates" aus Betriebs- und Personalräten, Gewerkschaften usw., die bei der Vergabe öffentlicher Kredite mitbestimmen sollen, stellt die SEW noch Forderungen auf gegen die Wohnungsbaupolitik des Senats, sein Energiekonzept, gegen seine Bildungspolitik und fordert mehr Mitbestimmung „in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens", kommunales Wahlrecht für Ausländer und eine „demokratische Medienpolitik". Die Hauptaussage der verabschiedeten politischen Plattform der SEW geht aber um die vorbehaltlose Unterstützung der Politik der Sowjetunion.

„Die Kernfrage für Westberlin in den 80er Jahren besteht darin, in einer sich rasch verändernden Welt einen Platz zu finden, der den Erfordernissen des Friedens und den Gegenwarts- und Zukunftsinteressen der Bürger entspricht". Dieser Platz ist zu finden durch die „strikte Einhaltung des Vierseitigen Abkommens über Westberlin", durch „normale Beziehungen Westberlins zur DDR und den anderen sozialistischen Ländern" und durch die Unterstützung des Kampfes „der weltweiten Friedenskräfte um die Sicherung der politischen Entspannung ... Schritte zur allgemeinen Rüstungsbegrenzung und Reduzierung der Streitkräfte in Europa ..., wie sie von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten beharrlich erstrebt werden".

Neu an den verabschiedeten Dokumenten ist, daß nichts mehr zur Frage der Nation enthalten ist. 1969 hatte die SEW noch verabschiedet, daß das wiedervereinigte Deutschland, ein Deutschland des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus sein müsse. Davon steht jetzt in keinem der beiden verabschiedeten Dokumente mehr etwas drin.

Mit dem „Antisowjetismus", den die SEW gleichsetzt mit Antikommunismus, hatte sie in der Vergangenheit in ihren eigenen Reihen ziemliche Schwierigkeiten. Deshalb nahm auch in dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag die Entwicklung der SEW einigen Platz ein. Nach diesem Bericht war diese Partei „mit vielen neuen Herausforderungen, mit manchem komplizierten Problem und auch nicht wenigen antikommunistischen und revisionistischen Attacken von Feinden unterschiedlichen Kalibers konfrontiert". Trotz einer größeren Zahl geschlossener Austritte – zu denen sich dieser Bericht allerdings nicht konkret äußert – und trotz eines weiteren Rückganges ihrer Wählerstimmen bei den Abgeordnetenhauswahlen ist die SEW in dem Bericht ihres Parteivorstandes „aus den Bewährungsproben insgesamt politisch, ideologisch und organisatorisch gestärkt hervorgegangen". Sowieso: warum tritt jemand überhaupt aus einer so „starken Arbeiterpartei", aus?: „Ihr wißt ... dieser oder jener tut das aus Feigheit oder in der irrigen Hoffnung, unsere Feinde würden ihm seinen Schritt honorieren ..." Damit ist dann auch das Problem erledigt, daß die SEW sich eigentlich inhaltlich zu den verschiedenen politischen Auseinandersetzungen innerhalb ihrer Partei sowie mit anderen Organisationen äußern müßte. Immerhin sind im vergangenen Jahr nicht nur einzelne SEW-Mitglieder ausgetreten, sondern auch eine größere Gruppe, zu denen auch einige Mitglieder des Parteivorstandes gehörten, die sich klar von der Politik der SEW, insbesondere von ihrer Haltung zur Sowjetunion abgrenzen. Diese Gruppe, die jetzt die Zeitung „Klarheit" herausgibt, hat in den Neuwahlen zum Westberliner Abgeordentenhaus die Alternative Liste unterstützt.

Breiten Raum nimmt auch die Einschätzung des Wahlergebnisses in dem Bericht des Parteivorstandes der SEW ein. Richtig schätzt die SEW ein, daß ein guter Teil des Stimmenzuwachses der CDU seine Grundlage hat in der Ablehnung der Politik und Postenschieberei der SPD. Als Fortschritt wertet die SEW, daß mit der AL-Fraktion „erstmals eine bisher außerparlamentarische Bewegung ins Abgeordnetenhaus" einzieht. 1979 hatte die SEW im Landeswahlausschuß noch als einzige Partei gegen die Zulassung der AL zu den Abgeordnetenhauswahlen gestimmt. 1981 mußte die SEW in ihrem Parteiorgan „Wahrheit" längere Rechtfertigungsartikel schreiben, daß sie trotz ihrer häufigen Aktionseinheitsangebote „an alle Demokraten ..." nicht die Kandidatur der AL unterstützt. Warum ist der Stimmanteil der SEW von 1,1% 1979 auf 0,7% 1981 zurückgegangen, obwohl sie nach dem Bericht ihres Parteivorstandes „insgesamt ... gestärkt" aus allen Auseinandersetzungen hervorgegangen ist? Dazu Horst Schmitt, Parteivorsitzender: „In unserer Stadt ist offensichtlich der Kreis vor allem junger Menschen beträchtlich angewachsen, die das verkrustete Drei-Parteien-System gründlich satt haben ... Sie haben verschiedenartige Lebens- und Kampfeserfahrungen, Vorstellungen und Ideale. Und viele von ihnen sind ... natürlich noch tief verstrickt in den antikommunistischen Vorurteilen ... . Zugleich ist unübersehbar, daß nicht wenige potentielle SEW-Wähler aus Sorge vor der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU auch diesmal für die Sozialdemokratie stimmten. Ebenso offensichtlich haben manche uns nahestehende junge Menschen in der Hoffnung, schnellere Erfolge zu erreichen, die AL gewählt."

Dieser Parteitag sollte die Mitgliedschaft ausrichten auf die Unterstützung der Politik des Parteivorstandes und auf die Unterstützung der „Friedenspolitik" der SU. Darum gibt es auch in dieser revisionistischen Partei Streit. In dem Bericht des Parteivorstandes werden alle gewarnt, die sich in der Partei um diese Politik auseinandersetzen wollen: „Wir sind prinzipiell für guten Rat sehr aufgeschlossen. Aber wir sehen uns die Ratgeber natürlich an. Wir lernen von jenen, bei denen es für den revolutionären Kampf zu lernen gibt: ... vor allem bei der erfahrensten Abteilung der kommunistischen Bewegung, der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, und der SED ...".

Einige Thesen zur Partei der Arbeiterklasse und der Organisation der Kommunisten

1. Die Arbeitsweise des KBW befindet sich im Umbruch. Wir haben bereits mit bestimmten Aspekten unserer früheren Arbeitsweise gebrochen (Kaderung nach innen, Vorrang der organisatorischen Aspekte der Arbeit, Ausrichtung der Arbeit hauptsächlich auf Parteiaktionen, seien dies nun Parteidemonstrationen oder Briefaktionen der Partei). Wir haben bereits damit begonnen, unsere Arbeit umzustellen (Kaderung der Bewegung, Vorrang der theoretischen Aspekte der Arbeit, Ausrichtung der Arbeit auf Umwandlung der existierenden Bewegung und existierender Kämpfe in eine revolutionäre Bewegung und revolutionäre Kämpfe entsprechend dem Interesse der Gesamtbewegung). Wir werden den Umbruch unserer Arbeit nur bewußt vollziehen können, wenn wir mit einigen bisherigen Auffassungen von der Partei der Arbeiterklasse und der Organisation der Kommunisten brechen und eine den objektiven und subjektiven Bedingungen entsprechende Konzeption der Partei der Arbeiterklasse und der Organisation der Kommunisten entwickeln. Nur dann werden wir den krisenhaften Charakter des gegenwärtigen Umbruches überwinden können.

2. Wir müssen den Gedanken überwinden, als könne es Identität geben zwischen der Partei der Arbeiterklasse und der Organisation der Kommunisten. Die Partei der Arbeiterklasse kann nichts anderes sein als die Arbeiterklasse selber, die entsprechend ihren Interessen mittels Organen der Klasse mehr oder weniger bewußt und zweckmäßig Partei ergreift.

3. Letztenendes ergreift die Arbeiterklasse mittels der Räte Partei, die in der proletarischen Revolution als Organe der Eroberung der politischen Macht und nach der Eroberung der politischen Macht als Organe der Diktatur des Proletariats und der gesellschaftlichen Verwaltung dienen. Eine Besonderheit in Westdeutschland als Resultat früherer Klassenkämpfe besteht darin, daß solche Räte in Form der Betriebsräte bereits existieren, wenn sie auch gegenwärtig durch die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes in ihren Funktionen und Rechten entscheidend eingeschränkt und ihrer Zusammensetzung nach keineswegs revolutionär sind. Sie sind aber bereits demokratisch gewählte Organe der Klasse, in denen alle Arbeiter und Lohnabhängigen einer Belegschaft vertreten sind, in denen die Kapitalisten nicht vertreten sind. In einer revolutionären Entwicklung können diese Räte ihren Charakter rasch wandeln, sich in ihrer Zusammensetzung ändern und den Rahmen der bürgerlichen Gesetze sprengen. Jedenfalls ist es von großer Bedeutung, daß die Arbeiterklasse solche Organe bereits hat, ihre Erfahrungen mit ihnen macht und unschätzbare Kenntnisse über die Interessen der Arbeiterklasse in der Produktion und Reproduktion sammelt, ebenso wie sie unschätzbare Kenntnisse über die Organisation der Produktion sammelt. In diesen Organen der Arbeiterklasse gibt es jetzt verschiedene Kräfte, verschiedene politische Parteien und die wird es auch in Zukunft geben. Ihre Zusammensetzung wird im Großen und Ganzen die Kräfteverhältnisse zwischen den verschiedenen politischen Strömungen in der Arbeiterklasse ausdrücken. Durch demokratische Entscheidung dieser Klassenorgane, die demokratisch gewählt sind, ergreift die Arbeiterklasse heute Partei gegenüber den Kapitalisten und wird sie morgen Partei ergreifen gegenüber der Kapitalistenklasse und ihrem Staatsapparat. Die relativ kurze Wahlperiode der Betriebsräte auch unter den Bedingungen des Betriebsverfassungsgesetzes und ihre Nähe zu den durch den Kapitalismus selber zusammengefaßten und organisierten Arbeitern macht die Betriebs- und Personalratswahlen und die Entwicklung der Arbeit der Betriebsräte bereits heute zu einem feinen Instrument der Messung der Entwicklung der verschiedenen Strömungen in der Arbeiterklasse.

3. Letztenendes ergreift die Arbeiterklasse mittels der Räte Partei, die in der proletarischen Revolution als Organe der Eroberung der politischen Macht und nach der Eroberung der politischen Macht als Organe der Diktatur des Proletariats und der gesellschaftlichen Verwaltung dienen. Eine Besonderheit in Westdeutschland als Resultat früherer Klassenkämpfe besteht darin, daß solche Räte in Form der Betriebsräte bereits existieren, wenn sie auch gegenwärtig durch die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes in ihren Funktionen und Rechten entscheidend eingeschränkt und ihrer Zusammensetzung nach keineswegs revolutionär sind. Sie sind aber bereits demokratisch gewählte Organe der Klasse, in denen alle Arbeiter und Lohnabhängigen einer Belegschaft vertreten sind, in denen die Kapitalisten nicht vertreten sind. In einer revolutionären Entwicklung können diese Räte ihren Charakter rasch wandeln, sich in ihrer Zusammensetzung ändern und den Rahmen der bürgerlichen Gesetze sprengen. Jedenfalls ist es von großer Bedeutung, daß die Arbeiterklasse solche Organe bereits hat, ihre Erfahrungen mit ihnen macht und unschätzbare Kenntnisse über die Interessen der Arbeiterklasse in der Produktion und Reproduktion sammelt, ebenso wie sie unschätzbare Kenntnisse über die Organisation der Produktion sammelt. In diesen Organen der Arbeiterklasse gibt es jetzt verschiedene

4. Organisationen, in denen die Arbeiterklasse gegenüber den Kapitalisten und ihren Verbänden, aber auch gegenüber der Kapitalistenklasse, gegenüber Staat und Regierung Partei ergreift, sind die Gewerkschaften. Eine große Errungenschaft der Arbeiterklasse in Westdeutschland ist dabei, daß sie die zünftlerischen Organisationsformen von Berufsgewerkschaften etc. weitgehend überwunden hat und sich in einheitlichen Industriegewerkschaften organisiert. Im Unterschied zu den Räten erfassen die Gewerkschaften nur einen Teil der Klasse, wenn auch einen bedeutenden. Die Gewerkschaften sind nicht nur Organe des alltäglichen Kampfes gegen die Kapitalisten, sie sind auf Grund ihres Klassencharakters der Tendenz nach Organe des Klassenkampfes, in denen sich die Arbeiterklasse allen bürgerlichen Kräften feindselig entgegenstellen kann und an bestimmten Punkten auch bereits tut. Nach Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse verbleiben den Gewerkschaften wesentliche Funktionen als elementarer Organisationen der Arbeiter. Ohne gewerkschaftliche Organisation, basierend auf den Industriezweigen und zusammengeschlossen in einem Verband, wird die Arbeiterklasse ihre grundlegenden Interessen in der Produktion und Konsumtion beim Aufbau des Sozialismus nicht verwirklichen können. Die Gewerkschaften werden entscheidende Aufgaben wahrnehmen in der Organisation der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens der Arbeiter. Bereits heute ist die gewerkschaftliche Organisation entscheidende Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse die Betriebsräte im Kampf gegen die Kapitalisten und ihre Klasse nutzen kann. In den Gewerkschaften gibt es heute unterschiedliche politische Strömungen und wird es auch in Zukunft unterschiedliche politische Strömungen geben. Die Mehrheitsverhältnisse werden sich ändern und die gemeinsame Basis in den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse wird gestärkt werden, weil alle politischen Strömungen, die diese gemeinsame Interessenbasis nicht anerkennen oder verletzen, tendenziell zum Untergang verurteilt sind. Innerhalb der Gewerkschaften sind die Vertrauensleutekörper entscheidende Organe der Parteinahme und der Parteibildung des Proletariats, Organe, die dazu dienen können und auch bereits dazu dienen, die grundlegenden wie die aktuellen Interessen der Arbeiter herauszuarbeiten und zu verfechten. Sie sind entscheidende Organe der Willensbildung der Arbeiter und der Leitung ihrer Kämpfe.

5. Alle politischen Arbeiterorganisationen im engeren Sinne müssen sich daran messen lassen wie sie zu den Organen der Arbeiterklasse und der gewerkschaftlichen Organisation stehen, wie sie in ihnen arbeiten, wie sie dazu beitragen, daß die Arbeiterklasse mit ihrer Hilfe gegenüber allen bürgerlichen Kräften entsprechend ihren Interessen und ihrem Willen Partei ergreifen kann. Die Kommunisten sind einerseits eine politische Arbeiterorganisation unter anderen. Sie unterscheiden sich von den anderen politischen Arbeiterorganisationen darin, daß sie stets von den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse ausgehen, die nur revolutionär verwirklicht werden können, daß sie die Bedürfnisse und Fähigkeiten der Arbeiterklasse nicht zu beschneiden, sondern zu entwickeln versuchen. Sie vertreten in allen Kämpfen das Interesse der Gesamtbewegung und des internationalen Proletariats (dessen sie sich aber stets erneut versichern müssen) und sind praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterbewegung. Als Kommunisten treten sie dafür ein, daß die Arbeiterklasse sich nicht auf den Kampf für ihre eigenen, engsten Tagesinteressen beschränkt, sondern in alle gesellschaftlichen Kämpfe eingreift, sich Kenntnisse über alle Klassen und Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft verschafft und so die Fähigkeit erlangt, in einer Volksrevolution die Herrschaft der Kapitalistenklasse zu sprengen. Der Sache nach sind die Kommunisten insofern keine politische Arbeiterorganisation unter anderen. Daraus den Schluß zu ziehen, daß deshalb die Kommunisten und ihre Organisation die Partei der Arbeiterklasse seien oder wenigstens werden könnten, die nicht nur der Sache nach, sondern formell die Interessen der Gesamtbewegung vertritt, ist ein grundlegender Fehler, den die Kommunisten immer wieder gemacht haben, der sie innerhalb der Arbeiterbewegung in Mißkredit gebracht hat und der sie daran hindert, ihre revolutionäre Arbeit wirklich zu entfalten. Es ist gefährlich, die Organisation der Kommunisten als *höchste* Form der Klassenorganisation zu verstehen. Das führt leicht zu Mißachtung der wirklichen, der Sache und der *Form* nach existierenden und sich herausbildenden, Organe der Partei der Arbeiterklasse, führt zum Versuch, die Tatsache, daß die Arbeiterklasse ohne organisierte Arbeit der Kommunisten ihre Interessen und Ziele nicht verwirklichen kann, zum Anhalt zu nehmen, um die führende Rolle der Organisation der Kommunisten herauszustreichen und womöglich hierarchisch und verfassungsmäßig abzusichern.

gen und wird es auch in Zukunft unterschiedliche politische Strömungen geben. Die Mehrheitsverhältnisse werden sich ändern und die gemeinsame Basis in den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse wird gestärkt werden, weil alle politischen Strömungen, die diese gemeinsame Interessenbasis nicht anerkennen oder verletzen, tendenziell zum Untergang verurteilt sind. Innerhalb der Gewerkschaften sind die Vertrauensleutekörper entscheidende Organe der Parteinahme und der Parteibildung des Proletariats, Organe, die dazu dienen können und auch bereits dazu dienen, die grundlegenden wie die aktuellen Interessen der Arbeiter herauszuarbeiten und zu verfechten. Sie sind entscheidende Organe der Willensbildung der Arbeiter und der Leitung ihrer Kämpfe.

5. Alle politischen Arbeiterorganisationen im engeren Sinne müssen sich daran messen lassen wie sie zu den Organen der Arbeiterklasse und der gewerkschaftlichen Organisation stehen, wie sie in ihnen arbeiten, wie sie dazu beitragen, daß die Arbeiterklasse mit ihrer Hilfe gegenüber allen bürgerlichen Kräften entsprechend ihren Interessen und ihrem Willen Partei ergreifen kann. Die Kommunisten sind einerseits eine politische Arbeiterorganisation unter anderen. Sie unterscheiden sich von den anderen politischen Arbeiterorganisationen darin, daß sie stets von den grundlegenden Interessen der Ar-

ausbildenden, Organe der Partei der Arbeiterklasse, führt zum Versuch, die Tatsache, daß die Arbeiterklasse ohne organisierte Arbeit der Kommunisten ihre Interessen und Ziele nicht verwirklichen kann, zum Anhalt zu nehmen, um die führende Rolle der Organisation der Kommunisten herauszustreichen und womöglich hierarchisch und verfassungsmäßig abzusichern.

6. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Dementsprechend haben die Kommunisten von der Praxis der *Arbeiterklasse* auszugehen und auf diese zurückzuwirken, statt von ihrer eigenen und in ihr zu kreisen. Handelndes Subjekt ist die Arbeiterklasse und nicht die Organisation der Kommunisten, die Teil der Arbeiterklasse ist. Der Organisationszweck der Kommunisten im engeren Sinne ist in erster Linie, sich Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung zu verschaffen, diese Einsicht zu verbreiten in der Arbeiterklasse und der proletarischen Bewegung, diese Einsicht in der Praxis der Arbeiterklasse zu überprüfen, sie weiterzuentwickeln und weiterzuverbreiten, damit sie für immer größere Teile der Arbeiterbewegung als Anleitung zum erfolgreichen Handeln dient. Die Arbeitsweise der Kommunisten dient nicht dem Handeln der kommunistischen Organisation, sondern dem Handeln der Arbeiterklasse. Die Kommunisten sind Teil der Arbeiterklasse und beteiligen sich an der proletarischen Bewegung. Damit sich die proletarische Bewegung zielgerichtet entfalten kann, braucht sie in wachsendem Umfang Einsicht in die Interessen der Gesamtbewegung. Diese Einsicht einer immer größeren Zahl von Arbeitern und Lohnabhängigen zu erleichtern, macht den Aufbau der Organisation der Kommunisten notwendig, nicht aber das Bemühen, diese Einsicht für sich in selbständige Tat und Aktion umzusetzen. Wo immer die Kommunisten in der Tat und in der Aktion „selbständig", d.h. isoliert, sind, haben sie Fehler gemacht, ob sie nun selber mehr oder weniger zahlreich sind.

6. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Dementsprechend haben die Kommunisten von der Praxis der *Arbeiterklasse* auszugehen und auf diese zurückzuwirken, statt von ihrer eigenen und in ihr zu kreisen. Handelndes Subjekt ist die Arbeiterklasse und nicht die Organisation der Kommunisten, die Teil der Arbeiterklasse ist. Der Organisationszweck der Kommunisten im engeren Sinne ist in erster Linie, sich Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung zu verschaffen, diese Einsicht zu verbreiten in der Arbeiterklasse und der proletarischen Bewegung, diese Einsicht in der Praxis der Arbeiterklasse zu überprüfen, sie weiterzuentwickeln und weiterzuverbreiten, damit sie für immer größere Teile der Arbeiterbewegung als Anleitung zum erfolgreichen Handeln dient. Die Arbeitsweise der Kommunisten dient nicht dem Handeln der kommunistischen Organisation, sondern dem Handeln der Arbeiterklasse. Die

7. Unsere Organisation war bisher einseitig auf das Handeln der Organisation ausgerichtet und das gerade mag auch einige angezogen haben. Unsere Organisation muß jedoch auf den Erwerb der Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung und ihre Verbreitung, Überprüfung in der Praxis der Arbeiterbewegung, ihre Verbesserung und weitere Verbreitung ausgerichtet sein. Mao hat das in dem Satz zu fassen versucht, aus den Massen schöpfen, in die Massen hineintragen. Man darf das aber nicht dahin verstehen, als könnte man die Einsicht in das Interesse der Gesamtbewegung entwickeln, indem man alle Meinungen sammelt, die vorhanden sind. Man muß auch alte und neue Bücher lesen, sie kritisch verarbeiten, man muß sich schulen etc. Wichtigstes Mittel unserer Arbeit als Kommunisten sind unsere Publikationen, die es auch jedem einzelnen Mitglied ermöglichen müssen, als Propagandist und Agitator unter den Massen zu wirken, wie sie allen Kommunisten und Revolutionären ermöglichen müssen, sich an unserer Arbeit zu beteiligen. Viel mehr wieder als in den letzten Jahren sollten wir unsere Publikationsorgane als Mittel des Aufbaus der Organisation der Kommunisten wie der Herausbildung der Partei der Arbeiterklasse, der Sache wie der Form nach, begreifen. Durch die Erarbeitung und Verbreitung unserer Publikationen überwinden wir die starren Grenzen, die wir teilweise um die Organisation errichtet haben. Lesen, Debatte, Auseinandersetzung, Ausbildung und Aufklärung muß wieder viel mehr zu unserem spezifischen Beitrag zum Kampf und zur Entwicklung der Arbeiterbewegung werden. Dabei müssen wir Formen finden, in denen wir die engen Schranken der eigenen Organisation überwinden, die in ihrer Struktur noch immer einseitig auf das Handeln der Organisation statt auf das Handeln und die Bildung der Arbeiterbewegung ausgerichtet ist. Offene Schulung, offene Arbeitskonferenzen, Diskussionsforen sind Formen, in denen wir diese Einseitigkeit überwinden können. Auf diese Weise kann auch die Selbständigkeit der Mitglieder gehoben werden und können die Schranken zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern oder Mitgliedern anderer kommunistischer oder revolutionärer Organisationen überwunden werden. Dabei darf man aber nicht vergessen, daß auch diese Arbeit organisiert werden und durch eine Organisation getragen werden muß, wenn der Kommunismus nicht wieder völlig in lokal borniertes Zirkelwesen und Zersplitterung zurückfallen soll.

Publikationen, die es auch jedem einzelnen Mitglied ermöglichen müssen, als Propagandist und Agitator unter den Massen zu wirken, wie sie allen Kommunisten und Revolutionären ermöglichen müssen, sich an unserer Arbeit zu beteiligen. Viel mehr wieder als in den letzten Jahren sollten wir unsere Publikationsorgane als Mittel des Aufbaus der Organisation der Kommunisten wie der Herausbildung der Partei der Arbeiterklasse, der Sache wie der Form nach, begreifen. Durch die Erarbeitung und Verbreitung unserer Publikationen überwinden wir die starren Grenzen, die wir teilweise um die Organisation errichtet haben. Lesen, Debatte, Auseinandersetzung, Ausbildung und Aufklärung muß wieder viel mehr zu unserem spezifischen Beitrag zum Kampf und zur Entwicklung der Arbeiterbewegung werden. Dabei müssen wir Formen finden, in denen wir die engen Schranken der eigenen Organisation überwinden, die in ihrer Struktur noch immer einseitig auf das Handeln der Organisation statt auf das Handeln und die Bildung der Arbeiterbewegung ausgerichtet ist. Offene Schulung, offene Arbeitskonferenzen, Diskussionsforen sind Formen, in denen wir diese Einseitigkeit überwinden können. Auf diese Weise kann auch die Selbständigkeit der Mitglieder gehoben werden und können die Schranken zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern oder Mitgliedern anderer

8. Genausowenig wie sich die Arbeiterbewegung auf ihre eigenen Alltagsinteressen beschränken kann, dürfen sich die Kommunisten auf die Arbeiterbewegung beschränken. Sie müssen die Verbindung mit allen Kräften suchen, die in einen, sei es auch nur partiellen Widerspruch zum Kapitalismus und zum bürgerlichen Staat geraten. Der Sache nach müssen sie sich schon allein um der Entwicklung der Arbeiterbewegung willen auf alle Fragen der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung einlassen und sich mit ihnen auseinandersetzen.

9. Wir müssen mit einigen Fehlern Schluß machen. Es kommt nicht darauf an, als Organisation immer präsent zu sein. Das geht gar nicht. Grundlegend ist, daß die organisiert handelnden Kommunisten in ihrem politischen Umfeld, in den existierenden Bewegungen, auf öffentlichen Versammlungen usw. in der Lage sind, eine revolutionäre Propaganda zu entfalten und zur Entwicklung einer Taktik beizutragen. Die einzelnen Kommunisten müssen viele zusammenschließen können, auch wenn nicht bei jeder Gelegenheit und an jeder Stelle viele Kommunisten sind. Dazu muß die Ausbildung in der Zelle wie in der Organisation überhaupt gut sein. Oft reicht es, wenn sich die Mitglieder und Einheiten der Organisation an der Vorbereitung und Durchführung einer Aktion oder Versammlung beteiligen, die mit den betreffenden Kräften in Verbindung stehen, während die Gesamtorganisation die Sache mit Bericht etc. in der Zeitung unterstützt. Wir müssen die Auffassung überwinden, als würde die „theoretische Initiative" bedeuten, daß nun jeder im bekannten und berüchtigten Sinn zum „Forscher" werden müßte. Theoretische Initiative heißt im wesentlichen, daß wir uns den offenen Fragen offen stellen, die vor der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung stehen, und uns mit ihnen auseinandersetzen. In der Auseinandersetzung erkennen wir, was wir überprüfen, nachlesen, „erforschen" müssen. Jeder Genosse soll sich so gut es geht mit den großen Fragen der Arbeiterbewegung und der proletarischen Revolution befassen. Dazu muß nicht jeder durch statistische Jahrbücher der jeweiligen Ebene kriechen, sondern muß man vor allem auch ein bißchen lesen, u.a. die Klassiker. Man muß sich Anregungen holen und man muß Anregungen aus Auseinandersetzungen aufgreifen, statt Auseinandersetzungen auszuweichen. Wir müssen uns einerseits mehr und in besserer Form nach der wirklichen Bewegung richten und nicht immer „etwas" machen wollen und wir müssen andererseits erkennen, daß in der gegenwärtigen Situation manchmal schon viel „gemacht" ist, wenn wir alle unsere Zeit besser nutzen, um uns durch Lektüre einiger alter und neuer Bücher, durch Lektüre unserer Publikationen wie der Publikationen anderer Organisationen zusätzliche Kenntnisse und Gesichtspunkte anzueignen.

Die Tätigkeit eines Kommunisten in einer Gewerkschaft, in einem Vertrauensleutekörper oder einem Betriebsrat, in einer Fachschaftsgruppe oder einer bestimmten Initiative ist eine kommunistische und revolutionäre Tätigkeit. Das ist das eine. Das andere ist, daß wir als Kommunisten uns darauf konzentrieren müssen, unsere eigene Einsicht wie die Einsicht von anderen in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung zu heben und besser zu verbreiten. Ohne dementsprechend organisierte Tätigkeit der Kommunisten kann es deshalb überhaupt keine wirksame kommunistische Tätigkeit geben.

heißt im wesentlichen, daß wir uns den offenen Fragen offen stellen, die vor der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung stehen, und uns mit ihnen auseinandersetzen. In der Auseinandersetzung erkennen wir, was wir überprüfen, nachlesen, „erforschen" müssen. Jeder Genosse soll sich so gut es geht mit den großen Fragen der Arbeiterbewegung und der proletarischen Revolution befassen. Dazu muß nicht jeder durch statistische Jahrbücher der jeweiligen Ebene kriechen, sondern muß man vor allem auch ein bißchen lesen, u.a. die Klassiker. Man muß sich Anregungen holen und man muß Anregungen aus Auseinandersetzungen aufgreifen, statt Auseinandersetzungen auszuweichen. Wir müssen uns einerseits mehr und in besserer Form nach der wirklichen Bewegung richten und nicht immer „etwas" machen wollen und wir müssen andererseits erkennen, daß in der gegenwärtigen Situation manchmal schon viel „gemacht" ist, wenn wir alle unsere Zeit besser nutzen, um uns durch Lektüre einiger alter und neuer Bücher, durch Lektüre unserer Publikationen wie der Publikationen anderer Organisationen zusätzliche Kenntnisse und Gesichtspunkte anzueignen.

Die Tätigkeit eines Kommunisten in einer Gewerkschaft, in einem Vertrauensleutekörper oder einem Betriebsrat, in einer Fachschaftsgruppe oder einer bestimmten Initiative ist eine kommu-

Wir müssen dazu beitragen, daß es nach Möglichkeit gelingt, *eine* Organisation der Kommunisten aufzubauen, als Organisation einer theoretischen und praktischen Richtung der Arbeiterbewegung, die deren Zukunft im Auge hat. Den Gedanken, daß diese einheitliche Organisation der Kommunisten jemals die Partei der Arbeiterklasse sein oder werden könnte, sollten wir verwerfen. Eine ganze Reihe von Scheinfragen, vor allem die Frage, wann man denn *die* Partei *gründen* könne, sind damit erledigt. Die Partei der Arbeiterklasse kann nichts anderes sein als die Arbeiterklasse, die für ihre ureigenen Interessen mit Hilfe von Organen der Arbeiterklasse Partei ergreift gegenüber allen Kräften der Bourgoisie.

Die Organisation der Kommunisten kann nichts anderes sein als der vorwärtstreibende Teil, der bewußte Kern der Partei der Arbeiterklasse, die sich in den Kämpfen der Klasse auch auf Grund eigener Erfahrungen großer Massen herausbildet und in den revolutionären Arbeiterräten, der Sache wie der Form nach, vollends Gestalt annimmt.

Hans-Gerhart Schmierer

Mugabe bekräftigt in China Blockfreiheit gegenüber beiden Supermächten

thf. Die Volksrepublik China war die erste Station einer Asien-Reise des Ministerpräsidenten von Zimbabwe und sieben anderer Minister. Japan, Indien und Pakistan sind weitere Ziele.

In Beijing unterzeichneten Robert Mugabe und der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang ein Abkommen über die Intensivierung des Handels und kulturelle Zusammenarbeit. In diesem Abkommen räumen sich die beiden Staaten gegenseitig die Meistbegünstigungsklausel ein. Bei Gelegenheit verschiedener Bankette und einer Rede vor Beijinger Studenten während seines 5-Tage-Besuches äußerte sich Robert Mugabe auch über seine Einschätzung der Weltlage und die Außenpolitik Zimbabwes. Die Bande der Freundschaft und Kooperation, die während des Befreiungskampfes in Zimbabwe mit China hergestellt wurden, könnten sich jetzt, da Zimbabwe frei sei, nur verstärken und entwickeln, führte er aus. Und: „Die Massen von Zimbabwe haben entschieden, daß eine Politik der Blockfreiheit der einzige Weg ist, auf dem sie vermeiden können, der Hegemonie der Supermächte unterworfen zu werden und auf dem sie ihre Unabhängigkeit und die Solidarität mit allen Nationen der Dritten Welt konsolidieren können." Die Regierung von Zimbabwe, fuhr er fort, „hat darauf beharrt, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Supermächten nur möglich war, als klar war, daß es zum einen keine Unterstützung für inländische reaktionäre Dissidenten und zum anderen keine Kollaboration mit rassistischen Imperialisten geben darf". Eine deutliche Erklärung, warum erst acht Monate nach der Unabhängigkeit diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion aufgenommen worden waren.

Robert Mugabe betonte die Notwendigkeit des Zusammenschlußes und der Zusammenarbeit der Dritten Welt: „Wir glauben wie China, daß enge ökonomische Beziehungen zwischen den Nationen der Dritten Welt der beste Weg ist, Ausbeutung durch den internationalen Kapitalismus und Imperialismus zu vermeiden ..."

Die Unabhängigkeit Namibias bezeichnete R. Mugabe als die brennende Frage unserer Tage, die Afrika beunruhige.

Am Freitag, dem 15. Mai, war in Salisbury eine Arbeitskonferenz der afrikanischen Staaten und der Befreiungsbewegungen PAC, ANC und SWAPO zu Ende gegangen. Hier hatte Arbeitsminister Kangai Maßnahmen gegen die Ausbeutung zimbabwescher Arbeiter in südafrikanischen Minen angekündigt. Die Zahl der Wanderarbeiter ist von über 30000 vor ein paar Jahren auf 4700 zurückgegangen, obwohl die Wirtschaft Zimbabwes diese Arbeiter noch nicht alle beschäftigen kann. Die Verträge der restlichen Wanderarbeiter laufen innerhalb der nächsten zwei Jahre aus und sollen nicht verlängert werden, erklärte Kangai.

Spanien: Wie lange noch?

bep. Inzwischen scheinen die faschistischen Teile des Militärs und die sie unterstützenden Kräfte der Oligarchie ihre Ziel auch ohne Putsch zu erreichen. Das Parlament macht in seiner großen Mehrheit den Eindruck, als sei es auch nach dem Ende der Parlamentsbesetzung eine Geisel in der Hand der reaktionären Militärs geblieben. Letzte Woche beschloß es, gegen die Stimmen der Kommunisten und der baskischen Parlamentarier, ein umfangreiches Paket von Notstandsmaßnahmen. Die Regierung kann damit den Notstand in drei Stufen (Alarm-, Ausnahme- und Belagerungszustand) ausrufen lassen, Verhaftungen vornehmen und Wohnungen durchsuchen lassen, Telefone anzapfen, Briefe öffnen, Zeitungen verbieten, Geschäfte und Fabriken schließen, Transporte beschlagnahmen, Bürger in andere Landesteile verbannen, Streiks verbieten, Ausgangsverbote verhängen, Versammlungen und Veranstaltungen verbieten.

Unterdes pilgern die Zivilgardisten, die nach ihrem Sturm auf das Parlament zunächst verhaftet und dann freigelassen wurden, weil sie von ihrem Anführer getäuscht worden seien, zu eben diesem Anführer Tejero hin, der noch in komfortabler Haft sitzt. Provokatorische Attentate heizen die Stimmung im Militär an. Viele Indizien weisen darauf hin, daß die GRAPO, der viele dieser Attentate zugerechnet werden, eine Schöpfung der Geheimpolizei ist. Aber auch Teile der ETA setzen mit Anschlägen einen inzwischen selbstmörderischen Amoklauf fort. Franco-Generäle (gegenwärtig gibt es 1273 Generäle in Spanien) opponieren gegen ein Gesetz, das sie zwar bis zum Lebensende im „Aktivdienst" beläßt, in Uniform und mit vollem Sold, ihnen aber wenigstens ab dem 65. Lebensjahr militärische Kommandos oder administrative Posten entzieht. Die Guardia Civil läßt drei junge Männer, die sie auf dem Weg zu einem Familienfest verhaftet hat, in einem Auto verbrennen, aneinandergefesselt, mit Schußwunden, ohne Arme und Beine, möglicherweise infolge eines „Verhörs". Der verantwortliche Oberstleutnant, als Rechtsextremer bekannt, hat sich krank gemeldet, ist aber nicht von seinem Posten entfernt. Der Innenminister Rosoń, der auch in der letzten Regierung schon Innenminister war, als der Baske Arregui unter der Folter starb, gibt vor dem Parlament windige Erklärungen ab. Der Kommissar Ballesteros, der Kommandant des „Vereinigten Antiterroristischen Kommandos", bestehend aus verschiedensten Polizei- und Militäreinheiten, schulmeistert in der Öffentlichkeit die Regierung, wieweit sie in der Autonomiefrage gehen dürfe. So lange die Machtpositionen der Rechten in Armee, Polizei, Justiz und staatlicher Bürokratie nicht beseitigt sind, wuchert der Rechtsextremismus wie ein Krebsgeschwür. Die Geiselnahme vom Samstag ist vielleicht ein Signal, daß neben dem offiziellen Terrorismus der Staatsorgane jetzt zunehmend die subversive Tätigkeit der Faschisten nach dem Muster südamerikanischer Todesschwadronen treten wird. Spanien steht vor schweren Auseinandersetzungen.

Volksabstimmung in Italien: Ein Sieg über die Reaktion

67,8% gegen Abschaffung des Abtreibungsgesetzes / Papst in der Minderheit

mah. Ein in einer Marmeladendose konservierter Fötus: das waren die „Argumente", die die katholische „Bewegung für das Leben" in Reggio Emilia auf verschiedenen Veranstaltungen über das Abtreibungsgesetz 194 einbrachte. Kein Einzel- sondern Normalfall in der Kampagne der katholischen Kirche, um per Volksabstimmung das Gesetz abzuschaffen und legale Abtreibungen nur bei Lebensgefahr für die Frau zuzulassen. Nach dem § 194 ist die Abtreibung in den ersten 3 Monaten erlaubt, die Entscheidung liegt bei der Frau und der Eingriff muß in staatlichen Krankenhäusern kostenlos erfolgen.

Vor nichts waren die Pfaffen zurückgeschreckt: Handzettel mit Abbildungen von blutigen Fötussen wurden während der Gottesdienste verteilt, in Dörfern wurden Prozessionen organisiert, wo die Heiligenstatuen Plakate um den Hals trugen mit der Aufschrift: „si" („ja" zur Abschaffung des Gesetzes), apokalyptische Drohungen Wojtylas vom Balkon der Petruskirche. Nach dem Attentat auf Wojtyla wurden dunkle Andeutungen über „Zusammenhänge" zwischen dem Attentäter und den „Abtreibungsbefürwortern" gemacht. Um so schmerzhafter war die Niederlage: zu 67,8% sprach sich das italienische Volk gegen die Abschaffung des Gesetzes aus (Wahlbeteiligung: 79,6%); 88,8% lehnten die von den Radikalen angestrebte angebliche „völlige Liberalisierung" ab, die in Wirklichkeit die Abtreibungen zum großen Teil in die Hände von Privatkliniken gelegt und somit wieder zu einer Sache des Portemonnais gemacht hätte (s. KVZ Nr. 10, S. 5).

War manchen Linken nach dem Attentat auf Wojtyla bange geworden, wurden sie durch das Ergebnis eines besseren belehrt. Entscheidend trugen die Frauen, die 2 Mio. mehr Wähler stellen als die Männer, zum Sieg bei: sie haben den Kampf und die Aufklärungsarbeit vor der Volksabstimmung wesentlich getragen. Zu Recht riefen sie auf den Straßen und Plätzen Italiens nach der Bekanntgabe des Ergebnisses: „Non c'è vittoria, non c'è conquista, senza la donna protagonista" („Es gibt keinen Sieg und keinen Fortschritt ohne die Frau als Vorkämpferin"). Daß im Süden Italiens in allen Regionen und Provinzen eine klare Mehrheit für die Beibehaltung des Gesetzes votierte, ist ebenfalls von großer politischer Bedeutung. Auf den angeblich „rückständigen" katholischen Süden hatte die Reaktion gesetzt. Doch die zehntausendfache Erfahrung mit der Tragödie der illegalen Abtreibungen war den Massen des Südens näher als die Heuchelei der Pfaffen, deren Motto schon seit jeher lautet: „Frau, mach's, aber heimlich."

Die besten Ergebnisse gab es in den traditionell „roten" Regionen Emilia-Romagna, Umbria, Toscana (weit über 70%) und in den Industriestädten, Zentren der Arbeiterbewegung (bis zu 80–90%). Die Gewerkschaften CGIL und UIL hatten aufgerufen, mit „nein" zu stimmen; die Führung der CISL (von der DC beeinflußt) hatte sich rausgehalten. Trotzdem sprachen sich z.B. die Frauen der CISL für das „Nein" aus; gerade sie waren es, die während der päpstlichen Ansprache auf dem Petersplatz Flugblätter gegen die Abschaffung des Gesetzes verteilten. Unzählige Fabrikräte faßten in ganz Italien Resolutionen für die Beibehaltung des Gesetzes.

Die Entschlossenheit, mit der das italienische Volk sich für den § 194 ausgesprochen hat, heißt nicht, daß das Gesetz keine Mängel hätte. Es stellt aber einen Fortschritt im Kampf gegen illegale Abtreibungen dar: dort, wo das Gesetz angewandt wird, wie z.B. in Piemont und Emilia-Romagna, ist die Zahl der sogenannten „spontanen Fehlgeburten" (in Wahrheit meist Einlieferungen in Krankenhäuser wegen Komplikationen nach illegalen Abtreibungen) fast auf Null zurückgegangen, während die Zahl der legalen Abtreibungen steigt. Die Tatsache, daß die Entscheidung (außer bei Minderjährigen) bei der Frau liegt, macht den § 194 immerhin zu einer der fortschrittlichsten Abtreibungsregelungen in Westeuropa.

Die anderen drei Volksabstimmungen, die gleichzeitig stattfanden, brachten folgende Ergebnisse:
- Abschaffung der lebenslänglichen Freiheitsstrafe: 77,4% Nein-Stimmen
- Abschaffung des „Antiterror-Gesetzes": 85,4% Nein-Stimmen
- Abschaffung der Genehmigung von Waffenscheinen für Privatleute (was u.a. ein praktisches Jagdverbot bedeutet hätte): 86,5% Nein-Stimmen.

Diese Volksabstimmungen waren von der Radikalen Partei initiiert worden. Sicher hätte die Abschaffung des Antiterror-Gesetzes (u.a. mehr Handhaben für die Polizei bei Festnahmen, staatliche Überprüfung von Bankoperationen über 20 Mio. Lire, Verminderung der Strafe für „reuige" Terroristen) und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe einen Fortschritt dargestellt.

Wie ist dieses widersprüchliche Ergebnis zu erklären: Ein Grund ist m.E., daß die ganze Mobilisierung und Propagandaarbeit der politischen Kräfte sich auf die Abstimmung über das Abtreibungsgesetz konzentriert hatten; zwar hatte die KPI aufgerufen, die Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe zu befürworten, sich aber politisch dafür kaum engagiert. Ein weiterer Grund liegt sicherlich in der Ablehnung des Terrorismus seitens der großen Mehrheit des Volkes: Hier hat die volksfeindliche Praxis der Terroristen – speziell der Roten Brigaden – de facto einen „Solidarisierungseffekt" zwischen den Volksmassen und dem Staatsapparat bewirkt.

Insgesamt ist das Ergebnis jedoch ein bedeutender Sieg der demokratischen Bewegung gegen die reaktionäre Front von Kirche, DC und Neofaschisten. Kein Fortschritt ist, wenn jetzt fast alle Parteien – einschließlich der KPI – über die Möglichkeit einer schärferen Einschränkung des Gesetzes über die Volksabstimmungen sinnieren. Die Möglichkeit der Volksabstimmung ist im § 75 der italienischen Verfassung enthalten: „Es wird eine Volksabstimmung durchgeführt, um die Abschaffung – ganz oder teilweise – von einem Gesetz oder einem Akt mit Gesetzescharakter zu erwirken, wenn 500000 Wähler bzw. 5 Regionale Regierungen es verlangen. Ausgenommen von Volksabstimmungen sind Steuer- und Haushaltsgesetze sowie Gesetze über Amnestie und über das Recht, internationale Verträge zu ratifizieren ..." Das Recht auf Volksabstimmung ist also schon in der Verfassung wesentlich eingeschränkt. Die Gefahr eines „inflationären" Gebrauchs dieses Rechts (z.B. seitens der Radikalen) ändert nichts daran, daß es sich um ein Instrument des demokratischen Kampfes handelt und daß die Volksmassen – wie die Erfahrung zeigt – es durchaus anzuwenden wissen. Das politische Bewußtsein ist durch die Auseinandersetzung um das Abtreibungsreferendum stärker und nicht stumpfer geworden.



Text: „Man beschuldigt uns, nicht an all die Frauen zu denken, die weiterhin wegen illegaler Abtreibungen sterben müssen." „Ihnen werden wir einen pauschalen Sündenerlaß gewähren!" (Aus „Repubblica", vom 13.5.81)

Rückzug der libyschen Truppen aus dem Tschad

chm. Der libysche Präsident Gaddafi hat erklärt, daß die Truppen seines Landes ihre Mission im Tschad beendet hätten und nach und nach abgezogen würden. Diese Erklärung wurde vom nigerianischen Präsidenten Shagari bestätigt, der Anfang der Woche in Libyen war im Auftrag des Tschad-Ausschusses der OAU. Die libyschen Truppen befinden sich seit letzten Oktober im Tschad, wo sie auf Seiten des jetzigen Präsidenten, Oueddei, in den dortigen Krieg eingegriffen haben, ihm damit zum Sieg über seinen Gegner, Habré verhelfend. In den letzten Wochen ist es wiederholt zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen libyschen Soldaten und Soldaten der Armee Oueddeis gekommen.

Probleme der Staatssicherheit in der DDR

hku. Die Bevölkerung des kleinen Dorfes Effelder bei Mühlhausen/DDR hat sich erfolgreich gegen die Staatssicherheit behauptet. In dem Ort hatte ein Volkspolizist einen fahnenflüchtigen sowjetischen Soldaten auf offener Straße erschossen. Die empörte Dorfbevölkerung errichtete Holzkreuze, die von Stasi-Leuten wieder abgerissen wurden. Trotz provokativer Kontrollen wurden weiterhin Blumen niedergelegt; auch nachdem der Platz mit Bauschutt zerstört worden war. Erst nach Vermittlung des Priesters wurde die Beendigung demonstrativer Akte zugesichert, wenn die Stasi-Beamten das Dorf verließen. – Es ist mehr als Planerfüllungsritual, wenn der Minister für Staatssicherheit Mielke vor seinem „Parteiaktiv" anläßlich der kommenden Wahlen noch größere Anstrengungen zusicherte zur „Aufdeckung, Bekämpfung und vor allem zur noch wirksameren vorbeugenden Verhinderung von ideologischer Diversion, zur Entlarvung aller subversiven Pläne."

Jugoslawien: Drakonische Strafen für „7. Republik"

gek. Vier Arbeiter und ein Lehrer albanischer Nationalität sind in Skopje, der Hauptstadt Mazedoniens, zu Haftstrafen zwischen 7 und 13 Jahren verurteilt worden, weil sie für eine „Nationale Arbeiterpartei" geworben haben sollen, die eine 7. Republik im jugoslawischen Staatsverband für die albanische Bevölkerung fordert. In Pristina, der Hauptstadt des Kossovo, kommen über 100 Rädelsführer der kürzlichen Demonstrationen vor Gericht. Gegen diese Prozesse hat es in zahlreichen Orten der Region in der letzten Woche erneute Demonstrationen gegeben. Das haben Belgrader Zeitungen gemeldet. Die Urteile in Skopje zeigen, daß die großalbanische Agitation tatsächlich auch die von Albanern bewohnten Gebiete Mazedoniens erfaßt hat, und daß die jugoslawische Regierung diese Bestrebungen kompromißlos zu unterdrücken gedenkt.

Ausschluß des türkischen Abgeordneten aus dem Europarat

chm. Die parlamentarische Versammlung des Europarates hat den türkischen Delegierten eine Verlängerung ihres Mandats verweigert. Der Beschluß ist von der skandinavischen Sozialdemokratie eingebracht und verteidigt worden. Allerdings berührt er die Anwesenheit der offiziellen Vertreter der türkischen Militärregierung, den Außenminister und seine Mitarbeiter, nicht. Sie bleiben im Europarat. Die Abgeordneten berufen sich bei ihrer Entscheidung auf die Statuten des Europarates, die nur Vertreter von parlamentarischen Demokratien westeuropäischer Prägung zulassen.

Sihanouk erneut für Zugeständnisse an Vietnam

lup. Kurz vor seiner Reise nach Westeuropa, in deren Verlauf er Genf und Paris besuchen wird, um sich unter anderem mit Son Sann zu treffen, hat Sihanouk dem „Stern" in Beijing ein Interview gegeben. In diesem Interview erklärte er sich erneut zu einem Bündnis mit dem Demokratischen Kampuchea bereit. Er fügte aber hinzu, er halte einen Sieg im Widerstandskrieg gegen die vietnamesischen Besatzer für ausgeschlossen, und er schließe sich dem Widerstandskrieg nur an, weil ihn seine Anhänger dahin drängen. Bei einer anderen Gelegenheit sagte Sihanouk, er sei bereit zu einer politischen Lösung, die die Interessen Vietnams an Kampuchea anerkenne, und wo Kampuchea nach dem Abzug der vietnamesischen Truppen ein Protektorat unter vietnamesischer Vorherrschaft bilden würde. Son Sann erklärte neuerlich, er sei nur dann bereit, den Vorsitz der Regierung des Demokratischen Kampuchea zu übernehmen, wenn Pol Pot, Jeng Sary und Khieu Samphan ins Exil gingen.

Labour-Abgeordnete fordern atomwaffenfreies Europa

lup. Nachdem der britische Marineminister Keith Space von Margret Thatcher nach seiner öffentlichen Kritik an Kürzungen im Bereich der Marine gefeuert worden war, fand im Unterhaus vergangene Woche eine zweitägige Verteidigungsdebatte statt. Dabei brachte Benn zusammen mit 74 anderen Labour-Abgeordneten einen Antrag in das Unterhaus ein, in dem jede auf Kernwaffen gestützte Verteidigungspolitik abgelehnt und die Herstellung eines atomwaffenfreien Europa gefordert wird. Diese Gruppierung der Labour-Party verstieß damit auch gegen eine Anordnung des Führers der Labour-Opposition Foot, der Stimmenthaltung bei der Abstimmung über das Verteidigungsweißbuch gefordert hatte, um bestehende Gemeinsamkeiten zwischen Regierung und Labour-Opposition in der Verteidigungspolitik zu dokumentieren.

me diplomatischer Beziehungen mit den Supermächten nur möglich war, als klar war, daß es zum einen keine
derarbeiter laufen innerhalb der nächsten zwei Jahre aus und sollen nicht verlängert werden, erklärte Kangai.

Spanien: Wie lange noch?

bep. Inzwischen scheinen die faschistischen Teile des Militärs und die sie unterstützenden Kräfte der Oligarchie ihre Ziel auch ohne Putsch zu erreichen. Das Parlament macht in seiner großen Mehrheit den Eindruck, als sei es auch nach dem Ende der Parlamentsbesetzung eine Geisel in der Hand der reaktionären Militärs geblieben. Letzte Woche beschloß es, gegen die Stimmen der Kommunisten und der baskischen Parlamentarier, ein umfangreiches Paket von Notstandsmaßnahmen. Die Regierung kann damit den Notstand in drei Stufen (Alarm-, Ausnahme- und Belagerungszustand) ausrufen lassen, Verhaftungen vornehmen und Wohnungen durchsuchen lassen, Telefone anzapfen, Briefe öffnen, Zeitungen verbieten, Geschäfte und Fabriken schließen, Transporte beschlagnahmen, Bürger in andere Landesteile verbannen, Streiks verbieten, Ausgangsverbote verhängen, Versammlungen und Veranstaltungen verbieten.

Unterdes pilgern die Zivilgardisten, die nach ihrem Sturm auf das Parlament zunächst verhaftet und dann freigelassen wurden, weil sie von ihrem Anführer getäuscht worden seien, zu

gibt es 1273 Generäle in Spanien) opponieren gegen ein Gesetz, das sie zwar bis zum Lebensende im „Aktivdienst" beläßt, in Uniform und mit vollem Sold, ihnen aber wenigstens ab dem 65. Lebensjahr militärische Kommandos oder administrative Posten entzieht. Die Guardia Civil läßt drei junge Männer, die sie auf dem Weg zu einem Familienfest verhaftet hat, in einem Auto verbrennen, aneinandergefesselt, mit Schußwunden, ohne Arme und Beine, möglicherweise infolge eines „Verhörs". Der verantwortliche Oberstleutnant, als Rechtsextremer bekannt, hat sich krank gemeldet, ist aber nicht von seinem Posten entfernt. Der Innenminister Rosoń, der auch in der letzten Regierung schon Innenminister war, als der Baske Arregui unter der Folter starb, gibt vor dem Parlament windige Erklärungen ab. Der Kommissar Ballesteros, der Kommandant des „Vereinigten Antiterroristischen Kommandos", bestehend aus verschiedensten Polizei- und Militäreinheiten, schulmeistert in der Öffentlichkeit die Regierung, wieweit sie in der Autonomiefrage gehen dürfe. So lange die Machtpositionen der Rechten in Armee, Polizei, Justiz und staatlicher Bürokratie

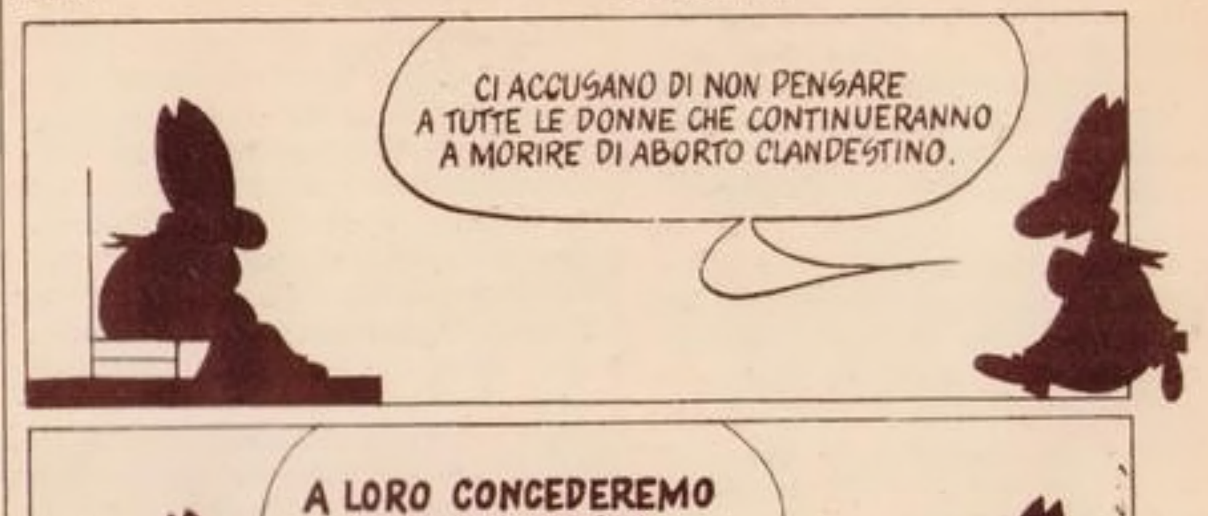
ter war die Niederlage: zu 67,8% sprach sich das italienische Volk gegen die Abschaffung des Gesetzes aus (Wahlbeteiligung: 79,6%); 88,8% lehnten die von den Radikalen angestrebte angebliche „völlige Liberalisierung" ab, die in Wirklichkeit die Abtreibungen zum großen Teil in die Hände von Privatkliniken gelegt und somit wieder zu einer Sache des Portemonnais gemacht hätte (s. KVZ Nr. 10, S. 5).

War manchen Linken nach dem Attentat auf Wojtyla bange geworden, wurden sie durch das Ergebnis eines besseren belehrt. Entscheidend trugen die Frauen, die 2 Mio. mehr Wähler stellen als die Männer, zum Sieg bei: sie haben den Kampf und die Aufklärungsarbeit vor der Volksabstimmung wesentlich getragen. Zu Recht riefen sie auf den Straßen und Plätzen Italiens nach der Bekanntgabe des Ergebnisses: „Non c'è vittoria, non c'è conquista, senza la donna protagonista" („Es gibt keinen Sieg und keinen Fortschritt ohne die Frau als Vorkämpferin"). Daß im Süden Italiens in allen Regionen und Provinzen eine klare Mehrheit für die Beibehaltung des Gesetzes votierte, ist ebenfalls von großer politischer Bedeutung. Auf den angeblich „rückständigen" katholischen Süden hatte die Reaktion gesetzt. Doch die zehntausendfache Erfahrung mit der Tragödie der illegalen Abtreibungen war den Massen des Südens näher als die Heuchelei der Pfaffen, deren

gen, die gleichzeitig stattfanden, brachten folgende Ergebnisse:
– Abschaffung der lebenslänglichen Freiheitsstrafe: 77,4% Nein-Stimmen
– Abschaffung des „Antiterror-Gesetzes": 85,4% Nein-Stimmen
– Abschaffung der Genehmigung von Waffenscheinen für Privatleute (was u.a. ein praktisches Jagdverbot bedeutet hätte): 86,5% Nein-Stimmen.

Diese Volksabstimmungen waren von der Radikalen Partei initiiert worden. Sicher hätte die Abschaffung des Antiterror-Gesetzes (u.a. mehr Handhaben für die Polizei bei Festnahmen, staatliche Überprüfung von Bankoperationen über 20 Mio. Lire, Verminderung der Strafe für „reuige" Terroristen) und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe einen Fortschritt dargestellt.

– von einem Gesetz oder einem Akt mit Gesetzescharakter zu erwirken, wenn 500000 Wähler bzw. 5 Regionale Regierungen es verlangen. Ausgenommen von Volksabstimmungen sind Steuer- und Haushaltsgesetze sowie Gesetze über Amnestie und über das Recht, internationale Verträge zu ratifizieren ..." Das Recht auf Volksabstimmung ist also schon in der Verfassung wesentlich eingeschränkt. Die Gefahr eines „inflationären" Gebrauchs dieses Rechts (z.B. seitens der Radikalen) ändert nichts daran, daß es sich um ein Instrument des demokratischen Kampfes handelt und daß die Volksmassen – wie die Erfahrung zeigt – es durchaus anzuwenden wissen. Das politische Bewußtsein ist durch die Auseinandersetzung um das Abtreibungsreferendum stärker und nicht stumpfer geworden.



Libanonkrieg und Nahostkonflikt

chm. Verläuft der Hauptwiderspruch in dieser Etappe zwischen der arabischen Nation und den beiden imperialistischen Supermächten, so nimmt er in jedem Teil der arabischen Nation spezifische, durch die Geschichte der einzelnen Nationalstaaten bedingte Formen an. Im Libanon hat es die Form der religiösen Zersplitterung, deren Wurzeln bis ins 16. Jh. reichen, als das osmanische Reich das *geographische* Syrien eroberte. Die Grenzen des geographischen Syrien umfassen den heutigen Libanon, Nordpalästina und Teile Jordaniens. Innerhalb dieser Grenzen existierte seitdem das autonome Fürstentum Mont Liban mit einer mehrheitlich maronitischen Bevölkerung. Relativ früh knüpften die Händler aus dem Mont Libanon Verbindungen mit den europäischen Handelszentren, vor allem mit Italien. Der Versuch, die Grenzen des Fürstentums auszudehnen, führte Mitte des 19. Jh. zu großen Aufständen der drusischen Bauern, auf deren Kosten diese Ausdehnung ging. Das Fürstentum wurde aufgelöst. Der Zersetzungsprozeß des osmanischen Reiches, verbunden mit verschärfter Unterdrückung in seinem Herrschaftsgebiet, erleichterte Frankreich die Intervention, es erklärte sich zur Schutzmacht der Maroniten, einen Status, den es sich nach der Niederlage des osmanischen Reiches 1919 vom Völkerbund legalisieren ließ.

Frankreichs Mandatsgebiet erstreckte sich weit über die Grenzen des winzigen Mont Liban, es umfaßte den Libanon in seinen heutigen Grenzen – die Küstenstädte Beirut, Tripolis, Saida und Tyros, mit ihrer mehrheitlich griechisch-orthodoxen Bevölkerung, den Süden mit den muslimischen, sunnitischen und schiitischen Bauern und das Wohngebiet der Drusen im Zentrallibanon. Herrschende Schicht sollten aber die Maroniten bleiben: Die Verfassung von 1928 gab es ihnen schriftlich, der Nationalpakt von 1943, die ungeschriebene Verfassung nach Abzug der französischen Truppen, ließ zwar eine gewisse Beteiligung der anderen Religionsgruppen zu, änderte aber wenig an der Vormachtstellung der Maroniten. Unter den Fittichen der französischen und später der US-Imperialisten entwickelte sich der Libanon zur „Schweiz des Nahen Ostens" – dem größten Waren- und Kapitalumschlagsplatz der Region. Zu den über 100 ausländischen Banken gesellte sich Anfang der 70er Jahre auch die sowjetische Staatsbank hinzu. 68% des Volkseinkommens kam aus dem Dienstleistungssektor (Handel, Transport, Tourismus, Banken etc.). Im Süden und im Zentrallibanon teilten sich muslinische und christliche Großgrundbesitzer das Land. Den Handel

des osmanischen Reiches 1919 vom Völkerbund legalisieren ließ.

Frankreichs Mandatsgebiet erstreckte sich weit über die Grenzen des winzigen Mont Liban, es umfaßte den Libanon in seinen heutigen Grenzen – die Küstenstädte Beirut, Tripolis, Saida und Tyros, mit ihrer mehrheitlich griechisch-orthodoxen Bevölkerung, den Süden mit den muslimischen, sunnitischen und schiitischen Bauern und das Wohngebiet der Drusen im Zentrallibanon. Herrschende Schicht sollten aber die Maroniten bleiben: Die Verfassung von 1928 gab es ihnen schriftlich, der Nationalpakt von 1943, die ungeschriebene Verfassung nach Abzug der französischen Truppen, ließ zwar eine gewisse Beteiligung der anderen Religionsgruppen zu, änderte aber wenig an der Vormachtstellung der Maroniten. Unter den Fittichen der französischen und später der US-Imperialisten entwickelte sich der Libanon zur „Schweiz des Nahen Ostens" – dem größten Waren- und Kapitalumschlagsplatz der Region. Zu den über 100 ausländischen Banken gesellte sich Anfang der 70er Jahre auch die sowjetische Staatsbank hinzu. 68% des Volkseinkommens kam aus dem Dienstleistungssektor (Handel, Transport, Tourismus, Banken etc.). Im Süden und im Zentrallibanon teilten sich muslinische und christliche Großgrundbesitzer das Land. Den Handel behielten die Nachfahren der Fürsten von Mont Liban fest in der Hand.

Die Folgen des Junikrieges von 1967

Als Israel den dritten Nahostkrieg startete, beharrte die libanesische Regierung auf ihrer „Neutralität". Das Ende des Krieges, das wiederum zur Vertreibung von hunderttausenden von Palästinensern und zur Besetzung ausgedehnter arabischer Territorien durch Israel führte, scherte sich kaum um die vermeintliche Neutralität der „Schweiz des Nahen Ostens": Die Zahl der palästinensischen Flüchtlinge stieg auf 400000, konzentriert um Beirut und im Süden des Libanon.

Um die Beziehungen zwischen palästinensischen Organisationen und der libanesischen Regierung zu regeln, wurde in Kairo 1969 ein Abkommen geschlossen, das dem palästinensischen Widerstand volle Bewegungsfreiheit im Süden des Libanon zusicherte. Die PLO als die Vertreterin des palästinensischen Volkes erhielt Verwaltungs- und Polizeirechte in den Flüchtlingslagern.

Die Annexion des Südlibanon – Ziel der Zionisten

In dem Plan, den die zionistische Weltorganisation 1919 der Versailler Konferenz vorlegte, wird die nördliche Grenze des geplanten jüdischen Staates bis zum Litanifluß, nahe bei den Jordanquellen, angegeben. Der Litanifluß wird mit dem Jordan zusammen als Hauptwasserreservoir und wichtigste Quelle für Stromerzeugung angegeben. Er liegt mitten im Süden des Libanon. Mit der Abtrennung des 10 km breiten Grenzstreifens von Haddad im Jahre 1978 ist Israel diesem Ziel, der Kontrolle über den Litanifluß und die Quellen des Jordans ein gutes Stück nahegekommen. Die Operationen der palästinensischen Guerilla haben stark abgenommen, seitdem das Exekutivkomitee der PLO im vergangenene März beschlossen hat, daß nur noch Verteidigungsmaßnahmen gegen israelische Luftangriffe durchgeführt werden, um Israel keinen Vorwand für die Bombardierung der Zivilbevölkerung und für eine weitere Expansion in den Libanon zu geben.

„Wir sind Gäste ..."

Die Anwesenheit der Palästinenser im Libanon ist Katalysator bei der Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen, aber nicht Ursache dafür gewesen. Im Jahr des Ausbruchs des offenen Bürgerkrieges 1975 finden große Streiks der Landarbeiter in den Tabakplantagen im Süden des Libanon statt, auch die Fischer in Saida streiken gegen die geplante Übergabe der Fischereirechte an der Küste des Südlibanon an einen französisch-libanesischen Fischereikonzern, dessen Aufsichtsratsvorsitzender Camille Chamoun ist.

Entscheidend ist jedoch, daß die PLO in den Jahren nach dem Oktoberkrieg von 1973 großes internationales Aufsehen erlangt hatte. Das 10-Punkte-Programm, das die Errichtung einer nationalen Herrschaft auf jedes Stück befreiten palästinensischen Bodens formuliert, findet Unterstützung auf palästinensischer, arabischer und auf internationaler Ebene. Die arabischen Gipfelkonferenzen seit 1974 verankern den Alleinvertretungsanspruch der PLO für das palästinensische Volk. Gegen diese wachsende Stärke der PLO muß der US-Imperialismus was unternehmen. Ein direkter Angriff Israels ist inopportun, weil er in der Regel zu einem Solidarisierungseffekt unter den arabischen Staaten führt. Also ist es günstiger, innere Widersprüche zu nutzen: Im April 1975 greift eine Einheit der Phalange, die die Vertreibung der Palästinenser aus dem Libanon fordert, nach vielen vorangegangenen Provokationen einen Bus mit palästinensischen Arbeitern im Beiruter Stadtteil Ain ar-Rummaneh an. 28 Arbeiter werden umgebracht. Bis Ende '75 gelingt es den Phalangisten und den Nationalliberalen, (s. Kasten) Ostbeirut von ihrem Westteil zu trennen. (Im Osten sind die Betriebe konzentriert.) Das geschieht vor allem durch die systematische Vertreibung aller im Ostteil der Stadt lebenden palästinensischen Flüchtlinge. Mehrere Flüchtlingslager werden dem Erdboden gleich gemacht. Erst Ende des Jahres entschließt sich die PLO, die Libanesische Nationale Bewegung nicht nur poli-

te-Programm, das die Errichtung einer nationalen Herrschaft auf jedes Stück befreiten palästinensischen Bodens formuliert, findet Unterstützung auf palästinensischer, arabischer und auf internationaler Ebene. Die arabischen Gipfelkonferenzen seit 1974 verankern den Alleinvertretungsanspruch der PLO für das palästinensische Volk. Gegen diese wachsende Stärke der PLO muß der US-Imperialismus was unternehmen. Ein direkter Angriff Israels ist inopportun, weil er in der Regel zu einem Solidarisierungseffekt unter den arabischen Staaten führt. Also ist es günstiger, innere Widersprüche zu nutzen: Im April 1975 greift eine Einheit der Phalange, die die Vertreibung der Palästinenser aus dem Libanon fordert, nach vielen vorangegangenen Provokationen einen Bus mit palästinensischen Arbeitern im Beiruter Stadtteil Ain ar-Rummaneh an. 28 Arbeiter werden umgebracht. Bis Ende '75 gelingt es den Phalangisten und den Nationalliberalen, (s. Kasten) Ostbeirut von ihrem Westteil zu trennen. (Im Osten sind die Betriebe konzentriert.) Das geschieht vor allem durch die systematische Vertreibung aller im Ostteil der Stadt lebenden palästinensischen Flüchtlinge. Mehrere Flüchtlingslager werden dem Erdboden gleich gemacht. Erst Ende des Jahres entschließt sich die PLO, die Libanesische Nationale Bewegung nicht nur poli-tisch sondern auch militärisch zu unterstützen.

Das ist die Wende in dem Krieg. Ein Sieg der Nationalen Bewegung und der PLO zeichnet sich ab. Mit 60000 Soldaten marschiert Syrien im Juni 1976 in den Libanon ein, zur Rettung der Libanesischen Front. Syrien will verhindern, daß eine fortschrittliche Regierung, auf große Teile des Volkes gestützt, an die Macht kommt. Das zweite Ziel ist es, die PLO militärisch und politisch zu schwächen, daß sie zu einem Vollstrecker syrischer Politik wird. (Syrische Politiker fordern öffentlich Arafats Absetzung!) Im August 1976 ergibt sich das einzige noch verbliebene Flüchtlingslager im Osten Beiruts – Tal al-Zaatar. Von den 28000 Bewohnern sind etwa die Hälfte entweder verwundet oder im Kampf gefallen. Beirut ist faktisch in zwei Teile zerfallen.

Im September beschließt die arabische Gipfelkonferenz von Riad mit Zustimmung des libanesischen Staats, vertreten durch Staatspräsident Sarkis, die Entsendung einer arabischen Abschreckungstruppe in den Libanon, deren Kontingente heute nur noch aus syrischen Soldaten besteht. Was nicht gelingt auf dieser Gipfelkonferenz ist die Entwaffnung der PLO, was eine wesentliche Forderung der Libanesischen Front gewesen ist.

Und die beiden Supermächte?

Der Teilsieg der arabischen Staaten im Oktoberkrieg von 1973 hat eine fieberhafte Wühltätigkeit sowohl der USA als auch der Sowjetunion nach sich gezogen. Hatten sie einvernehmlich nach dem Junikrieg die Resolution 242 in der UNO (mit den Stimmen der arabischen Staaten) durchgedrückt, die das palästinensische Volk als einen Haufen Flüchtlinge behandelt, die irgendwie und irgendwann zu entschädigen sind, so ging das diesmal nicht so glatt.

Die Nixon-Regierung setzt alles daran, die arabischen Staaten untereinander zu spalten. Mit Ägypten fängt sie an, nachdem der ägyptische Präsident erklärt hatte, 90% der Karten für eine Nahostlösung liegen bei den USA. Kissinger entwickelt eine fieberhafte Reisetätigkeit. Ein Entflechtungsabkommen nach dem anderen wird zwischen Israel und Ägypten und Israel und Sy-

le zerfallen.

Im September beschließt die arabische Gipfelkonferenz von Riad mit Zustimmung des libanesischen Staats, vertreten durch Staatspräsident Sarkis, die Entsendung einer arabischen Abschreckungstruppe in den Libanon, deren Kontingente heute nur noch aus syrischen Soldaten besteht. Was nicht gelingt auf dieser Gipfelkonferenz ist die Entwaffnung der PLO, was eine wesentliche Forderung der Libanesischen Front gewesen ist.

Und die beiden Supermächte?

Der Teilsieg der arabischen Staaten im Oktoberkrieg von 1973 hat eine fieberhafte Wühltätigkeit sowohl der USA als auch der Sowjetunion nach sich gezogen. Hatten sie einvernehmlich nach dem Junikrieg die Resolution 242 in der UNO (mit den Stimmen der arabischen Staaten) durchgedrückt, die das palästinensische Volk als einen Haufen Flüchtlinge behandelt, die irgendwie und irgendwann zu entschädigen sind, so ging das diesmal nicht so glatt.

Die Nixon-Regierung setzt alles daran, die arabischen Staaten untereinander zu spalten. Mit Ägypten fängt sie an, nachdem der ägyptische Präsident erklärt hatte, 90% der Karten für eine Nahostlösung liegen bei den USA. Kissinger entwickelt eine fieberhafte Reisetätigkeit. Ein Entflechtungsabkommen nach dem anderen wird zwischen Israel und Ägypten und Israel und Sy-rien abgeschlossen.

Als Antwort auf die Schritt-für-Schritt-Lösungen von Kissinger, die auch die PLO abgelehnt hat, schlägt die Sowjetunion eine internationale Konferenz in Genf vor. Über eine Teilnahme der PLO an dieser Konferenz schweigt sie sich aus. Noch im Mai 1977 veröffentlichen Breschnew und Carter eine gemeinsame Nahosterklärung, die vom Existenzrecht Israels ausgeht, aber eine Lösung im Rahmen einer internationalen Konferenz sucht. Mit dem Separatabkommen von Camp David ein Jahr später sieht es zunächst so aus, als hätten die USA die SU im Rennen um den größeren Einfluß im Nahen Osten geschlagen. Richtig ist, daß der US-Imperialismus seine Position in Ägypten hat festigen können. Aber Camp David ist gescheitert. Saudi-Arabien und Jordanien haben Carter auflaufen lassen mit seinen Absichten, sie am Separatabkommen zu beteiligen; die PLO, gestützt auf die breite Ablehnung der palästinensischen Massen in den besetzten Gebieten, hat es abgelehnt; die Verbündeten der USA, die europäischen Staaten, distanzierten sich mehr oder weniger blumig davon. Und der unvorhersehbare Faktor: Die Intrasingenz der Begin-Regierung, ihr offener Konfrontationskurs mit der PLO und den arabischen Staaten hat das ganze Gesäusel, das den Vertragsabschluß begleitet hat, zunichte gemacht. Den Profit aus dem Separatabkommen streicht die Sowjetunion ein: Es ist ihr gelungen, sich propagandistisch in die Front der Freunde des palästinensichen Volkes einzureihen, sie hat inzwischen Freundschaftsverträge mit drei arabischen Staaten: DVR Jemen, Libyen und Syrien, ihr Einfluß in der arabischen Befreiungsbewegung ist trotz Afghanistan und Kampuchea fast ungebrochen, vor allem über den Transmissionsriemen der arabischen revisionistischen Parteien.

Die Reagan-Regierung versucht, andere Prioritäten zu setzen, will aber keine Zugeständnisse an die PLO machen.

Begins letzter Streich – zu Gunsten der PLO ausgegangen?

Die Eskalation im Libanon seitens Israels ist zu einem Zeitpunkt gekom-

ter auflaufen lassen mit seinen Absichten, sie am Separatabkommen zu beteiligen; die PLO, gestützt auf die breite Ablehnung der palästinensischen Massen in den besetzten Gebieten, hat es abgelehnt; die Verbündeten der USA, die europäischen Staaten, distanzierten sich mehr oder weniger blumig davon. Und der unvorhersehbare Faktor: Die Intrasingenz der Begin-Regierung, ihr offener Konfrontationskurs mit der PLO und den arabischen Staaten hat das ganze Gesäusel, das den Vertragsabschluß begleitet hat, zunichte gemacht. Den Profit aus dem Separatabkommen streicht die Sowjetunion ein: Es ist ihr gelungen, sich propagandistisch in die Front der Freunde des palästinensichen Volkes einzureihen, sie hat inzwischen Freundschaftsverträge mit drei arabischen Staaten: DVR Jemen, Libyen und Syrien, ihr Einfluß in der arabischen Befreiungsbewegung ist trotz Afghanistan und Kampuchea fast ungebrochen, vor allem über den Transmissionsriemen der arabischen revisionistischen Parteien.

Die Reagan-Regierung versucht, andere Prioritäten zu setzen, will aber keine Zugeständnisse an die PLO machen.

Begins letzter Streich – zu Gunsten der PLO ausgegangen?

Die Eskalation im Libanon seitens Israels ist zu einem Zeitpunkt gekom-men, als die militärische Niederlage der Libanesischen Front in Zahle klar war, die Front aber ein Gesprächsangebot an Syrien und an „alle Libanesen" gerichtet hatte. Dieses Angebot eines „nationalen Friedens" hätte eigentlich gute Erfolgschancen gehabt: Sowohl die Libanesische Front als auch die Libanesische Nationale Bewegung wissen, daß eine Lösung ohne Syrien nicht geht. Allerdings wächst auch bei der Nationalen Bewegung das Unbehagen über Syriens Besatzerallüren. Hoffnungen, die sie in einer Wiederherstellung des libanesischen Staatsapparates in Gestalt der Institutionen des Staatspräsidenten, Ministerrates und Armee gesetzt haben mag, müssen enttäuscht worden sein: Vergangenen Oktober ließ es die neuaufgebaute libanesische Armee zu, daß die Phalange den Stadtteil Ain ar-Rummaneh ihrem Herrschaftsbereich einverleibte. Das Offizierskorps ist offensichtlich immer noch (oder schon wieder) auf Seiten der Libanesischen Front oder einfach gegen alle, die es für Verbündete Syriens hält. Teile des Ministerrates sind in den Ostteil der Stadt abgewandert. Die Front ihrerseits geht auf Distanz zu Haddad, versucht ihre massiven Geschäftsverbindungen zu Israel damit zu begründen, daß sie in einer Notlage und isoliert sei. Sie betont, daß sie den Wunsch aller Libanesen nach Abzug der syrischen Truppen teile. Staatspräsident Sarkis will über den Status der Palästinenser mit Syrien verhandeln. Er strebt eine Revision des Kairoer Abkommens an.

Die Chancen dafür sind allerdings nicht sehr günstig: Begins massive Intervention hat Syriens Stellung im arabischen Raum gestärkt. Damit ist im Moment auch eine gewisse Stärkung der Position der PLO verbunden.



Die Fischer von Saida demonstrieren in Beirut 1975 gegen das geplante Fischereimonopol von Chamoun. Auf dem Transparent steht: Die großen Fische schlucken die kleinen!

Politischer Frontverlauf bisher:

Libanesische Front: setzt sich zusammen aus der Phalange, die 1936 von Pierr Gemayel gegründet wurde und jetzt unter dem militärischen Kommando seines Sohnes Beshir steht. Im Juli 1980 griffen die Phalangemilizen Chamouns „Tiger", metzelten einen Teil ihrer Offiziere nieder und unterwarfen sie ihrem Kommando. Insgesamt hat die Front ca. 60000 Mann unter Waffen. Sie kontrollieren den Ostteil Beiruts, die Hafenstadt Jounieh und das dazwischen liegende Territorium.

Libanesische Nationale Bewegung: umfaßt ca. 16 Organisationen. Neben Zweigorganisationen der syrischen und der irakischen Baathpartei sind folgende Organisationen die wichtigsten:

Fortschrittlich-Sozialistische Partei, gegründet vom Drusenführer Djumblatt, der auch Sprecher der Nationalen Bewegung war. Sie vertritt das Programm, was auch von der Bewegung insgesamt übernommen wurde: Verstaatlichung der wichtigsten Industriezweige, Gewinnbeteiligung der Arbeiter, Sozialismus, aber kein Klassenkampf und keine Abschaffung des Privateigentums. Seit der Ermordung Djumblatts 1977 (vermutlich von Syrien) wird sie von seinem Sohn Walid geführt.

al-Mourabitun: Nasseristische Organisation mit ca. 5000 bewaffneten Mitgliedern.

Die KPL und die von ihr 1969 abgespaltene Organisation Kommunistischer Aktion haben ebenfalls eigene Milizen. Einflußreich unter den Schülern und Studenten.

National Soziale Partei Syriens, ist als großsyrische Partei entstanden unter den griechisch-orthodoxen Christen in den Küstenstädten.

Alle Parteien der Nationalen Libanesischen Bewegung unterstützen die PLO und betrachten den Libanon als Teil der arabischen Nation.

Bewegung der Entrechteten „Amal": Organisation der Schiiten, die ⅓ der libanesischen Bevölkerung ausmachen und im Südlibanon konzentriert sind.

Ein Augenzeuge berichtet:

Besuch im „befreiten Libanon"

Über den ehemaligen Offizier (der libanesischen Armee – die Red.) Haddad kontrolliert Israel faktisch den Teil des libanesischen Territoriums, der entlang der Nordgrenze Israels und der seit 1967 besetzten syrischen Golanhöhen verläuft. Ein einfacher Besuch in dieser Enklave, die sich „Freier Libanon" nennt, reicht um festzustellen, wer hier in Wirklichkeit der Herr ist. Man kann dieses Territorium, das eine Ausdehnung von 670 km² hat, ohne einen Paß und ohne Visum zu besitzen, betreten. Man muß aber begleitet sein von einem israelischen Offizier. Die christlichen Milizen, insgesamt nicht mehr als 2000 Mann, erhalten ihre Waffen und ihre Munition aus Israel. Die gleiche Uniform für die Israelis und für die Milizen Haddads, mit einem winzigen Unterschied bei letzteren: Sie tragen nicht die gelben hebräischen Buchstaben TSAHAL (Israelische Verteidigungsstreitkräfte). Auch wenn die libanesische Fahne immer noch über den Dörfern und den Straßensperren der christlichen Milizen flattert, so sind alle anderen Zeichen für die Souveränität der Zentralregierung in Beirut verschwunden. Die Post funktioniert nicht mehr; um einen Brief ins Ausland zu schicken, ist es besser, ihn gleich in Israel einzuwerfen. Und wenn er nach Beirut soll? In diesem Fall muß man ihn einem Taxichauffeur anvertrauen, der mit ihm nacheinander die Grenze der christlichen Enklave, die der UNIFIL, der Palästinenser und schließlich die syrischen Linien passieren muß, ehe er in Beirut ankommt ...

der Nordgrenze Israels und der seit 1967 besetzten syrischen Golanhöhen verläuft. Ein einfacher Besuch in dieser Enklave, die sich „Freier Libanon" nennt, reicht um festzustellen, wer hier in Wirklichkeit der Herr ist. Man kann dieses Territorium, das eine Ausdehnung von 670 km² hat, ohne einen Paß und ohne Visum zu besitzen, betreten. Man muß aber begleitet sein von einem israelischen Offizier. Die christlichen Milizen, insgesamt nicht mehr als 2000 Mann, erhalten ihre Waffen und ihre Munition aus Israel. Die gleiche Uniform für die Israelis und für die Milizen Haddads, mit einem winzigen Unterschied bei letzteren: Sie tragen nicht die gelben hebräischen Buchstaben TSAHAL (Israelische Verteidigungsstreitkräfte). Auch wenn die libanesische Fahne immer noch über den Dörfern und den Straßensperren der christlichen Milizen flattert, so sind alle anderen Zeichen für die Souveränität der Zentralregierung in Beirut verschwunden. Die Post funktioniert nicht mehr; um einen Brief ins Ausland zu schicken, ist es besser, ihn gleich in Israel einzuwerfen. Und wenn er nach Beirut soll? In diesem Fall muß man ihn einem Taxichauffeur anvertrauen, der mit ihm nacheinander die Grenze der christlichen Enklave, die der UNIFIL, der Palästinenser und schließlich die syrischen Linien passieren muß, ehe er in Beirut ankommt ...

Das israelische Pfund zirkuliert im Lande des ehemaligen Obersten Haddad genauso wie das libanesische Pfund. Die Preise sind außerordentlich niedrig im Vergleich zu denen in Israel. Ein reichhaltiges Mittagessen einschließlich Getränke kostet kaum 10 Francs inklusive Bedienung. In dieser Sorte Wilden Westens (oder besser gesagt „Wilden Südens", um den Ausdruck eines Israelis, der häufiger in der Gegend ist, zu übernehmen), tragen die Autos die alten Zulassungsschilder aus dem Libanon oder haben gar keine. Ein einziges ziviles israelisches Auto ist gesichtet worden mit seinem gelben Nummernschild. Es parkte neben der „Stimme der Hoffnung", dem Sender des ehemaligen Obristen Haddad, der Musik sendet, unterbrochen von christlichen Gebeten und Kommuniqués an die desertierten Milizeinheiten. Im Innern des Studios hängen Seite an Seite die Porträts des ehemaligen Obersten, des israelischen Staatspräsidenten Navon und des Ministerpräsidenten Menachem Begin.

Der Strom kommt umsonst aus dem Norden. Keiner ist beauftragt worden, die Zähler zu entfernen oder die Verbraucher zum Zahlen aufzufordern. „Übrigens", sagt einer unserer Begleiter, „die libanesischen Behörden wissen, welche Konsequenzen eine mutwillige Abschaltung des Stromes in die christliche Enklave hätte: Die E-Werke des Landes würden bombardiert werden von Haddads Truppen und ein Teil im Norden des Landes wäre auch in Finsternis eingetaucht."

(aus: Le Monde Diplomatique, Mai 1981, eigene Übersetzung)

HEW-Vorstand macht Klose zum Hampelmann

frb. Hämisch läßt sich die Kapitalistenpresse über die vergeblichen Bemühungen von Hans-Ulrich Klose aus, den Anti-Brokdorf-Beschluß des Hamburger Senats in die Tat umzusetzen. Mag sich Klose auch tölpelhaft anstellen, in der Sache hat der Mann vollständig recht. Im Februar hat ein SPD-Parteitag die Nichtbeteiligung Hamburgs an Brokdorf beschlossen und der Senat hat diesem Beschluß seinerseits entsprochen. Doch nichts rührt sich. 72% hält das Land Hamburg an den HEW, die wiederum zur Hälfte an der Kernkraftwerk Brokdorf GmbH beteiligt sind. Was sonst nie passiert, geschieht hier. Der Mehrheitsaktionär kann sich im Aufsichtsrat nicht durchsetzen und der Vorstand hat seine eigenen Auffassungen. So gescheitert erwägt der Hamburger Bürgermeister nun, mit Hilfe gesetzlicher Maßnahmen dem Beschluß des Senats nachzukommen: „Es kommt darauf an, dem Primat der Politik gegenüber einem Unternehmen, das mit öffentlichen Aufgaben betraut ist, Geltung zu verschaffen.“ Doch fein säuberlich hat die Rechtsordnung gegen solche Unfälle vorgebeugt. Eine geordnete und langfristige Energieversorgung zähle zu den überragenden Gemeinschaftsgütern, hat das Verfassungsgericht schon früher geurteilt. Und darüber hat die Bundesregierung in ihrem Energieprogramm entschieden, die Regierung eines Bundeslandes hat da nichts zu sagen.

OPEC-Konferenz unter dem Druck der Wirtschaftskrise

frb. Unter schwierigen Umständen beginnt die halbjährliche Preiskonferenz der OPEC in Genf. Auf 36 $ pro Faß hatten die Ölminister im Dezember in Bali den Referenzpreis festgesetzt. Doch die Krise in den Industrieländern hat deren Nachfrage nach Erdöl deutlich reduziert, andererseits hat Saudi-Arabien sein Öl weiterhin für 32 $ verkauft und die Produktion auf 10,3 Mio. Faß pro Tag erhöht. Überfüllung des Ölmarktes und Druck auf die Preise war die Folge. Mehrere Länder mußten sich dem Druck der Ölkonzerne beugen und auf ihre Prämien verzichten. Kuweit mußte gegenüber Gulf und BP nachgeben, Nigeria mußte, wie letzte Woche bekannt wurde, seine Produktion um 20% senken, weil es keine Abnehmer findet. Am Spot-Markt ist der Preis für afrikanisches Öl auf rund 34 $ gefallen gegenüber 43 $ Anfang Dezember. Nigerias offizieller Preis aber liegt bei 40 $. So scheint es, daß die Preise mindestens eingefroren werden. Saudi-Arabien will versuchen, den Ölpreis künftig an einen Index zu binden, der die Inflation der Industrieländer und Währungsverluste ausgleicht sowie entsprechend dem Sozialprodukt der OECD-Länder steigt.

Belgische Regierung entlastet Kapitalisten

Rohkaffeemarkt:

Unverzichtbare Devisenquelle der Erzeugerländer

Noch immer haben die Imperialisten den Markt fest im Griff

bog.Hamburg. Vom 1. bis zum 3. Juni planen verschiedene Solidaritätsgruppen mit El Salvador einen bundesweiten Boykott der Kaffeekonzerne. Das unterstützenswerte Ziel dieser Aktion – Solidarität mit dem Befreiungskampf in El Salvador und Guatemala und Hilfe beim Aufbau von Nicaragua – wird durch eine fragwürdige Aktionsform mehr behindert als gefördert. Die Lage für die kaffeeproduzierenden Länder der Dritten Welt ist heute für alles andere als für einen Boykott geeignet. Den Boykott-Befürwortern sollten auch die Fehlschläge ähnlich angelegter Aktionen wie z.B. „Keine Früchte aus Südafrika“ zu denken geben, die über den engeren Rahmen kirchlich ausgerichteter Kreise nicht hinauskamen. Ein kurzer Rückblick auf den Kaffeemarkt und die Bemühungen und Schwierigkeiten der kaffeeproduzierenden Länder, die Hinterlassenschaft der imperialistischen Herrschaft in den Griff zu bekommen, macht die heutige Situation verständlicher.

In der ersten Hälfte der 70er Jahre wurden weltweit jährlich rund 75 Mio. Sack (à 60 kg) nahezu ausschließlich in den Ländern der Dritten Welt produziert. Für einen Großteil der kaffeeproduzierenden Staaten ist Kaffee wichtigstes Exportgut, das entscheidend zu den Handelsbilanzen beiträgt. Im Jahre 1970 betrug der durchschnittliche Einfuhrpreis für 100 kg der Kaffeesorte „salvadorianisches Hochgewächs“ in die Bundesrepublik (incl. Transport- und Versicherungskosten) 446,39 DM. 1975 – also fünf Jahre später – erlösten die Kaffee-Exportländer nur noch 376,09 DM brutto. Dabei müssen aber noch Fracht und Versicherung in Abzug gebracht werden, denn der Handel wird nahezu vollständig von den Imperialisten beherrscht.

Damit erging es den Kaffee-Exportländern nicht viel anders als den übrigen Entwicklungsländern, die neben dem Preisverfall ihrer eigenen Produkte steigende Preise für Industriegüterimporte in Kauf nehmen müssen. Gegen dieses Preisdiktat der Imperialisten haben sich die kaffeeproduzierenden Länder frühzeitig zusammengeschlossen: 1960 gründeten die westafrikanischen Länder die Kaffeeorganisation für Afrika und Madagaskar (OAMCAF). 1963 konstituierte sich die Internationale Kaffeeorganisation (ICO), in der sowohl die Erzeuger- als auch die Verbraucherländer vertreten sind. Mit internationalen Kaffeeabkommen von 1962 und 1968 sollten übermäßige Schwankungen der Kaffeepreise verhindert und die Ausfuhrerlöse der Erzeugerländer stabilisiert werden. 1973 und 1975 wurden diese Abkommen verlängert. Auf Druck der imperialistischen Staaten fielen die wirtschaftlichen Bestimmungen allerdings unter den Tisch. Praktisch waren damit die Abkommen wirkungslos geworden. Die wirtschaftlichen Bestimmungen sahen vor, durch ein festgelegtes System von Ausfuhrquoten und Richtpreisen ein Überangebot auf dem Weltmarkt und einen Preisverfall zu verhindern. Unterschreitet der Kaffeepreis eine bestimmte Schwelle, dann müssen die Exportländer ihre Exporte auf eine bestimmte Größe zurückschrauben. So schwach diese Schutzbarriere war, schränkte sie doch die erpresserische Wirkung der Kaffeelager ein, die die Imperialisten aufgehäuft hatten.

Anfang der 60er Jahre hatten diese Bestände ein Niveau von 70 bis 80 Mio. Sack erreicht; der jährliche Verbrauch lag bei ungefähr 72 Mio. Sack. 1975 betrugen die Vorräte immerhin noch mit 50 Mio. Sack fast ⅔ der Produktion. Das Eigentum über diese Vorräte verschaffte den Kaffeekonzernen und -händlern glänzende Aussichten, die Preise weiter zu drücken. Es kam jedoch ganz anders: In der Nacht vom 17. auf den 18. Juli 1975 fielen im südlichen Brasilien die Temperaturen unter den Gefrierpunkt. In den Anbaugebieten um Parana, in den Staaten Sao Paulo, Minas, Gerais und Mato Grosso erfroren 1,5 Mrd. Kaffeebäume, über die Hälfte des gesamten Bestandes. Schon damals wurde klar, daß es sich nicht um einen der sogenannten „Routinefröste“ handelte, die den Spekulanten zur Preisbelebung stets willkommen waren, sondern um eine Katastrophe, die es vorher nur in den Jahren 1918 und 1942 gegeben hatte. Damit war die erwartete Ernte für das Kaffeejahr 1976/77, die zuvor auf 30 Mio. Sack geschätzt worden war, auf etwa 9 Mio. Sack reduziert. Sofort begannen die Notierungen an den Börsen in New York und London zu klettern. Das, was die kaffeeproduzierenden Staaten durch Kartellbildungen und Exportbeschränkungen nicht geschafft hatten, erreichte der brasilianische Frost nahezu über Nacht.

Die Sorge der Produzentenländer, trotz kurzfristig steigender Preise langfristig Verlierer zu sein, war damit jedoch nicht behoben. Es gelang ihnen, ein neues internationales Kaffeeabkommen nach dem Muster der 1962 und 1968 geschlossenen Vereinbarungen abzuschließen, leider enthielt es aber Schwachstellen. Bestimmungen zur Anlage von internationalen Vorräten und zur Errichtung eines gemeinsamen Fonds zur Finanzierung der Lager, dessen Mittel vor allem die Imperialisten aufbringen sollten, konnten nicht durchgesetzt werden.

Bis Ende 1977 stiegen die Kaffeepreise, die wirtschaftliche Lage der stark verschuldeten kaffeeproduzierenden Länder verbesserte sich. In westlichen Zeitungen waren Artikel gegen den „südamerikanischen Übermut“ zu lesen, und US-amerikanische Verbraucherverbände riefen zum Kaffee-Boykott auf. In der Folgezeit fielen die Weltmarktpreise für Kaffee wieder kontinuierlich. Die kaffeeproduzierenden Staaten Lateinamerikas schlossen sich im August 1978 zur sogenannten „Bogotá-Gruppe“ zusammen (Mitglieder: Brasilien, Kolumbien, Mexiko, Venezuela, Guatemala, Costa Rica, Nicaragua, Salvador, Honduras). Ein Jahr später belief sich ihre Stützungskasse auf 500 Mio. Dollar, und sie hatten 1 Mio. Sack Kaffee aufgekauft. Eine gemeinsame Gesellschaft, die „Panacafé“, intervenierte auf den Terminmärkten von London und New York, um die Kaffeepreise zu stützen.



Bekämpfung des Kaffeefrostes in Nicaragua.

Die Gegenseite blieb inzwischen nicht untätig. Anfang Juni 1980 schlossen sich die Verbände der europäischen Rohkaffeehändler (CECA) und die Röstindustrie (EUCA) unter einem Dachverband zusammen. Erste Aktivität war ein internationaler Kaffeekongreß in Hamburg. Walter J. Jacobs hielt die Eröffnungsansprache.

In der Folgezeit wurden die Preisstützungsaktionen der Bogotá-Gruppe immer schwieriger. Die Gelder für eine notwendige Fondsaufstockung fehlten, und die Gruppe mußte für weitere Operationen auf einen privaten Kredit aus den USA in Höhe von 50 Mio. Dollar gegen eine Verpfändung von 300000 Sack Kaffee zurückgreifen. Die stark erhöhten Einschußforderungen der New Yorker Börse (11500 Dollar je Kontrakt à 375000 englische Pfund Kaffee, statt früher 4000 Dollar) banden immer mehr finanzielle Mittel. 1980 fiel der Kaffeepreis auf einen Vierjahrestiefstand. Um die Unterstützung der Verbraucherländer für eine Neuauflage des Kaffeeabkommens zu erhalten, mußten die Erzeugerländer Bedingungen erfüllen. Am Rande der Oktober-Tagung der Kaffeerates wurde in einer halbamtlichen Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und der Bogotá-Gruppe die Auflösung der Panacafé beschlossen. Erhalten haben die Erzeugerländer dafür die Verpflichtung der Einfuhrmitglieder, ein System vor Ursprungszeugnissen und Einfuhrkontrollen zur Nachfragesteuerung einzuführen. Für 1981 rechnet des IFO-Institut in München dennoch mit einem weiteren Rückgang der Kaffeepreise um 11%.

Dies ist eine reichlich ungünstige Situation für einen Kaffeeboykott, der ja eigentlich zur Unterstützung der Erzeugerländer gedacht ist. Andererseits sollte man sich auch nichts vormachen. Der tatsächliche Wert, mit einer dreitägigen Boykottaktion bei diesen Kaffeevorräten Druck auf die Konzerne auszuüben, ist praktisch gleich Null. Ganz abgesehen von etlichen anderen Ungereimtheiten in der Argumentation der Boykott-Befürworter, ist es meines Erachtens erstens falsch und zweitens auch nicht besonders geschickt, alle Kaffeetrinker der indirekten Ausbeutung der Länder der Dritten Welt zu beschuldigen. Nützlicher wäre es da schon, die Spendenaktion „Waffen für El Salvador“ auch vor den Kaffeeläden durchzuführen.

ginnt die halbjährliche Preiskonferenz der OPEC in Genf. Auf 36 $ pro Faß hatten die Ölminister im Dezember in Bali den Referenzpreis festgesetzt. Doch die Krise in den Industrieländern hat deren Nachfrage nach Erdöl deutlich reduziert, andererseits hat Saudi-Arabien sein Öl weiterhin für 32 $ verkauft und die Produktion auf 10,3 Mio. Faß pro Tag erhöht. Überfüllung des Ölmarktes und Druck auf die Preise war die Folge. Mehrere Länder mußten sich dem Druck der Ölkonzerne beugen und auf ihre Prämien verzichten. Kuweit mußte gegenüber Gulf und BP nachgeben, Nigeria mußte, wie letzte Woche bekannt wurde, seine Produktion um 20% senken, weil es keine Abnehmer findet. Am Spot-Markt ist der Preis für afrikanisches Öl auf rund 34 $ gefallen gegenüber 43 $ Anfang Dezember. Nigerias offizieller Preis aber liegt bei 40 $. So scheint es, daß die Preise mindestens eingefroren werden. Saudi-Arabien will versuchen, den Ölpreis künftig an einen Index zu binden, der die Inflation der Industrieländer und Währungsverluste ausgleicht sowie entsprechend dem Sozialprodukt der OECD-Länder steigt.

te „salvadorianisches Hochgewächs“ in die Bundesrepublik (incl. Transport- und Versicherungskosten) 446,39 DM. 1975 – also fünf Jahre später – erlösten die Kaffee-Exportländer nur noch 376,09 DM brutto. Dabei müssen aber noch Fracht und Versicherung in Abzug gebracht werden, denn der Handel wird nahezu vollständig von den Imperialisten beherrscht.

Damit erging es den Kaffee-Exportländern nicht viel anders als den übrigen Entwicklungsländern, die neben dem Preisverfall ihrer eigenen Produkte steigende Preise für Industriegüterimporte in Kauf nehmen müssen. Gegen dieses Preisdiktat der Imperialisten haben sich die kaffeeproduzierenden Länder frühzeitig zusammengeschlossen: 1960 gründeten die westafrikanischen Länder die Kaffeeorganisation für Afrika und Madagaskar (OAMCAF). 1963 konstituierte sich die Internationale Kaffeeorganisation (ICO), in der sowohl die Erzeuger- als auch die Verbraucherländer vertreten sind. Mit internationalen Kaffeeabkommen von 1962 und 1968 sollten übermäßige Schwankungen der Kaffeepreise verhindert und die Ausfuhrerlöse der Erzeugerländer stabilisiert werden. 1973 und 1975 wurden diese Abkommen

sich nicht um einen der sogenannten „Routinefröste“ handelte, die den Spekulanten zur Preisbelebung stets willkommen waren, sondern um eine Katastrophe, die es vorher nur in den Jahren 1918 und 1942 gegeben hatte. Damit war die erwartete Ernte für das Kaffeejahr 1976/77, die zuvor auf 30 Mio. Sack geschätzt worden war, auf etwa 9 Mio. Sack reduziert. Sofort begannen die Notierungen an den Börsen in New York und London zu klettern. Das, was die kaffeeproduzierenden Staaten durch Kartellbildungen und Exportbeschränkungen nicht geschafft hatten, erreichte der brasilianische Frost nahezu über Nacht.

Die Sorge der Produzentenländer, trotz kurzfristig steigender Preise langfristig Verlierer zu sein, war damit jedoch nicht behoben. Es gelang ihnen, ein neues internationales Kaffeeabkommen nach dem Muster der 1962 und 1968 geschlossenen Vereinbarungen abzuschließen, leider enthielt es aber Schwachstellen. Bestimmungen zur Anlage von internationalen Vorräten und zur Errichtung eines gemeinsamen Fonds zur Finanzierung der Lager, dessen Mittel vor allem die Imperialisten aufbringen sollten, konnten nicht durchgesetzt werden.



Bekämpfung des Kaffeefrostes in Nicaragua.

märkten von London und New York, um die Kaffeepreise zu stützen.

Die Gegenseite blieb inzwischen nicht untätig. Anfang Juni 1980 schlossen sich die Verbände der europäischen Rohkaffeehändler (CECA) und die Röstindustrie (EUCA) unter einem Dachverband zusammen. Erste Aktivität war ein internationaler Kaffeekongreß in Hamburg. Walter J. Jacobs hielt die Eröffnungsansprache.

In der Folgezeit wurden die Preisstützungsaktionen der Bogotá-Gruppe immer schwieriger. Die Gelder für eine notwendige Fondsaufstockung fehlten, und die Gruppe mußte für weitere Operationen auf einen privaten Kredit aus den USA in Höhe von 50 Mio. Dollar gegen eine Verpfändung von 300000 Sack Kaffee zurückgreifen. Die stark erhöhten Einschußforderungen

preise um 11%.

Dies ist eine reichlich ungünstige Situation für einen Kaffeeboykott, der ja eigentlich zur Unterstützung der Erzeugerländer gedacht ist. Andererseits sollte man sich auch nichts vormachen. Der tatsächliche Wert, mit einer dreitägigen Boykottaktion bei diesen Kaffeevorräten Druck auf die Konzerne auszuüben, ist praktisch gleich Null. Ganz abgesehen von etlichen anderen Ungereimtheiten in der Argumentation der Boykott-Befürworter, ist es meines Erachtens erstens falsch und zweitens auch nicht besonders geschickt, alle Kaffeetrinker der indirekten Ausbeutung der Länder der Dritten Welt zu beschuldigen. Nützlicher wäre es da schon, die Spendenaktion „Waffen für El Salvador“ auch vor den Kaffeeläden durchzuführen.

Belgische Regierung entlastet Kapitalisten

frb. An der Durchsetzung von Lohnsenkungen entsprechend den Wünschen der Kapitalisten war die letzte belgische Regierung Ende letzten Jahres gestolpert. Die neue Regierung von Premierminister Mark Eyskens kündigte dann an, auf Umwegen zum gleichen Ziel zu schreiten. Nach äußerst langwierigen Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien von Christdemokraten und Sozialisten liegt jetzt ein entsprechendes Programm vor. Um 25 – 30 Mrd. bfr. werden die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung vermindert. Der Einnahmeausfall soll ausgeglichen werden durch eine Erhöhung von Verbrauchs- und Mehrwertsteuer. Zigaretten sollen um 2 bfr. (rd. 12 Pfennig), Benzin um 1 bfr. teurer werden. Eine Änderung des Indexsystems, das die Lohnentwicklung an die Preise bindet, wurde auf Eis gelegt. Ein Stahlplan sieht Fusionen, 4000 bis 5000 Entlassungen und Lohneinbußen vor.

60 Mrd. DM Auslandsvermögen

frb. Auslandsvermögen von 488 Mrd. DM besitzt die BRD, 427 Mrd. DM westdeutschen Vermögens befinden sich in ausländischem Besitz. Bleibt also ein Netto-Vermögen zugunsten Westdeutschlands von 61 Mrd. DM. Zwangsläufig habe das Leistungsbilanzdefizit zu einer Verschlechterung des Vermögensstatus geführt, schreibt die Bundesbank in ihrem Monatsbericht. Netto-Forderungen von 44 Mrd. DM bestehen gegenüber der Dritten Welt, 32 Mrd. DM gegenüber internationalen Organisationen, 19 Mrd. DM gegenüber Staatshandelsländern. Verpflichtungen bestehen gegenüber den westlichen Industrieländern (–27 Mrd. DM) und gegenüber den OPEC-Ländern (–23 Mrd. DM).

Starre Fronten auf der IWF-Tagung in Gabun

Keine Zugeständnisse der kapitalistischen Länder

bep. Gabun ist Mitglied der OPEC, allerdings das schwächste. In seiner Hauptstadt Libreville beherbergte es letzte Woche führende Repräsentanten von zwei der mächtigsten wirtschaftlichen Institutionen der Welt: Internationaler Währungsfond (IWF) und Weltbank. Es tagten der IWF-Interimsausschuß, der die Entscheidungen der jährlichen Gouverneursversammlung, des höchsten IWF-Organs, vorzubereiten hat, und der gemeinsame Entwicklungsausschuß von IWF und Weltbank. Vielleicht war die Wahl des Tagungsorts eine Geste gegenüber der OPEC. Bei dieser Geste ist es aber geblieben, was das Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der 3. Welt angeht.

Dem Namen nach gehören IWF und Weltbank (genau Internationale Bank für Wiederaufbau und Enwicklung) zu den Sonderorganisationen der UNO. Tatsächlich aber haben UNO-Organe kaum Kompetenzen in diesen beiden Organisationen. Können in der UNO-Generalversammlung die unabhängig gewordenen Länder der 3. Welt ihre zahlenmäßige Überlegenheit als Machtmittel nutzen, sind sie als Mitglieder von IWF und Weltbank nicht gleichberechtigt.

Im IWF, der unter anderem Kredite zur Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten gewährt, sind sowohl Stimmrecht wie Kreditmöglichkeiten wesentlich von Quoten und daraus folgenden Einzahlungen abhängig, die für die Mitglieder je nach ihrer wirtschaftlichen Stärke festgelegt werden. In der Weltbank, die vor allem Kredite für Investitionen in der 3. Welt vergibt, richtet sich das Stimmrecht nach dem Anteil der Mitglieder am Grundkapital. Beide Institutionen wurden 1945 durch den US-Imperialismus ins Leben gerufen. Heute ist sein Einfluß in den Entscheidungsgremien stark verringert. Aber immer noch verfügen die im sog. „Zehnerclub“ vereinten größten kapitalistischen Länder über die Mehrheit. Die Länder der 3. Welt, zusammengeschlossen in der „Gruppe der 24“, versuchen, gestützt nicht zuletzt auf die gewachsene wirtschaftliche Macht der OPEC-Staaten, die Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Länder zur Durchsetzung ihrer Interessen zu nutzen.

Die Forderungen der Dritten Welt

Der IWF nimmt bekanntlich durch Auflagen bei der Kreditvergabe massiven Einfluß auf die Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer. Dies trifft vor allem die nicht-ölexportierenden Entwicklungsländer. Deren Handelsbilanzdefizite sind in den letzten Jahren rapide gestiegen, sowohl im Handel mit den Industrieländern (von 13 Mrd. Dollar 1970 auf 46,8 Mrd. Dollar 1979), wie im Handel mit den erdölexportierenden Ländern (von 2,2 Mrd. Dollar 1970 auf 30,5 Mrd. Dollar 1979). Das schlägt sich in Leistungs- und Zahlungsbilanzdefiziten nieder, die bei den nicht-erdölexportierenden Entwicklungsländern in diesem Jahr auf etwa 90 Mrd. Dollar steigen werden. Auch eine Reihe von Industrieländern hat Defizite, während die OPEC-Staaten über erhebliche Überschüsse verfügen.

Die Staaten der 3. Welt im IWF fordern nun größere Kreditmöglichkeiten für sich, um ihre Importe zu finanzieren. Sie verlangen einen Lockerung der Auflagen. Sie verlangen schließlich, bei der fälligen Neuverteilung der Quoten für die einzelnen Mitgliedsländer ein erheblich stärkeres Gewicht (und damit wiederum größere Kreditmöglichkeiten sowie größeren Einfluß auf die Entscheidungen des Fonds) zu bekommen. Eine besondere Rolle spielt noch die Auseinandersetzung um die Forderung der „Gruppe der 24“, der PLO (bzw. dem mit der PLO verbundenen Palestine National Fund) Beobachterstatus einzuräumen.

All diesen Forderungen hat sich der „Zehnerclub“ der kapitalistischen Industrieländer unter Führung der USA auch in Libreville wieder strikt verweigert.

IVW in der Klemme

Allerding hat der IWF infolge der krisenhaften Erschütterung der kapitalistischen Weltwirtschaft selbst Probleme. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und das hohe Zinsniveau auf den internationalen Kreditmärkten untergraben die Bereitschaft der Mitgliedsländer, dem Fonds durch Einzahlungen Kreditmittel zuzuführen, während der Kreditbedarf laufend steigt (zumal viele der Kreditnehmer, Länder der 3. Welt, längst so hoch verschuldet sind, daß sie für die internationalen Privatbanken schon nicht mehr kreditwürdig sind). Saudi-Arabien hat dem Fonds nun für 1981 und 1982 jeweils rund 4,9 Mrd. Dollar als Darlehen zugesagt. Als Preis dafür hat das Direktorium des Währungsfonds einstimmig dem Gouverneursrat empfohlen, die Quote Saudi-Arabiens von derzeit 1,74 Prozent der Gesamtstimmrechte auf 3,5 Prozent zu verdoppeln. Damit rückt Saudi-Arabien vom dreizehnten auf den sechsten Platz unter den Mitgliedsländern vor und erhält wie die fünf größten Industriestaaten das Recht auf einen festen Sitz im Direktorium.

Streit in der 3. Welt

Im gemeinsamen Entwicklungsausschuß von IWF und Weltbank gab es offenbar eine Auseinandersetzung zwischen Ländern der 3. Welt, deren Hintergründe noch nicht ganz klar sind. Es ging um das Projekt einer „Energie-Filiale“ der Weltbank, die der Finanzierung von Projekten zur Nutzung von Energiereserven und zur Energieeinsparung in den Enwicklungsländern, die nicht über Ölvorkommen verfügen, dienen soll. Dieses Projekt, bisher unterstützt von Ländern wie Kolumbien, Brasilien und Indien, scheiterte bislang am Widerstand der USA. Nun erklärten auch Vertreter der ölproduzierenden Länder das Vorhaben für überflüssig angesichts bestehender Gremien wie der lateinamerikanischen Energieorganisation (OLADE) und des OPEC-Entwicklungsfonds. Die „Gruppe der 24“ empfahl schließlich die Prüfung eines solchen Projekts durch die Weltbank unter Berücksichtigung der bereits bestehenden Programme.

Die Mär von der Kostenmiete

Auch unter der Kostenmiete fließen noch Zins und Rente reichlich. Diesen Fluß zu mehren ist das Ziel des Mieterschröpfungsprogramms, das die Bundesregierung am 27. Mai auf den Weg schicken will

frb. Das freudige Ereignis scheint doch nicht verschoben. Kommenden Mittwoch will der Berg die Maus gebären. Es hat einer ganzen Reihe lädierter Polizeiuniformen bedurft, zahlreiche Gefängniszellen wurden erst gefüllt, ehe sich Bundesregierung, Regierungsparteien und Oppositionsparteien in Bewegung gesetzt haben und etwas tun wollen für den Wohnungsmarkt. Seit Wochen wird beraten, in Arbeitskreisen, in Fraktionen, auf Parteitagen, Verbände wurden gehört. An Papier wird es nicht fehlen, an neuen Paragraphen, an neuen Absätzen in alten Paragraphen, an neuen Teilziffern in alten Absätzen von alten Paragraphen und auch an eingeschobenen Halbsätzen in bestehenden Sätzen nicht. Schon deshalb wird die Wirkung gering sein. Komplizierte Gesetze nutzen dem Mann ohne Grundbesitz, der nicht erst ein Heer von Winkeladvokaten in Dienst nehmen kann, ehe er eine Wohnung mietet, nicht. Gewerkschaften und Mietervereine können hier nur lindernd wirken.

Drei Gesetze sind es, für die die Bundesregierung Referentenentwürfe in Umlauf gebracht hat. Wenn das Kabinett sie jetzt auf den Weg der Gesetzgebung schickt, so hat zunächst der Bundesrat sechs Wochen Zeit für eine Stellungnahme, ehe der Bundestag in erster Lesung darüber tagt. Letzteres wird wohl erst nach der Sommerpause über die Bühne gehen.

Da ist einmal ein Gesetzentwurf zur *Änderung des Mietrechts*, dessen Inhalt wir in unserer letzten Ausgabe gebracht haben. Hauptinhalt ist die Staffelmiete für Wohnungen, die nach dem 1.1.81 fertiggestellt werden, die Erleichterung von Mieterhöhungen, Vorschriften über die Duldungspflicht des Mieters gegenüber Modernisierungsmaßnahmen mit der Folge höherer Miete. Einziges Bonbon: Die Regelungen zur Kaution. Sie darf nicht mehr als drei Monatsmieten betragen, der Vermieter muß sie zugunsten des Mieters verzinslich anlegen. Zahlbar soll sie in drei Monatsraten sein, die erste Rate beim Einzug. Allerdings, drei Monatsmieten bleiben für viele ein halbes Vermögen, und gegenüber den bisherigen Regelungen im sozialen Wohnungsbau sind die neuen ein Rückschritt. So bleibt auch hier ein saurer Magen.

Zweitens schließlich findet sich im Paket des Wohnungsbauministers der Entwurf eines Gesetzes über den „Abbau von Fehlsubventionierung von Sozialwohnungen“. Hauptinhalt ist die Einführung einer „*Fehlbelegungs-Abgabe*“ ab 1983.

Drittens schließlich soll das *Bodenrecht* geändert werden. Mehr Bauland soll bereitgestellt, die Preise so gedämpft werden. Das Umlegungsrecht soll erweitert werden. Es dient schon bislang dazu, in der kommunalen Praxis durch Grundstückstausch verwertbare Baugrundstücke zu schaffen. Bislang allerdings konnte die Zuteilung der umgelegten Grundstücke nur an die bisherigen Eigentümer erfolgen. Jetzt soll auch Zuteilung an Bauwillige außerhalb des Kreises der bisherigen

bracht haben. Hauptinhalt ist die Staffelmiete für Wohnungen, die nach dem 1.1.81 fertiggestellt werden, die Erleichterung von Mieterhöhungen, Vorschriften über die Duldungspflicht des Mieters gegenüber Modernisierungsmaßnahmen mit der Folge höherer Miete. Einziges Bonbon: Die Regelungen zur Kaution. Sie darf nicht mehr als drei Monatsmieten betragen, der Vermieter muß sie zugunsten des Mieters verzinslich anlegen. Zahlbar soll sie in drei Monatsraten sein, die erste Rate beim Einzug. Allerdings, drei Monatsmieten bleiben für viele ein halbes Vermögen, und gegenüber den bisherigen Regelungen im sozialen Wohnungsbau sind die neuen ein Rückschritt. So bleibt auch hier ein saurer Magen.

Zweitens schließlich findet sich im Paket des Wohnungsbauministers der Entwurf eines Gesetzes über den „Abbau von Fehlsubventionierung von Sozialwohnungen“. Hauptinhalt ist die Einführung einer „*Fehlbelegungs-Abgabe*“ ab 1983.

Drittens schließlich soll das *Bodenrecht* geändert werden. Mehr Bauland soll bereitgestellt, die Preise so gedämpft werden. Das Umlegungsrecht soll erweitert werden. Es dient schon bislang dazu, in der kommunalen Praxis durch Grundstückstausch verwertbare Baugrundstücke zu schaffen. Bislang allerdings konnte die Zuteilung der umgelegten Grundstücke nur an die bisherigen Eigentümer erfolgen. Jetzt soll auch Zuteilung an Bauwillige außerhalb des Kreises der bisherigen
Eigentümer möglich sein. In Ausnahmefällen können solche Bauplätze an Bauherrn mit niedrigem Einkommen auch unter Verkehrswert abgegeben werden. Die Zuteilung kann mit einer Bauverpflichtung verbunden werden. Zuteilung an bisherige Eigentümer muß nicht wie bisher nach ihrem Anteil an der Gesamtfläche erfolgen. Ihnen kann entsprechend den „Einwurfswerten“ zugeteilt werden, mittlerweile eingetretene Erhöhungen des Verkehrswerts fallen ihnen nicht zu.

All dies betrifft die Erweiterung des Umlegungsrechts. ⅔ des 113 Seiten starken Entwurfs zum Bodenrecht befassen sich damit. Weitere Seiten füllt eine Erweiterung der Möglichkeiten für die Gemeinden, Baugebot zu erteilen. Als Mittel gegen die Kahlschlagsanierung der Innenstädte wird die Erweiterung der Voraussetzungen für sogenannte Erhaltungssatzungen empfohlen. Danach sollen Abbruchgenehmigungen künftig auch aus sozialen Gründen versagt werden können, was Minister Haack „Milieuschutz“ nennt.

Die Position der Parteien

Auch wenn die Bundesregierung ihr Wohnungsbau-Paket verabschiedet, wird der Krach darüber weitergehen, zumal die Zustimmung des Bundesrates notwendig ist.

Die *SPD-Fraktion* hat ihre Stellung zuletzt auf ihrer Sitzung am 11. Mai festgelegt. Sie unterstützt die Regierungsvorlagen im wesentlichen. Ausdrücklich erneuert sie die Forderung nach einem Sonderprogramm von je zusätzlich 30000 Wohneinheiten für zwei Jahre im sozialen Mietwohnungs-

Die *SPD-Fraktion* hat ihre Stellung zuletzt auf ihrer Sitzung am 11. Mai festgelegt. Sie unterstützt die Regierungsvorlagen im wesentlichen. Ausdrücklich erneuert sie die Forderung nach einem Sonderprogramm von je zusätzlich 30000 Wohneinheiten für zwei Jahre im sozialen Mietwohnungs-
bau. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus soll unvermindert fortgesetzt werden. Die Fehlbelegungsabgabe wird bekräftigt, Staffelmiete soll ab 1982 möglich sein. Eine „undifferenzierte Ausweitung“ der degressiven Abschreibung für Wohngebäude wird abgelehnt, einige allzu üppige Steuervergünstigungen – die Mehrwertsteueroption beim Bauherrnmodell, unechtes Zweifamilienhaus – sollen gestrichen werden.

Erhebliche Änderungswünsche hat die *FDP-Fraktion* in ihrer Sitzung am 12. Mai angemeldet. Der Mieterhöhungsrhythmus bei der Staffelmiete soll nur 12 statt 15 Monate betragen. Die Mietkaution von bis zu drei Monatsmieten soll sofort gezahlt werden müssen. In Sanierungsgebieten sollen Zeitmietverträge zulässig sein. Die Änderungen zum Bodenrecht sollen gegenüber dem Referentenentwurf eingeengt werden. Schließlich vor allem im Gegensatz zur SPD-Fraktion: die degressive Abschreibung im Geschoßmietwohnungsbau soll für acht Jahre von 3,5% auf 5% jährlich angehoben werden. D.h. bereits nach 8 Jahren wären 40% des Gebäudes steuerlich abgeschrieben. Für ein Sonderprogramm von 2 mal 30000 Sozialwohnungen sieht die FDP keine Finanzierungsmöglichkeiten (Kosten pro Jahr laut SPD rund 600 Mio. DM = ⅔ der jetzt erfolgten Aufstockung des Verteidigungshaushalts). Ebenfalls abgelehnt wird die Abschaffung der sog. Mehrwertsteueroption im Bauherrnmodell, die jährlich rund 600 Mio. DM an Steuerausfällen kostet.

Die *CDU* hat sich auf ihrem Mannheimer Parteitag zur Wohnungspolitik festgelegt und die CDU/CSU-Fraktion hat jetzt eigene Gesetzentwürfe vorgelegt. Noch mehr Freiheit für Mieterhöhungen, noch mehr Steuervergünstigungen für Kapitalanleger werden gefordert. So wird die Fehlbelegungsabgabe abgelehnt, durch administrative Maßnahmen sollen die Mieten im sozialen Wohnungsbau auf das Niveau des freifinanzierten Wohnungsbaus gehoben werden. Dazu sollen die Zinssubventionen noch rascher als ohnehin schon der Fall (daher die Mietsprünge) entzogen werden. Wohnungs-Experte Lothar Späth: „Die Mietunterschiede zwischen den gebundenen und nicht gebundenen Wohnungen und zwischen den einzelnen Jahrgangsklassen sind nicht zu rechtfertigen.“ Zu rechtfertigen jedoch ist die Erhöhung der degressiven Abschreibung für geschäftsmäßige Mietwucherer von 3,5% auf 5%, jedoch im Unterschied zur FDP für 12 Jahre.



uwd.Stuttgart. Ca. 6000 Menschen beteiligten sich am Freitag abend, 22.5., an der Demonstration gegen die brutale Räumung des besetzten Hauses in der Gerokstraße, bei der 71 Personen verhaftet wurden und 4 weiterhin im Gefängnis sitzen. Fast 40 Organisationen hatten zu der Demonstration aufgerufen, unter ihnen gewerkschaftliche Jugendgruppen, studentische Vertretungen und politische Parteien. Das riesige, villenähnliche Haus war jahrelang von der Stadt als Schulverwaltungsamt zweckentfremdet worden, seit Sommer 1980 stand es leer. Anlaß der Räumung war der bevorstehende Verkauf des Hauses. Die Massenverhaftung war von langer Hand vorbereitet, ohne Vorwarnung kreiste ein Polizeiaufgebot von 400 Polizisten mit Reiterstaffel die vor dem Haus Stehenden ein und schleppte sie in bereitstehende Transporter, um sie erkennungsdienstlich zu behandeln. OB Rommel brüstete sich am nächsten Tag, ein „kriminelles Nest“ ausgehoben



uwd.Stuttgart. Ca. 6000 Menschen beteiligten sich am Freitag abend, 22.5., an der Demonstration gegen die brutale Räumung des besetzten Hauses in der Gerokstraße, bei der 71 Personen verhaftet wurden und 4 weiterhin im Gefängnis sitzen. Fast 40 Organisationen hatten zu der Demonstration aufgerufen, unter ihnen gewerkschaftliche Jugendgruppen, studentische Vertretungen und politische Parteien. Das riesige, villenähnliche Haus war jahrelang von der Stadt als Schulverwaltungsamt zweckentfremdet worden, seit Sommer 1980 stand es leer. Anlaß der Räumung war der bevorstehende Verkauf des Hauses. Die Massenverhaftung war von langer Hand vorbereitet, ohne Vorwarnung kreiste ein Polizeiaufgebot von 400 Polizisten mit Reiterstaffel die vor dem Haus Stehenden ein und schleppte sie in bereitstehende Transporter, um sie erkennungsdienstlich zu behandeln. OB Rommel brüstete sich am nächsten Tag, ein „kriminelles Nest“ ausgehoben zu haben, samt Backsteinen und Bauwerkzeug.

Weitere Verschlechterung der Lage am Wohnungsmarkt

Die vorgesehenen gesetzlichen Maßnahmen werden dem gegenwärtigen Wohnungselend, das sich auf die Ballungsgebiete und hier auf Jugendliche, auf Familien mit Kindern und auf Rentner konzentriert, nicht abhelfen. Es werden die Mieten steigen, aber ob deshalb mehr Wohnungen gebaut werden, ist fraglich, weil sich für jene dann keine zahlungskräftige Nachfrage findet. Und sofern welche gebaut werden, wird es sich um Leichtbauweise handeln. Wohnraum besser verteilt wird auch nicht.

An privatem Kapital mangele es nicht, sagt Lothar Späth. Aber es werde nur investiert, wenn wenigstens eine minimale Renditeaussicht gegeben sei. Was hier stattfindet, ist kalte Erpressung, getarnt hinter einer Ökonomie, die solche Erpressung in den Rang einer unabänderlichen Gesetzmäßigkeit hebt. Gerade erst hat sich das Kapital unfähig gezeigt, die Wohnungsnot zu beheben, da fordert es noch mehr Tribut. Aber beileibe nicht nur dadurch, daß Gesetze beseitigt werden, die seine Raubgier etwas bändigen, sondern auch durch Erhöhung der steuerlichen Subventionen. Tatsächlich wird der Wohnungsbau schon heute nur noch dadurch am Leben gehalten, daß sich die Investitionen per Bauherrenmodell zum großen Teil oder ganz durch Steuerersparnisse finanzieren lassen. Mit der geforderten Erhöhung der ohnehin schon überhöhten Abschreibung bei der Einkommensteuer wird dieser Weg noch vertieft. So weit schon geht die Losung „mehr Marktwirtschaft“, daß Steuerfreiheit für den Reichtum gefordert wird.

Der Betrug der „Kostenmiete“

Die Geheimnisse der Ökonomie des städtischen Bodens, des Haus- und Grundeigentums enthüllen sich erst, wenn geklärt wird, was sich hinter der „Kostenmiete“ verbirgt. Das ganze Ärgernis liege daran, daß die Kostenmiete am Markt nicht mehr durchsetzbar sei, heißt es. Was kaum je irgendwo gesagt wird, ist, daß was als Kostenmiete bezeichnet wird, mit Kosten so viel zu tun hat wie ein Pferd mit einem Kanister Benzin. Der geringste Teil der Kostenmiete nämlich sind Kosten, den größten Teil machen Zins (bzw. Profit einschließlich Zins) auf das angelegte Kapital und die Grundrente aus. In die Kostenmiete gehen gewöhnlich ein die Kapitalkosten und die Bewirtschaftungskosten. *Kapitalkosten* sind die Zinsen auf das Fremdkapital, also auf die Kredite, die zur Finanzierung des Hausbaus aufgenommen wurden, plus der Zinsen, die für das Eigenkapital in Ansatz kommen.

Der Anteil des Zinses für Hypothekarkredite macht bei einem Jahreszinssatz von 9% etwa 70% der Kostenmiete aus. Dies bedeutet, daß eine Zinserhöhung um einen Prozentpunkt die Kostenmiete um ungefähr 7% erhöht. Anfang 1978 stand der Kapitalmarktzins bei 6%, mittlerweile verlangen die Banken 10%. Allein dies hat die Kostenmieten um ein rundes Drittel nach oben getrieben.

Ausgerechnet in Zeiten, in denen die Profitrate in der Industrie sinkt, steigen die Hypothekenzinsen, will das Bankkapital aus den Wohnungsmieten mehr herausschlagen (wobei ihm die Gesetze des Kapitalmarkts die Macht dazu verleihen). Und wenn sich diese höheren Zinsen dann in der Miete nicht mehr unterbringen lassen, so sinkt die Rentabilität in der Wohnungswirtschaft. Ursache aber ist die gestiegene Rentabilität des Leihkapitals, an der die Bank verdient.

Kredite im Wert von über 430 Mrd. DM haben die Kreditinstitute für den Wohnungsbau derzeit vergeben. Rund 40 Mrd. DM an Zins ziehen sie daraus pro Jahr.

Nun zu den *Bewirtschaftungskosten*. Sie unterteilen sich in die Abschreibung auf das im Gebäude verauslagte Kapital, auf die kalkulatorischen Ansätze für Verwaltung, Instandhal-

nanzierung des Hausbaus aufgenommen wurden, plus der Zinsen, die für das Eigenkapital in Ansatz kommen.

Der Anteil des Zinses für Hypothekarkredite macht bei einem Jahreszinssatz von 9% etwa 70% der Kostenmiete aus. Dies bedeutet, daß eine Zinserhöhung um einen Prozentpunkt die Kostenmiete um ungefähr 7% erhöht. Anfang 1978 stand der Kapitalmarktzins bei 6%, mittlerweile verlangen die Banken 10%. Allein dies hat die Kostenmieten um ein rundes Drittel nach oben getrieben.

Ausgerechnet in Zeiten, in denen die Profitrate in der Industrie sinkt, steigen die Hypothekenzinsen, will das Bankkapital aus den Wohnungsmieten mehr herausschlagen (wobei ihm die Gesetze des Kapitalmarkts die Macht dazu verleihen). Und wenn sich diese höheren Zinsen dann in der Miete nicht mehr unterbringen lassen, so sinkt die Rentabilität in der Wohnungswirtschaft. Ursache aber ist die gestiegene Rentabilität des Leihkapitals, an der die Bank verdient.

Kredite im Wert von über 430 Mrd. DM haben die Kreditinstitute für den Wohnungsbau derzeit vergeben. Rund 40 Mrd. DM an Zins ziehen sie daraus pro Jahr.

Nun zu den *Bewirtschaftungskosten*. Sie unterteilen sich in die Abschreibung auf das im Gebäude verauslagte Kapital, auf die kalkulatorischen Ansätze für Verwaltung, Instandhal-
tung, Mietausfallwagnis und Betriebskosten. Allenfalls dieser Teil der „Kostenmiete“, der im Schnitt rund 20% von dieser ausmacht, kann als Kosten bezeichnet werden. Dabei stehen die Abschreibungen für den Ersatz des im Gebäude dargestellten Kapitals entsprechend dessen stofflicher Abnutzung.

Ein Gebäude wird nicht auf einen Schlag konsumiert wie ein Stück Torte. Es nutzt sich über Jahrzehnte ab und entsprechend realisiert es seinen Wert nur nach und nach. Jahr für Jahr verliert es an Wert, die Kapitalsumme, die es repräsentiert, nimmt ab. Entsprechend sinkt der Zinsbetrag, der auf diese Kapitalsumme verlangt wird. Was in der Kostenmiete als „Kapitalkosten“ eingeht, sinkt also mit zunehmendem Alter des Gebäudes, weshalb es nur die Unwissenheit von Lothar Späth offenbart, wenn dieser unterschiedliche Mieten für unterschiedliche Baujahre als „ungerechtfertigt“ bezeichnet. Er ist ganz Propagandist der Kostenmiete, für die nur der Neubau und das im *Neubau* steckende Kapital zählt.

Ein Beispiel. Eine Wohnung koste 100000 DM, sei vollständig auf Kredit finanziert, der Zinssatz betrage 8%. Als Abschreibungssatz sei entsprechend den Vorschriften für den sozialen Wohnungsbau 1% angenommen, also eine Lebensdauer des Hauses von 100 Jahren unterstellt.

Es ist nun im ersten Lebensjahr des Gebäudes ein Zins von 8% von 100000 DM gleich 8000 DM in der Miete zu zahlen. Gleichzeitig gehen in die Miete 1000 DM als Abschreibung ein, der Wert des Hauses sinkt im Verlaufe des Jahres um diese 1000 DM auf 99000 DM. Nach zehn Jahren ist der Wert der Wohnung auf 90000 DM gesunken; an Zins ist jetzt zu zahlen: 8% von 90000 gleich 7200 DM. In der Kostenmiete aber sind 8000 DM eingerechnet.

Es ist also damit einmal geklärt, daß sich das Hauseigentum über längeren Zeitraum selbst dann rentiert, wenn die „KostenCmiete“ nicht erlöst werden kann. Zinskosten, die in den ersten Jahren nicht erlöst werden können, laufen in späteren Jahren als Überschuß des Mitteils „Kapitalkosten“ über die tatsächlich noch zu zahlenden Zinsen an.

Es ist ein Märchen, wenn behauptet wird, daß sich die Wohnungsvermietung nicht rentiere, weil die Marktmiete unter der Kostenmiete liegt.

Wird aber die Kostenmiete ganz oder zum größten Teil erzielt, so kassiert der Kapitalanleger aus der Wohnungsvermietung einen höheren Überschuß als aus anderer Anlage. Dies ist ein Teil der Grundrente, die ihm als Grundeigentümer zufällt.

Bereits in die Kostenmiete geht Grundrente ein. Entsprechend nämlich dem Zins, der auf das im Boden angelegte Kapital zu zahlen ist. Dieser Zins ist die verwandelte Form der Rente. Fällt der Kredit auf den Boden weg, so fällt der bisher zu zahlende Zins dem Grundeigentümer als Rente sichtbar zu.

Ausgehend von diesem Anteil der Grundrente in der Kostenmiete, über deren Zusammenhang es leicht zugängliche statistische Daten gibt, wird der Anteil der Grundrente an der Miete in verschiedenen Schriften (so auch in der KVZ zu Jahresbeginn) mit 6 bis 8% angegeben. Offensichtlich aber ist dies nur die halbe Wahrheit und ein gehöriger Teil der Grundrente verbirgt sich in der Differenz zwischen den Zinsen, die in die Berechnung der Kostenmiete (die ja auch Grundlage der verlangten Marktmiete und im sozialen Wohnungsbau staatlich garantiert ist) eingehen zu den wirklich entsprechend der noch im Gebäude steckenden Kapitalsumme anfallenden Zinsen.

SPD-Fraktion nach rechts gedrängt

Anfang der 70er Jahre noch gab es in der SPD eine ausgiebige Debatte, in der das Grundeigentum in Frage gestellt wurde. 1973 tagte dazu der Parteitag in Hannover. Immerhin kam schließlich noch ein Gesetz zur Abschöpfung des Planungswertzuwachses auf den Weg, das dann 1976 im Bundesrat gescheitert ist. So unzureichend dies damals war, nichts in diese Richtung findet sich mehr in den bürokratischen Vorschlägen von Haack zum Bodenrecht.

Sicherlich ist die Nationalisierung (bzw. Kommunalisierung) des städtischen Bodens notwendig. Nur dann sind die Voraussetzungen für städtische Planung ohne Haken und Ösen gegeben. Bodenspekulation wird unmöglich. Der Staat oder die Kommune kann den Boden einem Kapitalisten

Anteil der Grundrente an der Miete in verschiedenen Schriften (so auch in der KVZ zu Jahresbeginn) mit 6 bis 8% angegeben. Offensichtlich aber ist dies nur die halbe Wahrheit und ein gehöriger Teil der Grundrente verbirgt sich in der Differenz zwischen den Zinsen, die in die Berechnung der Kostenmiete (die ja auch Grundlage der verlangten Marktmiete und im sozialen Wohnungsbau staatlich garantiert ist) eingehen zu den wirklich entsprechend der noch im Gebäude steckenden Kapitalsumme anfallenden Zinsen.

SPD-Fraktion nach rechts gedrängt

Anfang der 70er Jahre noch gab es in der SPD eine ausgiebige Debatte, in der das Grundeigentum in Frage gestellt wurde. 1973 tagte dazu der Parteitag in Hannover. Immerhin kam schließlich noch ein Gesetz zur Abschöpfung des Planungswertzuwachses auf den Weg, das dann 1976 im Bundesrat gescheitert ist. So unzureichend dies damals war, nichts in diese Richtung findet sich mehr in den bürokratischen Vorschlägen von Haack zum Bodenrecht.

Sicherlich ist die Nationalisierung (bzw. Kommunalisierung) des städtischen Bodens notwendig. Nur dann sind die Voraussetzungen für städtische Planung ohne Haken und Ösen gegeben. Bodenspekulation wird unmöglich. Der Staat oder die Kommune kann den Boden einem Kapitalisten
zur Nutzung überlassen; Extraprofite, die bei wirtschaftlicher Nutzung aufgrund von Standortvorteilen anfallen, werden abgeschöpft und können zur Finanzierung des Wohnungsbaus verwendet werden. Bei Grundstücken für Wohnbauten kann die Rente, die der Staat zieht, auf ein Minimum reduziert, die (gebundenen) Mieten damit gesenkt werden. Entsprechendes gilt für Eigenheime, für deren Eigentümer sich ansonsten nichts ändert.

Damit wäre schon einiges zu erreichen, doch wie der Anteil der Zinskosten an den Mieten zeigt, erfährt die Forderung nach Verstaatlichung des Bankwesens eine zusätzliche Begründung.

Mindestens ist ein staatliches Kreditprogramm notwendig, das Kredite für den Wohnungsbau mit geringem Kredit zur Verfügung stellt; Eigenheimbauten sollten Kredite zu denselben Bedingungen erhalten wie Mietwohnbauten, jedoch nicht besonders gefördert werden. Schon durch eine Zinssenkung werden sich die Unterschiede zwischen der Neubaumiete und der tatsächlich zu errechnenden aktuellen Kostenmiete für ältere Bauten ausgleichen. Wahrscheinlich aber wird eine Verstaatlichung der Wohnungswirtschaft sinnvoll sein. Eine Maßnahme, die sich von anderer Verstaatlichung dadurch unterscheidet, daß hier lediglich in die Zirkulation der Wohnungen eingegriffen wird und die Produktion der Bauten unberührt bleibt. Der Bau hat sich für den Baukapitalisten mit dem Verkauf an den Staat realisiert.

Jedenfalls reicht die bloße Ablehnung des Regierungsprogramms nicht aus, um etwas zu erreichen.



„Vereint werden wir siegen, getrennt unterliegen. UMWA (Vereinigte Bergarbeitergewerkschaft) im Streik"

US-Bergarbeiterstreik: Erste Risse in der Kapitalistenfront

US-Kohleexportboom durch Streik gefährdet / Kapitalisten heuern Privatarmeen gegen Streikende an

lup. Seit nunmehr fast 2 Monaten stehen 160000 amerikanische Bergarbeiter im Streik. Begonnen hatte der Streik am 29. März, nachdem die Mitglieder der Vereinigten Bergarbeitergewerkschaft UMW den zwischen den Kapitalisten und der Verhandlungsdelegation ihrer Gewerkschaft ausgehandelten Kontrakt mit überwältigender Mehrheit zurückgewiesen hatten. Es geht in diesem Streik, davon gehen die amerikanischen Bergarbeiter aus, um die Existenz ihrer Gewerkschaft. Die gewerkschaftlich organisierten Bergwerke hatten vor 10 Jahren noch 79% der amerikanischen Kohle gefördert. Heute sind es noch 50%. Viel spricht dafür, daß dieser Streik nicht weniger hart wird wie der von 1977/78, der 111 Tage gedauert hatte. Die Front der Arbeiter ist aber noch so fest wie zu Beginn des Streiks. Dafür spricht unter anderem, daß ein Mitglied des Exekutivausschusses der UMW, Walter Suba, bei einer Neuwahl in der UMW nur 193 von 2280 abgegebenen Stimmen erhielt. Suba hatte den von den Bergarbeitern abgelehnten Vertragsentwurf befürwortet.

Der Haß der Bergarbeiter konzentriert sich auf den Chef der Verhandlungsdelegation der Bergwerkskapitalisten, B.R. Brown. Brown repräsentiert die Falken im Lager der Bergwerkskapitalisten. Ihm wird die Absicht nachgesagt, die Monopolisierung der Bergwerksgesellschaften in diesem Streik durch die Ruinierung kleinerer Gesellschaften voranzutreiben und die Gewerkschaft weitgehend zu zerschlagen. Brown ist Chef der zweitgrößten amerikanischen Bergwerksgesellschaft Consolidation Coal, die ihrerseits von dem Ölmonopol Conoco kontrolliert wird. Die Ölmonopole haben sich im vergangenen Jahrzehnt mehr und mehr in die Bergwerke eingekauft, und es wird davon ausgegangen, daß sie bis 1985 50% der amerikanischen Kohleförderung exportieren.

Die amerikanische Kohleförderung steht gegenwärtig am Beginn eines größeren Exportbooms. Im letzten Jahr stiegen die amerikanischen Kohleausfuhren bereits von 65 auf 90 Mio. Tonnen. Sie sollen bis 1990 auf 110 bis 145 Mio. Tonnen und bis 2000 auf 200 Mio. Tonnen ansteigen. Bereits jetzt sind die USA der größte Kohleexporteur. Die Fortsetzung des Exportbooms setzt größere Investitionen in der Transportindustrie, vor allem den Eisenbahnen und Häfen, voraus. Die entsprechenden Gesellschaften sind dazu aber nur bei langfristigen Lieferverträgen mit den ausländischen Abnehmern bereit. Solche Verträge werden aber durch die Länge des Streiks mehr und mehr gefährdet, wenn die Bergwerksgesellschaften ihr Versprechen nicht einhalten, das sie ihren überseeischen Kunden gegeben hatten, ohne Unterbrechung durch Streiks kontinuierliche Kohlelieferungen zu garantieren. Während im letzten Jahr vor den Ostküstehäfen bis zu 200 Kohlefrachter auf ihre Abfertigung warteten, schrumpfte deren Zahl im Verlauf des Streiks bereits auf wenige zusammen. Die amerikanische Kohleförderung ist auf fast die Hälfte geschrumpft. „Das ist ganz schlecht für die Glaubwürdigkeit unserer Exporteure", erklärte kürzlich W.W. Mason, der Chef der Vereinigung der amerikanischen Kohleexporteure.

Unter dem Druck des Streiks zeigen sich bereits erste Risse zwischen den Kapitalisten. Besonders kleinere Gesellschaften, die durch den Ausfall der Kohleförderung in Schwierigkeiten geraten, ihre Schuldentilgung und Zinsen zu finanzieren, neigen zum Nachgeben gegenüber der UMW. Jack Henry, der Chef einer kleineren Bergwerksgesellschaft, hat damit begonnen, einen konkurrierenden Kapitalistenverband aufzubauen, der zwischen 30 und 35 Gesellschaften umfassen soll, die etwa 30000 bis 35000 Bergarbeiter beschäftigen. Er sei bereit, erklärte Henry, einen Separatvertrag mit der Gewerkschaft einzugehen. Die Gewerkschaft ist dazu prinzipiell bereit. Auch im letzten Streik hatte sich die Front der Kapitalisten schließlich in vier verschiedene Verhandlungsdelegationen aufgespalten.

Derweilen nimmt die Brutalität, mit der Kapitalisten und Staat gegen den Streik vorgehen, zu. Bergwerksgesellschaften in West-Virginia haben eine richtiggehende Privatarmee angeheuert, die mit automatischen Schußwaffen ausgestattet ist und die Streikposten der Bergarbeiter fortlaufend provoziert. Der Governeur von Virginia, der an einer der Bergwerksgesellschaften persönlich beteiligt ist, hat zusätzliche Polizeikräfte von 200 Mann zu den Kohlefeldern beordert. In Virginia wurden vor kurzem 23 Bergarbeiter nach Auseinandersetzungen mit Streikbrechern und Polizei festgenommen, in Ost-Kentucky wurden 6 Bergarbeiter 5 Tage lang ins Gefängnis gesteckt, nachdem sie vor nichtorganisierten Gruben Streikposten gestanden hatten. Aus einem Fahrzeug, das eine Streikpostenkette durchbrechen wollte, wurden Streikposten beschossen, ein örtlicher Streikführer entging in seinem Motel einem Schußwaffenattentat.

Es gibt aber keine Anzeichen dafür, daß all dies die Entschlossenheit der Bergarbeiter beeinträchtigt, ihren schwierigen und langwierigen Kampf durchzustehen.

Betriebsratswahl Bayer Leverkusen 5 Sitze mehr für die IG Chemie

gis. Mit 61,1% der abgegebenen Stimmen hat die IG Chemie bei Bayer Leverkusen das beste Gesamtergebnis seit mehreren Jahren erzielt und damit insgesamt 33 von 49 Sitzen im Betriebsrat. Bei den Angestellten bekam sie 55,6% der Stimmen (1978 51,8%) und bei den Arbeitern 66,2% (1978 60,2%). Dazugewonnen hat ebenfalls die DAG, die bei den Angestellten seit mehreren Jahren stetig dazugewonnen hat und bei den Arbeitern in diesem Jahr zum 1. Mal kandidierte. Sie bekam bei den Angestellten 22,5% der Stimmen (1978 16,5%), bei den Arbeitern 3,7% und hat jetzt 7 Sitze (vorher drei). Die Liste „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit", die in der Form zum ersten Mal kandidierte, bekam bei den Angestellten 6,9% und bei den Arbeitern 9,3%. Diese Liste knüpft an die Arbeit der Liste „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat" an, die 1978 kandidiert hatte und zusammen mit der Liste „Ausländervertretung" 25,3% der Stimmen (13 Sitze im Betriebsrat) hatte. Jedoch repräsentiert die Liste „für einen durchschaubaren Betriebsrat" nur noch eine Minderheit der alten Liste, die Mehrheit hat bei den jetzigen Wahlen die Kandidatur der IG Chemie unterstützt bzw. auf der IG Chemie Liste kandidiert.

Insgesamt haben zu den Betriebsratswahlen 14 Listen kandidiert, davon 8 bei den Arbeitern, 6 bei den Angestellten. Die übrigen Listen haben bis auf eine jeweils einen Sitz im Betriebsrat bekommen. Die Wahlbeteiligung war zum ersten Mal seit längerer Zeit wieder aufsteigend mit 58,3% gegenüber 55,1% (1978).

Nach dem starken Verlust bei den Arbeitern bei der letzten Wahl (36% der Arbeiter hatten die oppositionelle Gewerkschaftsliste gewählt) ist das jetzige Ergebnis besonders bei den Arbeitern für die IG Chemie gut. Bei den Angestellten war es schon bei der letzten Wahl aufsteigend.

Die IG Chemie hat als Betriebsratsmehrheit in der letzten Wahlperiode verschiedene wichtige Verbesserungen durchgesetzt, darunter Verbesserungen für Schichtarbeiter (Möglichkeit der früheren Herausnahme aus der Schichtarbeit bei Lohnausgleich, Zulage für Schichtarbeiter, warmes Essen an Wochenenden u.a.); Herabsetzung der Altersgrenze für Akkordarbeit; Verbesserungen bei Erschwerniszulagen (dazu wurden auch ca. 1000 Betriebsbegehungen durchgeführt); Verbesserung bei Kurzerkrankungen (Vorlage eines Attests erst nach 3 Tagen bei Arbeitern ab dem 2. Dienstjahr, Mindestalter 22); weitere Verbesserung des Kurzarbeitergeldes; Erhöhung der Betriebsrenten, Verbesserung des Kantinenessens u.a. Zur Wahl jetzt hatte sie mit einem Wahlprogramm von 26 Punkten kandidiert, in dem verschiedene Interessen der Belegschaft aufgegriffen sind (z.B. Rationalisierungsschutz, Betriebsvereinbarung für Bildschirmarbeit, Zulagen für Schichtarbeiter, weitere Verbesserungen bei den Erschwerniszulagen usw.). Verschiedene Forderungen sind umstritten, z.B. Ausdehnung der Teilzeitarbeit, Ausweitung der Gleitzeit, Förderung der Maßnahme „Lernen durch Tun" für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß. Der Hauptmangel an diesem Programm ist jedoch, daß es in verschiedenen Punkten hinter den Stand der gewerkschaftlichen Diskussion zurückfällt. So wird weder der Entgelttarifvertrag erwähnt noch die bis 1983 anstehende Wahl von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten. Oder bei der Frage der Schichtarbeit: gefordert werden Zulagen für verschiedene Gruppen von Schichtarbeitern, die Frage der Arbeitszeitverkürzung für Schichtarbeiter und die Frage der Einschränkung und Abschaffung der Schichtarbeit aber nicht angesprochen. Solche Mängel sind sicher die Ursache für die Kandidatur von zwei Schichtarbeiterlisten, die jeweils einen Sitz bekommen haben. Das Programm der Liste „für einen durchschaubaren Betriebsrat" ging jedoch auch nicht über das der IG Chemie hinaus, sondern war an verschiedenen Punkten einfach konkreter formuliert, ohne im Widerspruch zum Programm der IG Chemie zu stehen. Insofern drückt das Wahlergebnis zugunsten der IG Chemie ein Bewußtsein innerhalb der Belegschaft aus, die einheitliche Gewerkschaft zu stärken. Tatsächlich ist aber auch die Möglichkeit der Auseinandersetzung innerhalb der IG Chemie besser als noch vor drei Jahren, wofür die Kandidatur der ehemaligen „besseren Gewerkschafter" auf der IG Chemie Liste ein Zeichen ist.

Dennoch bedeutet das gute Ergebnis der IG Chemie nicht, daß das Gesamtergebnis der Betriebsratswahl besser ist als 1978. Geht man von der Zahl der IG Chemie Mitglieder aus, die im letzten Betriebsrat vertreten waren, so waren das 1978 42, während es jetzt nur noch ca. 39 sind, gegenüber 10 Sitzen von DAG, Christlichen und Unabhängigen. Die Tendenz zur „Sozialpartnerschaft", die in Teilen der Belegschaft existiert, und die von der DAG ausdrücklich in Form der „Betriebsfamilie" propagiert wird und die durch den Druck der Krise gestärkt wird, ist jedenfalls durch die IG Chemie nicht geschlagen worden.

geht in diesem Streik, davon gehen die amerikanischen Bergarbeiter aus, um die Existenz ihrer Gewerkschaft. Die gewerkschaftlich organisierten Bergwerke hatten vor 10 Jahren noch 79% der amerikanischen Kohle gefördert. Heute sind es noch 50%. Viel spricht dafür, daß dieser Streik nicht weniger hart wird wie der von 1977/78, der 111 Tage gedauert hatte. Die Front der Arbeiter ist aber noch so fest wie zu Beginn des Streiks. Dafür spricht unter anderem, daß ein Mitglied des Exekutivausschusses der UMW, Walter Suba, bei einer Neuwahl in der UMW nur 193 von 2280 abgegebenen Stimmen erhielt. Suba hatte den von den Bergarbeitern abgelehnten Vertragsentwurf befürwortet.

Der Haß der Bergarbeiter konzentriert sich auf den Chef der Verhandlungsdelegation der Bergwerkskapitalisten, B.R. Brown. Brown repräsentiert die Falken im Lager der Bergwerkskapitalisten. Ihm wird die Absicht nachgesagt, die Monopolisierung der Bergwerksgesellschaften in diesem Streik durch die Ruinierung kleinerer Gesellschaften voranzutreiben und die Gewerkschaft weitgehend zu zerschlagen. Brown ist Chef der zweitgrößten amerikanischen Bergwerksgesellschaft Consolidation Coal, die ihrerseits von dem Ölmonopol Conoco kontrolliert wird. Die Ölmonopole haben sich im vergangenen Jahrzehnt mehr und mehr

Mio. Tonnen und bis 2000 auf 200 Mio. Tonnen ansteigen. Bereits jetzt sind die USA der größte Kohleexporteur. Die Fortsetzung des Exportbooms setzt größere Investitionen in der Transportindustrie, vor allem den Eisenbahnen und Häfen, voraus. Die entsprechenden Gesellschaften sind dazu aber nur bei langfristigen Lieferverträgen mit den ausländischen Abnehmern bereit. Solche Verträge werden aber durch die Länge des Streiks mehr und mehr gefährdet, wenn die Bergwerksgesellschaften ihr Versprechen nicht einhalten, das sie ihren überseeischen Kunden gegeben hatten, ohne Unterbrechung durch Streiks kontinuierliche Kohlelieferungen zu garantieren. Während im letzten Jahr vor den Ostküstehäfen bis zu 200 Kohlefrachter auf ihre Abfertigung warteten, schrumpfte deren Zahl im Verlauf des Streiks bereits auf wenige zusammen. Die amerikanische Kohleförderung ist auf fast die Hälfte geschrumpft. „Das ist ganz schlecht für die Glaubwürdigkeit unserer Exporteure", erklärte kürzlich W.W. Mason, der Chef der Vereinigung der amerikanischen Kohleexporteure.

Unter dem Druck des Streiks zeigen sich bereits erste Risse zwischen den Kapitalisten. Besonders kleinere Gesellschaften, die durch den Ausfall der Kohleförderung in Schwierigkeiten geraten, ihre Schuldentilgung und Zinsen

schaft einzugehen. Die Gewerkschaft ist dazu prinzipiell bereit. Auch im letzten Streik hatte sich die Front der Kapitalisten schließlich in vier verschiedene Verhandlungsdelegationen aufgespalten.

Derweilen nimmt die Brutalität, mit der Kapitalisten und Staat gegen den Streik vorgehen, zu. Bergwerksgesellschaften in West-Virginia haben eine richtiggehende Privatarmee angeheuert, die mit automatischen Schußwaffen ausgestattet ist und die Streikposten der Bergarbeiter fortlaufend provoziert. Der Governeur von Virginia, der an einer der Bergwerksgesellschaften persönlich beteiligt ist, hat zusätzliche Polizeikräfte von 200 Mann zu den Kohlefeldern beordert. In Virginia wurden vor kurzem 23 Bergarbeiter nach Auseinandersetzungen mit Streikbrechern und Polizei festgenommen, in Ost-Kentucky wurden 6 Bergarbeiter 5 Tage lang ins Gefängnis gesteckt, nachdem sie vor nichtorganisierten Gruben Streikposten gestanden hatten. Aus einem Fahrzeug, das eine Streikpostenkette durchbrechen wollte, wurden Streikposten beschossen, ein örtlicher Streikführer entging in seinem Motel einem Schußwaffenattentat.

Es gibt aber keine Anzeichen dafür, daß all dies die Entschlossenheit der Bergarbeiter beeinträchtigt, ihren schwierigen und langwierigen Kampf durchzustehen.

ste kandidiert.

Insgesamt haben zu den Betriebsratswahlen 14 Listen kandidiert, davon 8 bei den Arbeitern, 6 bei den Angestellten. Die übrigen Listen haben bis auf eine jeweils einen Sitz im Betriebsrat bekommen. Die Wahlbeteiligung war zum ersten Mal seit längerer Zeit wieder aufsteigend mit 58,3% gegenüber 55,1% (1978).

Nach dem starken Verlust bei den Arbeitern bei der letzten Wahl (36% der Arbeiter hatten die oppositionelle Gewerkschaftsliste gewählt) ist das jetzige Ergebnis besonders bei den Arbeitern für die IG Chemie gut. Bei den Angestellten war es schon bei der letzten Wahl aufsteigend.

Die IG Chemie hat als Betriebsratsmehrheit in der letzten Wahlperiode verschiedene wichtige Verbesserungen durchgesetzt, darunter Verbesserungen für Schichtarbeiter (Möglichkeit der früheren Herausnahme aus der Schichtarbeit bei Lohnausgleich, Zulage für Schichtarbeiter, warmes Essen an Wochenenden u.a.); Herabsetzung der Altersgrenze für Akkordarbeit; Verbesserungen bei Erschwerniszulagen (dazu wurden auch ca. 1000 Betriebsbegehungen durchgeführt); Verbesserung bei Kurzerkrankungen (Vorlage eines Attests erst nach 3 Tagen bei Arbeitern ab dem 2. Dienstjahr, Mindestalter 22); weitere Verbesserung des

die jeweils einen Sitz bekommen haben. Das Programm der Liste „für einen durchschaubaren Betriebsrat" ging jedoch auch nicht über das der IG Chemie hinaus, sondern war an verschiedenen Punkten einfach konkreter formuliert, ohne im Widerspruch zum Programm der IG Chemie zu stehen. Insofern drückt das Wahlergebnis zugunsten der IG Chemie ein Bewußtsein innerhalb der Belegschaft aus, die einheitliche Gewerkschaft zu stärken. Tatsächlich ist aber auch die Möglichkeit der Auseinandersetzung innerhalb der IG Chemie besser als noch vor drei Jahren, wofür die Kandidatur der ehemaligen „besseren Gewerkschafter" auf der IG Chemie Liste ein Zeichen ist.

Dennoch bedeutet das gute Ergebnis der IG Chemie nicht, daß das Gesamtergebnis der Betriebsratswahl besser ist als 1978. Geht man von der Zahl der IG Chemie Mitglieder aus, die im letzten Betriebsrat vertreten waren, so waren das 1978 42, während es jetzt nur noch ca. 39 sind, gegenüber 10 Sitzen von DAG, Christlichen und Unabhängigen. Die Tendenz zur „Sozialpartnerschaft", die in Teilen der Belegschaft existiert, und die von der DAG ausdrücklich in Form der „Betriebsfamilie" propagiert wird und die durch den Druck der Krise gestärkt wird, ist jedenfalls durch die IG Chemie nicht geschlagen worden.

Neue Bewegung im öffentlichen Dienst Großbritanniens

frb. Nach 11 Wochen Punktstreiks sind die Fronten in Großbritanniens öffentlichem Dienst in Bewegung gekommen. Der Armee zahlt die Regierung 10,3% mehr und die Bezüge der Minister und Abgeordneten sollen um 18,7% steigen. Die Regierungspolitik, die vorgibt, den Personalkostenzuwachs auf 6% beschränken zu müssen, ist damit arg in Mißkredit gekommen. Auch bislang zurückhaltende Gewerkschaften treten jetzt für schärfere Kampfmaßnahmen ein. So hat das „Royal College of Nursing", die als die am zurückhaltendsten geltende Schwesterngewerkschaft, eine Aufgabe ihrer Anti-Streik-Politik angekündigt. Die finanzielle Lage hätte bereits zu sinkendem Nachwuchs für den Berufszweig geführt und gefährde die Versorgung, sagte ihre Präsidentin auf dem Jahreskongreß letzte Woche. Am 26. Mai wollen die neun Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes über eine Ausweitung der Streikaktionen beschließen.

Chemieverhandlungen in Nordrhein gescheitert

man. Nachdem die Chemiekapitalisten im Bezirk Nordrhein in der 2. Verhandlungsrunde nur 4% angeboten haben, hat die Tarifkommission die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Sie folgt damit dem Vorgehen der Tarifkommissionen in Hessen und Rheinland-Pfalz, wo das gleiche Angebot der Kapitalisten vorlag. Damit läuft jetzt bezirklich das Schlichtungsverfahren über die Instanzen der regionalen und Bundesschlichtung an, nach deren Scheitern erst die Friedenspflicht aufgehoben ist. In einem Flugblatt vor der letzten Verhandlung erklärte Bezirksleiter Gläsner: „Das tarifpolitische Ziel der IG Chemie ist es, die Kaufkraft der Arbeitnehmer zu stärken und einen Kaufkraftverlust zu verhindern." Die Erwartung der Beschäftigten orientiert sich an dem 4,9%-Abschluß der Metallindustrie. Vorleistungen für einen Entgelttarif werden abgelehnt.

„DAG-Jugend: Quo vadis?" Großangelegte Diskussion

acm. Im Juni vorigen Jahres hatte sich in Hamburg ein Arbeitskreis jugendlicher DAG-Mitglieder gebildet, der die traditionelle Politik des DAG-Vorstandes als spalterisch und nicht den Interessen der Jugendlichen gemäß angriff. Innerhalb der DAG galt diese Initiative als „HBV-Kreis" und stand unter heftigem Beschuß vor allem durch den Vorsitzenden H. Brandt. In ihrem jüngsten Rundbrief hat die Initiative zu einer großangelegten Diskussion über die Fragen der Jugendarbeitslosigkeit, die Alternativ- und Ökologiebewegung und den Einsatz von Atomenergie aufgerufen. Im weiteren wird die Tarifpolitik der DAG kritisiert und die Frage einer Integration der DAG in den DGB erneut aufgeworfen. In einem Artikel mit der Überschrift „DAG-Jugend: Quo vadis?", heißt es: „Es werden weiter die Kräfte des Marktes beschworen, die eindeutig versagt haben. Neben dem verstärkten Druck auf die Staatsorgane sollten wir auch in unseren Gremien überlegen, mit welchen alternativen Konzepten (z.B. in der Tarif- und Bildungspolitik) wir arbeitslosen Jugendlichen helfen können. Es kann unserer Meinung nach nicht mehr mit dem %-Ritual weitergehen, wenn ‚draußen' Tausende von Jugendlichen ohne Arbeit sind. Dem steht die berechtigte Forderung nach Anhebung der Ausbildungsvergütungen, mit der jeder Auszubildende ein eigenständiges Leben führen kann, und der Inflationsausgleich (mit Beteiligung am Produktivitätszuwachs) für die unteren Gehaltsstufen nicht entgegen."



Zwischen dem 20. und 22.5.1981 berieten 225 Delegierte auf dem 10. Bundesfrauentag ein „Aktionsprogramm für die gewerkschaftliche Frauenarbeit zur Durchsetzung der gleichen Rechte und Chancen für Frauen" und weitere 137 Anträge und Entschließungen. Schwerpunkte der Beratung und Auseinandersetzung auf dem Kongreß waren die Fragen, wie sich die Beschäftigten, insbesondere die weiblichen Beschäftigten gegen, die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung zur Wehr setzen können, welche Forderungen und Aufgaben für die Gewerkschaften gegenüber der Teilzeitarbeit erhoben werden müssen. In einer Solidaritätserklärung unterstützte der Kongreß den Kampf der Beschäftigten der Bekleidungsindustrie für mehr Lohn.

EGB-„Kampagne gegen die Arbeitslosigkeit"

acm. Der „Europäische Gewerkschaftsbund" will in der „Kampagne gegen die Arbeitslosigkeit" ein Programm mit 6 Punkten präsentieren: 1. Investition staatlicher Mittel im öffentlichen sowie privaten Sektor; 2. Eine flexible Arbeitsmarktpolitik mit allgemeiner Anpassung an individuelle Fähigkeiten und Schaffung von Arbeitsplätzen für spezielle Gruppen (Jugend, Frauen); 3. 35-Stunden-Woche ohne Verdienstausfall; 4. Erhöhung der Entwicklungshilfe als Ankurbelung der Wirtschaft und Unterstützung der Entwicklungsländer; 5. Stärkung der Kaufkraft und sozialen Errungenschaft vor allem der niedrigen Einkommensgruppen; 6. Bekämpfung der Inflation durch Kontrolle der Preisgestaltung der Multi-Unternehmen.

Ein nicht unsympathischer Vorschlag

vol. Posser, Finanzminister aus NRW, SPD, hat zur Beamtenbesoldungserhöhung vorgeschlagen: für die höheren Beamten nicht den Abschluß der Gewerkschaften zu übernehmen, sondern ab 6153 DM monatlich 264,40 DM als Festgeldbetrag auszuzahlen. Der Beamtenbund ist dagegen, weil der „Gleichheitsgrundsatz damit verletzt würde". Unvollständig ist der Vorschlag, weil diser Kappungsbetrag nicht den unteren Lohngruppen zugute kommt: z.B, mindestens 100 DM, wie es Rau noch zu Beginn des Tarifkampfes angeboten hatte.

Zum Abschluß in der Metallindustrie und einige Probleme, die für den wirtschaftlichen Kampf der Gewerkschaften aufgeworfen sind

ped. **1.** Der Abschluß in der Metallindustrie mit 4,9% und Einmalzahlungen von 160 DM für zwei Monate sichert weder den Reallohn in diesem Jahr gegenüber der Inflation, noch ist es damit gelungen, die tariflichen Mindestlöhne überproportional anzuheben – beides Ziele, mit denen die IG Metall in diese Tarifbewegung hineingegangen ist. Diese Ziele konnten nicht realisiert werden. Ist die Tarifbewegung deshalb als eine Niederlage der Gewerkschaft anzusehen? Worin liegen die Gründe, daß die Lohnabhängigen im zweiten Jahr hintereinander einen sinkenden Reallohn nicht verhindern konnten?

Die Auseinandersetzung innerhalb des Dachverbandes der Metallkapitalisten zeigt, daß ohne Streik ein höheres Ergebnis, die Sicherung der Reallöhne und überproportionale Anhebung der tariflichen Mindestlöhne nicht zu erreichen war. War ein solcher Streik der Gewerkschaft – nicht für 5%, sondern für einen Abschluß zumindest 6% und rund 100 DM für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen – möglich? Von den objektiven Bedingungen her schon. Im Nachherein meine ich aber, daß subjektiv die Gewerkschaft diesen Streik nicht im Kreuz hatte. Wir selber haben gegenüber den Metallbelegschaften eine Agitation für Streik und für die Verteidigung des Reallohnes gemacht, wie es innerhalb der IG Metall Kräfte gab, die für diese Ziele eingetreten sind. Eine Vereinheitlichung der IG Metall für einen solchen Streik zur Verteidigung des Reallohnes war jedoch nicht möglich, ist aber die Bedingung eines solchen Streiks.

Ein solcher Streik wäre nicht nur einfach ein Streik um die Sicherung des Reallohnes gewesen, er wäre vom Charakter her die Aufkündigung von zwanzig Jahren Sozialpartnerschaft und die offene Kampfansage an die Kapitalistenklassen wie die Regierung geworden. Ein solcher Streik hätte weder einfach die Unterstützung durch die anderen Einzelgewerkschaften gehabt, noch einfach die Sympathie der Bevölkerung. Bereits bei der Aufstellung der Lohnforderung, wie auch während der Streikbewegung der IG Metall, hat sich gezeigt, daß andere Einzelgewerkschaften einen anderen Kurs verfolgten (am deutlichsten der Abschluß von 4% Anfang März in der Bauindustrie, just zum Zeitpunkt, wo die IG Metall die Aktionen der neuen Beweglichkeit auszuweiten begann). Wenngleich die Widersprüche zwischen den Einzelgewerkschaften sich aufgrund unterschiedlicher Bedingungen und Erfahrungen innerhalb der einzelnen Branchen entwickeln, existieren diese Widersprüche doch zugleich auch innerhalb der einzelnen Gewerkschaften. Daß bereits im letzten Jahr der Reallohn gesunken ist und in diesem Jahr weiter sinken wird, ist eine Erfahrung, die nicht umgekehrt zugleich beinhaltet, daß all die Erscheinungen, die in den letzten zwanzig Jahren für die Verträglichkeit der Interessen der Arbeiter mit denen der Kapitalisten sprachen, einfach zerschlagen und zum Bruch mit der Sozialpartnerschaft führen. Die Auseinandersetzung, die jetzt zwischen den Landesverbänden der Metallkapitalisten stattfindet, läßt ahnen, mit welcher Härte ein Streik für die Sicherung des Reallohnes hätte geführt werden müssen. Es mag sein, daß die Stellungnahme der Ludwigsburger Genossen (KVZ Nr. 16) ein Ausdruck dieser Ahnung war, nur waren die Argumente andere. Die Drohung der bürgerlichen Presse, daß die Regierung Schmidt/Genscher einen solchen Streik nicht überlebt hätte, ist auch keineswegs aus der Luft gegriffen, sondern wird eine Frage gewesen sein, die sich viele angesichts eines solchen Streiks gestellt haben. In dieser Situation hat sich die Hoffnung auf Klassenversöhnung und Sozialpartnerschaft als stärker erwiesen und war ein Streik für die Verteidigung des Reallohnes nicht zu führen.

2. Mit der Reduzierung der aufgestellten Forderung in den Verhandlungen in NRW Anfang April auf 4,9% plus Einmalzahlungen hat der IGM-Vorstand diesen Schritt der Reduzierung der anfänglichen Ziele vollzogen. Das hat innerhalb der IG Metall zu keinen großen Widersprüchen geführt, auf jeden Fall hat sich demgegenüber keine Front für die Verteidigung des Reallohnes entwickelt, diese 4,9% sind nicht in Bausch und Bogen abgelehnt worden. Andererseits war in der Streikbewegung ein Stück weit die Luft raus, weil der Widerspruch zwischen dem damaligen Angebot der Kapitalisten und dieser reduzierten Forderung von NRW eine Einigung in Verhandlungen nahe legte, wie sie dann letztlich ja auch in Verhandlungen – wenngleich durch die unverhohlene Drohung der IG Metall mit einem Streik in Baden-Württemberg – erreicht wurde. Es ist bestimmt falsch, von einem „Verrat" durch den IGM-Vorstand zu reden. Sicher war er von Anfang an auf einen Kompromiß unterhalb der Preissteigerungsrate aus. Die Kapitalisten sind aber mit ganz anderen Absichten, der Bindung der Lohnerhöhung an die Produktivitätssteigerung von 2,5%, in die Auseinandersetzungen hineingegangen. Mit der Taktik des IGM-Vorstandes, den Aktionen der „neuen Beweglichkeit" unterhalb von Urabstimmung und Streik, ist es gelungen, diese Absicht zunichte zu machen. Das hat die Position des IGM-Vorstandes innerhalb der IG Metall eher gestärkt. Andererseits entsprach der erreichte Kompromiß nicht nur den Vorstellungen des IGM-Vorstandes, sondern deckte sich mit dem, was die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder für erreichbar ansahen. Die Gewerkschaft ist demokratisch aufgebaut und im besonderen boten die Aktionen der „neuen Beweglichkeit" den Belegschaften erhebliche Möglichkeiten, einen weitgehenden Einfluß auf die Tarifbewegung zu nehmen, so daß man im Nachherein feststellen kann, daß die Einheit, die sich herausgebildet hat, die Einheit hinter dem IGM-Vorstand und dem Abschluß war.

3. Was den Vorwurf einer schwankenden Taktik unserer Agitation betrifft, die den KBW unglaubwürdig macht, so meine ich, daß eher eine unflexible Taktik (etwa das Festhalten an dem „volle Durchsetzung der ...") die kommunistischen Gewerkschafter unglaubwürdig macht. Damit kann man vielleicht einen Bonus der Unbeflecktheit erhalten, ausrichten kann man dadurch aber nichts. In unserer Agitation haben wir bis zum Abschluß lange an dem Ziel der Verteidigung des Reallohnes festgehalten und, als dies nicht mehr zum Ziel der realen Bewegung werden konnte, bis zuletzt an der Notwendigkeit einer tariflichen Erhöhung der Mindestlöhne festgehalten. Das war richtig.

4. Ein Gewinn der Tarifbewegung war unzweifelhaft, daß es gelungen ist, in einer bis dahin nicht bekannten Breite die Metallbelegschaften in Kampfaktionen gegen die Kapitalisten zu führen. Das sind Erfahrungen und neue Kräfte für die kommenden Auseinandersetzungen. Zum anderen hat sich die Metallgewerkschaft den Interessen der Metallkapitalisten nicht unterworfen – weder mit dem Abschluß, noch mit den politischen Positionen, die innerhalb der Tarifbewegung eingenommen worden sind. Die Metallgewerkschaft hat sich in dieser Tarifauseinandersetzung als selbständige Kraft behauptet, wenngleich es nicht gelungen ist, die wirtschaftliche Position der Lohnabhängigen zu behaupten.

5. Der Reformismus innerhalb der Gewerkschaften ist in einer Krise. Spätestens seit den Koalitionsvereinbarungen von SPD/FDP im letzten November ist klar, daß politische Reformen für die Arbeiterklasse sich über den Einfluß auf die SPD nicht mehr durchsetzen lassen, ja, daß diese Regierung an den Abbau schon erreichter Positionen der Gewerkschafts-und Arbeiterbewegung geht, wie etwa bei der Montan-Mitbestimmung. Zweitens hat die kapitalistische Akkumulation den Punkt erreicht, wo sich nicht nur die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse gegenüber der Kapitalistenklasse relativ verschlechtert, sondern zunehmend auch absolut. Wesentlichster Ausdruck davon ist die Schaffung einer industriellen Reservearmee in Millionenhöhe. Damit haben sich die Bedingungen für Erfolge der Gewerkschaften im wirtschaftlichen Kampf wesentlich verschlechtert. Alle Erscheinungen, die dafür sprachen, daß die Interessen der Arbeiter innerhalb des Kapitalismus verträglich seien mit denen der Kapitalisten, werden Schritt für Schritt untergraben. Alle früheren Erklärungsmodelle für das Scheitern des reformistischen dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus – etwa daß die Arbeiterbewegung durch die Kommunisten gespalten war – treffen für Westdeutschland nicht zu.

Die Unverträglichkeit der Interessen der Kapitalisten mit denen der Arbeiter wird praktisch zunehmend erfahrbar werden und dieser Bruch mit der Sozialpartnerschaft muß wissenschaftlich gestützt werden, um die sich herausbildenden selbständigen antikapitalistischen und sozialistischen Strömungen zu unterstützen.

6. Die Kapitalistenklasse ihrerseits wird zielstrebig alles tun, um die Gesetze der freien Marktwirtschaft, von Angebot und Nachfrage gegenüber der Arbeiterklasse, voll zur Entfaltung zu bringen. Die Angriffe auf die Effektivlöhne und die Arbeitsbedingungen werden zunehmen, wie gleichzeitig alle Rechte, die die Konkurrenz der Arbeiter untereinander einschränken – die Sozialversicherungen, die verschiedenen staatlichen Hilfen, die Arbeitsgesetzgebung – gesprengt werden sollen. Mit dem Haushaltsentwurf für 1982 ist ein gesetzlicher Einschnitt in diese Positionen bereits angekündigt.

Die Auswirkungen der Krise werden Abwehrkämpfe der Belegschaften gegen Stillegungen, Entlassungen und Rationalisierungen erfordern. In all diesen Kämpfen wird es aber schwer sein, die Zersplitterung und Spaltungsversuche zu verhindern und zu einer einheitlichen Front der Gewerkschaften gegenüber der Kapitalistenklasse und dem bürgerlichen Staat zu gelangen. Auf welchen Punkt kann und sollte sich die Gewerkschaftsbewegung konzentrieren, um durch einen Erfolg an einer Stelle die vielfältigen Angriffe der Kapitalistenklasse auf ihre Positionen einzuschränken und so soweit wie möglich zu konterkarieren?

7. Die vergangenen Gewerkschaftstage hatten alle eins gemeinsam: die Einheitlichkeit darin, daß es gilt, mit Auslaufen der Manteltarifverträge in den wichtigsten Industrien Ende 1983 die schrittweise Verkürzung der 40-Stunden-Woche auf 35 Stunden durchzusetzen. Innerhalb der Tarifbewegung Metall hat das Argument eine Rolle gespielt, daß man die Streikkasse schonen wolle, für die großen Auseinandersetzungen insbesondere um die 35-Stunden-Woche 1983. In der Druckgewerkschaft hat Mahlein in einem lesenswerten Aufsatz (Druck und Papier 2/81) den Kampf um die 35-Stunden-Woche als *die* Forderung entwickelt, um einerseits den vielfältigen Angriffen der Kapitalistenklassen nicht an einer zersplitterten vielfältigen Front, sondern an *einer* und durch die Vereinheitlichung *aller* Einzelgewerkschaften entgegenzutreten. Als Schranken der gegenwärtigen Kämpfe führt er an: „So gelingt es (den Unternehmern) immer wieder, die Forderungen einer Gewerkschaft oder einer Beschäftigtengruppe als Verletzung der Interessen anderer Arbeitnehmer hinzustellen und damit auch nicht immer erfolglos zu bleiben. Jüngstes Beispiel war der Streik der Postler, der angeblich auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung geführt wurde ... Wie andererseits eine Zersplitterung unserer Kräfte in Auseinandersetzung an verschiedenen Fronten – ohne integrierende Strategie – die Durchsetzungskraft schwächen muß ... Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung bedeuten, daß der Strategie der Unternehmer an den wichtigsten Punkten eine gewerkschaftliche Alternative entgegengestellt wird, denn – sie wirken einerseits dem Verschleiß der Arbeitskraft entgegen, – sie sind ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der Dauerarbeitslosigkeit, – und sie bilden, als vermehrte Freizeit, qualitativ eine Verbesserung des Lebensniveaus." Sein Vorschlag läuft darauf hinaus, bereits jetzt mit der Einleitung einer politischen Kampagne der Gewerkschaften zu beginnen, um die Voraussetzungen für den Kampf 1983 zu schaffen: „Ziel sollte eine längerfristig angelegte breite Aktion der gesamten Gewerkschaftsbewegung sein, wie sie in den fünfziger Jahren für die Fünf-Tage-Woche unter dem gemeinsamen Motto: ‚Samstags gehört Vati mir', zustande gebracht wurde."

Die diesjährigen Erfahrungen der Tarifauseinandersetzung um den Lohn in der Metallindustrie, wie aber auch die historischen Erfahrungen mit dem wirtschaftlichen Kampf in Krisenzeiten, scheinen dafür zu sprechen, daß der Lohnkampf nicht einfach der Konzentrationspunkt des wirtschaftlichen Kampfes in den nächsten Jahren sein kann, an dem die Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterbewegung der Kapitalistenklasse eine *Schlacht* liefert, um ihre sozialen Interessen zu behaupten. Vieles spricht für eine Konzentration auf den Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche als die wesentliche Aufgabe, wo man sich nach besten Kräften seiner Haut erwehren wird, aber entscheidendes nicht wird vollbringen können.

Bilanz des Tarif
einfach ein Streik um die Sicherung des Reallohnes gewesen, er wäre vom Charakter her die Aufkündigung von zwanzig Jahren Sozialpartnerschaft und die offene Kampfansage an die Kapitalistenklassen wie die Regierung geworden. Ein solcher Streik hätte weder einfach die Unterstützung durch die anderen Einzelgewerkschaften gehabt, noch einfach die Sympathie der Bevölkerung. Bereits bei der Aufstellung der Lohnforderung, wie auch während der Streikbewegung der IG Metall, hat sich gezeigt, daß andere Einzelgewerkschaften einen anderen Kurs verfolgten (am deutlichsten der Abschluß von 4% Anfang März in der Bauindustrie, just zum Zeitpunkt, wo die IG Metall die Aktionen der neuen Beweglichkeit auszuweiten begann). Wenngleich die Widersprüche zwischen den Einzelgewerkschaften sich aufgrund unterschiedlicher Bedingungen und Erfahrungen innerhalb der einzelnen Branchen entwickeln, existieren diese Widersprüche doch zugleich auch innerhalb der einzelnen Gewerkschaften. Daß bereits im letzten Jahr der Reallohn gesunken ist und in diesem Jahr weiter sinken wird, ist eine Erfahrung, die nicht umgekehrt zugleich beinhaltet, daß all die Erscheinungen, die in den letzten zwanzig Jah-
den Fall hat sich demgegenüber keine Front für die Verteidigung des Reallohnes entwickelt, diese 4,9% sind nicht in Bausch und Bogen abgelehnt worden. Andererseits war in der Streikbewegung ein Stück weit die Luft raus, weil der Widerspruch zwischen dem damaligen Angebot der Kapitalisten und dieser reduzierten Forderung von NRW eine Einigung in Verhandlungen nahe legte, wie sie dann letztlich ja auch in Verhandlungen – wenngleich durch die unverhohlene Drohung der IG Metall mit einem Streik in Baden-Württemberg – erreicht wurde. Es ist bestimmt falsch, von einem „Verrat" durch den IGM-Vorstand zu reden. Sicher war er von Anfang an auf einen Kompromiß unterhalb der Preissteigerungsrate aus. Die Kapitalisten sind aber mit ganz anderen Absichten, der Bindung der Lohnerhöhung an die Produktivitätssteigerung von 2,5%, in die Auseinandersetzungen hineingegangen. Mit der Taktik des IGM-Vorstandes, den Aktionen der „neuen Beweglichkeit" unterhalb von Urabstimmung und Streik, ist es gelungen, diese Absicht zunichte zu machen. Das hat die Position des IGM-Vorstandes innerhalb der IG Metall eher gestärkt. Andererseits entsprach der erreichte Kompromiß nicht
gehend gefordert. Der Autor selber hat
unzweifelhaft, daß es gelungen ist, in einer bis dahin nicht bekannten Breite die Metallbelegschaften in Kampfaktionen gegen die Kapitalisten zu führen. Das sind Erfahrungen und neue Kräfte für die kommenden Auseinandersetzungen. Zum anderen hat sich die Metallgewerkschaft den Interessen der Metallkapitalisten nicht unterworfen – weder mit dem Abschluß, noch mit den politischen Positionen, die innerhalb der Tarifbewegung eingenommen worden sind. Die Metallgewerkschaft hat sich in dieser Tarifauseinandersetzung als selbständige Kraft behauptet, wenngleich es nicht gelungen ist, die wirtschaftliche Position der Lohnabhängigen zu behaupten.
5. Der Reformismus innerhalb der Gewerkschaften ist in einer Krise. Spätestens seit den Koalitionsvereinbarungen von SPD/FDP im letzten November ist klar, daß politische Reformen für die Arbeiterklasse sich über den Einfluß auf die SPD nicht mehr durchsetzen lassen, ja, daß diese Regierung an den Abbau schon erreichter Positionen der Gewerkschafts-und Arbeiterbewegung geht, wie etwa bei der Montan-Mitbestimmung. Zweitens hat die kapitalistische Akkumulation den Punkt erreicht, wo sich nicht nur die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse
oder ähnliches, sondern an dem Bei-
gen. Die Angriffe auf die Effektivlöhne und die Arbeitsbedingungen werden zunehmen, wie gleichzeitig alle Rechte, die die Konkurrenz der Arbeiter untereinander einschränken – die Sozialversicherungen, die verschiedenen staatlichen Hilfen, die Arbeitsgesetzgebung – gesprengt werden sollen. Mit dem Haushaltsentwurf für 1982 ist ein gesetzlicher Einschnitt in diese Positionen bereits angekündigt.
Die Auswirkungen der Krise werden Abwehrkämpfe der Belegschaften gegen Stillegungen, Entlassungen und Rationalisierungen erfordern. In all diesen Kämpfen wird es aber schwer sein, die Zersplitterung und Spaltungsversuche zu verhindern und zu einer einheitlichen Front der Gewerkschaften gegenüber der Kapitalistenklasse und dem bürgerlichen Staat zu gelangen. Auf welchen Punkt kann und sollte sich die Gewerkschaftsbewegung konzentrieren, um durch einen Erfolg an einer Stelle die vielfältigen Angriffe der Kapitalistenklasse auf ihre Positionen einzuschränken und so soweit wie möglich zu konterkarieren?
7. Die vergangenen Gewerkschaftstage hatten alle eins gemeinsam: die Einheitlichkeit darin, daß es gilt, mit Auslaufen der Manteltarifverträge in den wichtigsten Industrien Ende 1983 die
auch zum Ausgleich der unbezahlten
zeit, qualitativ eine Verbesserung des Lebensniveaus." Sein Vorschlag läuft darauf hinaus, bereits jetzt mit der Einleitung einer politischen Kampagne der Gewerkschaften zu beginnen, um die Voraussetzungen für den Kampf 1983 zu schaffen: „Ziel sollte eine längerfristig angelegte breite Aktion der gesamten Gewerkschaftsbewegung sein, wie sie in den fünfziger Jahren für die Fünf-Tage-Woche unter dem gemeinsamen Motto: ‚Samstags gehört Vati mir', zustande gebracht wurde."
Die diesjährigen Erfahrungen der Tarifauseinandersetzung um den Lohn in der Metallindustrie, wie aber auch die historischen Erfahrungen mit dem wirtschaftlichen Kampf in Krisenzeiten, scheinen dafür zu sprechen, daß der Lohnkampf nicht einfach der Konzentrationspunkt des wirtschaftlichen Kampfes in den nächsten Jahren sein kann, an dem die Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterbewegung der Kapitalistenklasse eine Schlacht liefert, um ihre sozialen Interessen zu behaupten. Vieles spricht für eine Konzentration auf den Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche als die wesentliche Aufgabe, wo man sich nach besten Kräften seiner Haut erwehren wird, aber entscheidendes nicht wird vollbringen können.

Bilanz des Tarifabschlusses in der Metallindustrie

Zwei Kritiken an dem Artikel „1. Mai – wo stehen die Gewerkschaften?"

In dem Artikel schreibt der Autor: „Kurz vor dem 1. Mai gelang es der IG Metall für Baden-Württemberg, die Metallkapitalisten dieses Landes aus der Front von Gesamtmetall herauszubrechen und eine Lohnerhöhung durchzusetzen, die dafür, daß sie ohne Flächenstreik erreicht wurde, so schlecht nicht ist ..." Was soll nun eigentlich dieser Satz aussagen? Hat die IG Metall in Baden-Württemberg damit einen Erfolg erzielt, daß sie dort einen Abschluß herstellt, der wenn man an allen Ecken und Kanten nach was Positivem sucht, letztlich auch noch positiv gefunden werden kann?

Wenn man den dortigen Abschluß unter *dem* Gesichtspunkt betrachtet, daß es bisher kein höchstes Angebot war, so kann man z.B. von einem Erfolg sprechen. Man kann es auch als Erfolg ansehen, daß *überhaupt* ein Abschluß zustande kam (dazu noch ohne Flächenstreik). Ich denke aber, daß man den Abschluß unter dem Gesichtspunkt betrachten muß, was er darstellt: Eine Niederlage der Ziele, wie sie sich die IG Metall am Anfang des Tarifkampfes festgelegt hat: nämlich die Verteidigung des Reallohnes. Daran ändert auch nichts, wenn die Presse „einhellig" von einem Sieg der Gewerkschaft spricht. Tatsache ist, daß die Kapitalisten ihr Ziel durchsetzen konnten, die Löhne und Gehälter unter der Teuerungs- und Inflationsrate zu halten.

Weiter schreibt der Autor: „Die IG Metall hat den Flächenstreik nicht auszurufen brauchen, weil sie bereit war, ihn zu führen." Soll das ein Witz sein? Damit sagt der Autor nichts anderes, daß es ab dem Angebot in Baden-Württemberg nicht mehr nötig war, zu streiken. Vielleicht, weil das Angebot so hoch war, daß jeder damit zufrieden sein kann? Wenn die IGM wirklich bereit war, einen Streik durchzuführen, dann hätte die Urabstimmung gerade *vor* Baden-Württemberg stattfinden müssen, in einer Situation, in der *offensichtlich* alle Verhandlungen als gescheitert betrachtet werden konnten. Wenn man von der Kampfkraft und Bereitschaft in den Betrieben ausgeht, denke ich, daß die Bereitschaft vorhanden war, einen Streik durchzuführen. Allerdings glaube ich, daß gerade hier die IGM-Spitze der Hemmschuh war, der den Streik trotz vielerlei Phrasen eigentlich nicht ernstlich vorhatte. Bedenkt man, daß über 1,5 Mio. Arbeiter und Angestellte im Warnstreik standen, was fast die gesamte Mitgliedschaft in der IGM ausmacht, so waren die Bedingungen, die Urabstimmung positiv durchzuführen mehr als günstig, ja es wurde, so weit ich das beurteilen kann in den Betrieben auch weitgehend gefordert. Der Autor selber hat in früheren Artikeln mehrmals auf die Notwendigkeit eines Streiks hingewiesen, um einen Tarifabschluß zu erreichen, der zumindest keine Reallohnsenkung beinhaltet. Denn gerade die Erreichung dieses Ziels wäre unbedingt bedeutsam gewesen, allein schon, um in den nächsten Jahren mit gestärktem Rücken in neue Verhandlungen einzusteigen, die nicht nur Fragen des Lohnes betreffen. In dieser Situation muß der Abschluß in Baden-Württemberg als ein Zurückzerren der Arbeiterbewegung betrachtet werden, der sich nicht nur finanziell auswirkt, sondern die Arbeiterbewegung punktuell stärker Konservativem und Sozialdemokratismus unterwirft, z.B. in der Frage der wirtschaftlichen Lage, der Sozialpartnerschaftsideologie usw..

Gerade darin besteht ein Mangel, daß der Autor in seinem Artikel an der Stelle, an der eigentlich die Hintergründe für diesen Tarifabschluß, in der sich sozialdemokratische Beschränktheit und deren ideologische Auswüchse widerspiegeln, nicht angeprangert und widerlegt werden. Stattdessen wird davon gefaselt, daß „... trotz eines erfolgreichen Kampfes, die Lohnerhöhung am Ende des Jahres die Preissteigerungen nicht ausgleichen wird, hat andere Ursachen, tiefere". Jetzt kommt die Erklärung für die tiefere Ursache, nämlich zusammengefaßt und auf den Nenner gebracht, daß es in der jetzigen Lage halt schwierig ist, mehr rauszuholen! So einfach ist das! Ich denke, daß Kommunisten einfach mehr dazu sagen müssen, als daß die Lage wirklich nicht sehr rosig ist. Es geht hier nicht darum, der Gewerkschaftsführung ans Bein zu pinkeln oder ähnliches, sondern an dem Beispiel dieser Tarifrunde Fesseln der Arbeiterklasse aufzuzeigen und zu sprengen helfen. Das kann in diesem Fall nicht unter dem Schlagwort Arbeitereinheitsfront abgetan werden, daß so lange die IGM mit Streik droht, die KVZ „radikal" den Streik propagiert und sobald die IGM die Streikdrohung ad acta legt, die KVZ hemmungslos in Gewerkschaftsflugblättern abschreibt und ebenfalls den „Beinahestreik" in seinen Aktenordnern verschwinden läßt. Wie gesagt, der IGM aufs Maul geschaut ...

Zelle Fechenheim, Frankfurt

***

1. Das Ergebnis wird als 6% für die unteren Lohngruppen dargestellt und das ist auch alles, was zu den unteren Lohngruppen gesagt wird. Das ist u.E. ein Schlag ins Gesicht der Arbeiter und Angestellten in der Metallindustrie, die für die wirksame Anhebung und gegen weitere Absenkung der unteren Lohngruppen kämpfen, so daß Tarifkommissionen Mindestforderungen aufstellten, und das nicht erst in diesem Tarifkampf. Die Mindestforderung soll eine *Schranke* nach unten ziehen und dieses Ziel wurde *nicht* erreicht, das ist eine Niederlage und *nicht* „so schlecht nicht". Mit 6% zu argumentieren ist Augenwischerei, sind das doch nicht 6% tariflich, sondern 4,9% und diese 4,9% sind die Basis, auf die nächstes Jahr die Lohnerhöhung kommt. Ganz abgesehen davon werden die 2 mal 160 DM von der KVZ ja auch zum Ausgleich der unbezahlten Warnstreiks verwandt, man könnte weiter noch die Überstunden und das Urlaubsgeld von Februar – April nennen.

(...)

3. Das Hin und Her in den Stellungnahmen und der Taktik des KBW macht die Politik des KBW zum Tarifkampf unglaubwürdig.

Hieß es in der Flugblattreihe im März noch „am Ziel, den Reallohn zu verteidigen, muß festgehalten werden", im April, daß es jetzt darum gehe, die Preissteigerungsrate zu erreichen, wird dann zuletzt der 4,9%-Abschluß als Erfolg gepriesen. Kam längere Zeit nichts zu der Mindestforderung und den unteren Lohngruppen, hieß es im April, daß es sich lohne für die Durchsetzung der Mindestforderung zu streiken, wird dann in der „Bilanz" der Abschluß für die unteren Lohngruppen weder untersucht noch kritisiert, im Gegenteil verfälschend dargestellt und prima gefunden (S.1).

Es bringt auch keinen Schritt weiter für die Tarifkämpfe dieses Jahr und die nächsten, wenn scheinobjektiv festgestellt wird, daß in Krisenzeiten das Kapital mittels wachsender Arbeitskräftereserve die Löhne drückt. Es ist gewiß notwendig, die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus zu untersuchen und Klarheit darüber zu verbreiten, aber wenn dies dazu führt, daß die konkrete Analyse der konkreten Situation nicht richtig geleistet wird, kann man sich die theoretischen Erkenntnisse an den Hut stecken.

Zelle Schwäbisch Hall

Unruhe und Frontbildung in der Bundeswehr

acm. Die letzte Studie über die Lage in der Bundeswehr hatte die „Welt“ am letzten Wochenende in Umlauf gebracht. Die Stimmung in der Truppe sei „verheerend“. Insbesondere herrsche im Offiziers- und Unteroffizierskorps eine „gereizte und pessimistische Stimmung“. Viele Soldaten beklagten sich über „Gammeldienst“ und forderten Dienstzeitverkürzung. Krach gebe es um die heimatferne Stationierung und Unteroffiziere beklagen sich, daß der „Verdienst nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zur Leistung steht“. Besonders schlecht sei die Moral im Offizierskorps. Mehr als die Hälfte der Befragten wolle nur „auf Kosten der Bundeswehr sorgenfrei studieren“ und seien an den Belangen der Bundeswehr nicht interessiert.

Ebenso wie die vorstehende Studie haben auch Umfragen unter Vertrauensleuten und letztendlich der Bericht des Wehrbeauftragten die Unruhe in der Bundeswehr offengelegt. Vor allem war durch die Presse die „Hackordnung in der Bundeswehr“ gegeistert. Unter dem Punkt „Schutz der Grundrechte – Mißhandlungen“ hatte Berkhan ausgeführt: „Die Darstellung meiner Erkenntnisse hierzu beschränke ich in diesem Bericht auf Mißhandlungen von Mannschaftsdienstgraden untereinander, die alle zugleich schwerwiegende Verstöße gegen die Kameradschaft sind.“ Anschließend führt er drastische Beispiele von Auseinandersetzungen unter den Wehrpflichtigen an. Bei den Beispielen lugt aber durch die einfache Schilderung immer folgendes hindurch: Die Ausschreitungen untereinander sind fast immer Folge der besonderen Methoden von Befehl und Gehorsam, von Kollektivstrafe und Verächtlichmachung Einzelner – insbesondere durch die Einwirkung Vorgesetzter. Da ist der Fall eines „unordentlichen“ Soldaten, der durch sein Verhalten die gesamte Stube in „Miskredit“ bringt und wo sich alle kollektiver Bestrafung ausgesetzt sehen. Dementsprechend wird die Wut an dem Einzelnen ausgelassen. Und das ist ja die Art „Kameradschaft“, die bei der Schikane und Erniedrigung, gerade in der Grundausbildung, herauskommt. So ist in Wahrheit die „Hackordnung“ das Ergebnis von Unterdrückungstätigkeit. Und daß auch teilweise der Ritus des „Tageabreißens“, gewachsen auf dem Haß gegen die tagtägliche Schikane beim Bund, in Gehässigkeiten gegen „Rotärsche“ (frisch eingezogene Rekruten) umschlägt, kann niemanden wundern.

Das Leben beim Bund ist „Subkultur“ und bringt extreme Formen – einerseits oft engen Zusammenhalt gegenüber oben, aber auch Spaltung – hervor. Nirgendwo sonst in der Gesellschaft ist die zwanghafte Kasernierung, Trennung von anderen Lebensbereichen, Leben auf engstem Raum unter erniedrigenden Bedingungen so ausgeprägt – außer noch in den Gefängnissen.

Die beschriebenen Zustände sind an sich nicht neu, neu ist nur der Grad der Steigerung dieser Widersprüche und auch die zunehmende Entwicklung der Unzufriedenheit im Offiziers- und Unteroffizierskorps. Hier haben auch die Zugeständnisse an die Kämpfe der Soldaten in der Vergangenheit nicht mehr eine Befriedung der Lage gebracht. So weist Berkhan darauf hin, daß die „Verpflichtung zum Wohnen in der Gemeinschaftsunterkunft“ immer mehr aufgeweicht würde und in Zukunft die Bestimmungen dafür wieder verschärft werden müßten. Er legt dar, daß der Erlaß, der den Dienstausgleich in einigen Einheiten vorsah, im Zentrum der Auseinandersetzung stünde, weil er bislang nur wenige Einheiten umfasse und zig Einheiten die Ausweitung dieses Erlasses verlangen. Der Kampf um Dienstausgleich hat die Bundeswehrführung im allgemeinen, quer durch alle Dienstränge, unter Druck gebracht. Diese Entwicklung geht auch voran mit einer verstärkten gewerkschaftlichen Organisierung der Zeit- und Berufssoldaten. Und der Versuch der Führung, in Zukunft die Vertrauensleute als Vermittler anzubinden, wird auch von der ÖTV angegriffen, die die Rechte der Wehrpflichtigen hier verteidigt sehen will und eine Ausweitung der Rechte verlangt.

Insgesamt scheint die Führung in einer Defensive zu stecken, aus der sie nicht so leicht rauskommen muß. Dazu trägt auch die zunehmende Kriegsgefahr bei, die jedem Soldaten die Frage vor Augen hält: kämpfen für die US-Imperialisten und im Interesse des Weltherrschaftsstrebens zweier Supermächte? Und dies im Zusammenhang mit der eingangs zitierten Stimmung gestellt ist festzustellen: Statt der Entwicklung der „Klassenspaltung“ in der Armee – die meines Erachtens immer Gefahren birgt – zeichnet sich unter den genannten Bedingungen eine zunehmende Frontbildung der verschiedensten Dienstgrade ab. Eine solche Situation vermindert die Gefahren für die Arbeiterbewegung und erhöht ihre Bewegungsfreiheit

Dienstzeiten in den Armeen der NATO

In einer Antwort auf eine Parlamentarische Anfrage hat am 5. Mai der Staatssekretär eine Darstellung der Dienstzeitbelastung in den NATO-Armeen vorgetragen:

„Die amerikanischen Streitkräfte kennen grundsätzlich keine feste Dienstzeitregelung ... Soweit die tatsächlichen Dienstzeiten in Teilbereichen ... als Dauerbelastung von der Norm abweichen, wird für die Mehrbelastung Freizeitausgleich gewährt.

Die belgischen Streitkräfte kennen zwar keine gesetzliche Dienstzeitregelung, gemäß Weisung ... gilt die 40-Stunden-Woche ... jedoch als eingeführt. Ausgenommen sind Wehrpflichtige und Offiziere, Soldaten in der Ausbildung, in Stäben und im Ausland sowie Personal an Bord von Schiffen. Für auftragsbedingte „Überstunden“ wird Freizeitausgleich gewährt, für bestimmte Dienste (Wache, Übungen) eine pauschale finanzielle Abfindung.

Die Dienstzeit der dänischen Streitkräfte ist auf 40 Wochenstunden begrenzt. Mehrbelastungen werden durch pauschalisierte Zulagen und Freizeitausgleich abgegolten.

Die englischen Streitkräfte kennen weder eine Dienstzeitregelung noch finanzielle oder sonstige Ausgleichsregelungen für hohe Dienstzeitbelastungen.

Die Dienstzeit der griechischen Streitkräfte ist in der Sommerzeit auf täglich 6 Std., in der Winterzeit auf täglich 6½ Std. festgelegt. Bei auftragsbedingter Mehrbelastung wird kein Ausgleich gewährt.

In den italienischen Streitkräften ist die Dienstzeit für „leitendes“ Personal (ab Oberst) auf 46, im übrigen auf 36 Wochenstunden begrenzt. Ausgleichsregelungen für Mehrbelastungen sind in den italienischen Streitkräften nicht bekannt.

Die Dienstzeit der niederländischen und norwegischen Streitkräfte ist auf 40 Wochenstunden begrenzt. Für Mehrbelastungen wird ein finanzieller oder zeitlicher Ausgleich gewährt ... Norwegische Wehrpflichtige erhalten grundsätzlich nur einen Freizeitausgleich.

Auch bei der türkischen Armee ist die Dienstzeit auf 40 Wochenstunden festgelegt. Für auftragsbedingte Mehrbelastungen kennt die türkische Armee allerdings nur den Freizeitausgleich im unmittelbaren Anschluß an die geleistete höhere Dienstzeit.“

„Im Falle eines Falles schließt Grolle wirklich alles“

15000 Schüler fordern kleinere Klassen und Einstellung aller Lehrer

cld.Hamburg. Unmittelbarer Anlaß für den Schülerstreik und die Demonstration von 15000 Schülern am letzten Freitag in Hamburg waren die Pläne des Hamburger Senats an ca. 50 Schulen in Hamburg ab 1. August 81 keine 5. bzw. 7. Klassen einzurichten. Mit diesen „Strukturverändernden Maßnahmen“ sollen die Schulschließungen von über 100 Schulen in Hamburg vorbereitet werden. In einem Schulentwicklungsplan hatte die Schulbehörde im Herbst letzten Jahres diese Schulschließungen bis 1990 vorgesehen. Der Grund für die Schulschließungen sollte die Abnahme der Schülerzahlen sein. Im Februar dieses Jahres hatte es schon einmal einen Schulstreik und eine große Demonstration der Schüler gegeben (siehe KVZ 11/81, S.12). 600 Einsprüche gegen den Schulentwicklungsplan von Gremien der Eltern, Schüler und Lehrer waren an die Schulbehörde gegangen. Damals hieß es noch, daß alle Einwände beachtet würden und die Schulbehörde im Herbst dieses Jahres einen überarbeiteten Entwurf des Schulentwicklungsplanes vorlegen würde. Stattdessen kamen im März die „Strukturverändernden Maßnahmen“ heraus, die die Schulschließungen faktisch vorbereiten sollten.

An vielen der betroffenen Schulen kam es zu Aktionen der Eltern und Schüler. Im Süderelberaum (Neugraben, Harburg und Wilhelmsburg) kam es zu verhältnismäßig großen Demonstrationen von über 1000 Eltern, Schülern und Lehrern. An einer Schule wurde auf dem Schulgelände ein Zeltlager aufgebaut. In Harburg mauerten erboste Eltern den Eingang des Rathauses zu. An einem Gymnasium in Wilhelmsburg, das geschlossen werden soll und an dem viele ausländische Schüler sind, wurden Transparente in deutscher und türkischer Sprache ausgehängt. Auf einer anderen Schule wehte am Freitag eine schwarze Fahne auf Halbmast. Ein Transparent in den Fenstern lautete: „Im Falle eines Falles schließt Grolle wirklich alles.“ Grolle ist der Hamburger Schulsenator, der den Protesten der Eltern und Schüler entgegenhielt, daß die Eltern nur das Recht hätten, über die Schulform, die ihre Kinder besuchten, zu entscheiden, alles andere sei Aufgabe und Recht der Schulbehörde. Alleine im Süderelberaum wurden über 50000 Unterschriften gegen die Schulschließungen gesammelt. In Hamburg wurde eine Schule besetzt und mehrere Schulen bestreikt.

Vom Senat und Grolle werden die Schulschließungen mit abnehmenden Schülerzahlen begründet. Dagegen fordern die Eltern, Lehrer und Schüler, die z.T. die Falschheit dieser Zahlen nachgewiesen haben, daß sinkende Schülerzahlen der Verbesserung der materiellen Situation der Schulen dienen müssen, als Voraussetzung für die Verbesserung der schulischen Ausbildungen.

Die Schülerkammer fordert in ihrem Aufruf:

- Keine Klasse über 25 Schüler(innen)!
- Beseitigung des Unterrichtsausfalls!
- Einstellung aller arbeitslosen Lehrer!
- Keine Schulschließungen gegen den Willen der Betroffenen!

Grolle und der Senat wollen die sinkenden Schülerzahlen nutzen, um Einsparungen im allgemeinbildenden Schulwesen vorzunehmen.

Für die betroffenen Eltern und Schüler bedeuten die Schulschließungen, daß die Lage an den Schulen sich nicht verändern, sondern verschlechtern wird. In Langenhorn soll eine Hauptschule die Schüler von drei zu schließenden Schulen aufnehmen. Schon heute gibt es hier drei Klassen mit über 35 Schülern. Die Schulschließungen bedeuten, daß verlängerte Schulwege bis zu 1 ⅓ Stunden in Kauf genommen werden sollen. Sie bedeuten weiter, daß die Schüler während ihrer Schullaufbahn häufig die Schulen wechseln müssen, da viele Schulen nur noch als Grund-, Haupt- oder Realschulen geführt werden sollen.

Die geplanten Verschlechterungen der Ausbildung stoßen auf zunehmenden Widerstand. Die Schüler wurden bei ihrem jetzigen Schulstreik und bei ihrer Demonstration von der DGB-Jugend und der GEW unterstützt.

chw.Bremen. Wissenschaftssenator Frankes „Neuanfang“ der Bremer Universität, den er im November 1980 in seinem 8-Punkte-Programm grob umrissen hatte, offenbart sich den Bremer Hochschulangehörigen nun in

Bremer Senat will Umorientierung der Universität

Ablehnung der Senatspläne durch Studenten und Beschäftigte / gemeinsame Aktionen geplant

Fachbereiche (10%) und des Bibliotheksetats), Essenspreiserhöhungen um 50 Pf., wofür es längere Warteschlangen durch Schließung einer Essensausgabe (vorher 3) und 2 Cafeterien (vorher 4) gibt. Die Universität

gende Verstöße gegen die Kameradschaft sind.“ Anschließend führt er drastische Beispiele von Auseinandersetzungen unter den Wehrpflichtigen an. Bei den Beispielen lugt aber durch die einfache Schilderung immer folgendes hindurch: Die Ausschreitungen untereinander sind fast immer Folge der besonderen Methoden von Befehl und Gehorsam, von Kollektivstrafe und Verächtlichmachung Einzelner – insbesondere durch die Einwirkung Vorgesetzter. Da ist der Fall eines „unordentlichen“ Soldaten, der durch sein Verhalten die gesamte Stube in „Miskredit“ bringt und wo sich alle kollektiver Bestrafung ausgesetzt sehen. Dementsprechend wird die Wut an dem Einzelnen ausgelassen. Und das ist ja die Art „Kameradschaft“, die bei der Schikane und Erniedrigung, gerade in der Grundausbildung, herauskommt. So ist in Wahrheit die „Hackordnung“ das Ergebnis von Unterdrückungstätigkeit. Und daß auch teilweise der Ritus des „Tageabreißens“, gewachsen auf dem Haß gegen die tagtägliche Schikane beim Bund, in Gehässigkeiten gegen „Rotärsche“ (frisch eingezogene Rekruten) umschlägt, kann niemanden wundern.

quer durch alle Dienstränge, unter Druck gebracht. Diese Entwicklung geht auch voran mit einer verstärkten gewerkschaftlichen Organisierung der Zeit- und Berufssoldaten. Und der Versuch der Führung, in Zukunft die Vertrauensleute als Vermittler anzubinden, wird auch von der ÖTV angegriffen, die die Rechte der Wehrpflichtigen hier verteidigt sehen will und eine Ausweitung der Rechte verlangt.

Insgesamt scheint die Führung in einer Defensive zu stecken, aus der sie nicht so leicht rauskommen muß. Dazu trägt auch die zunehmende Kriegsgefahr bei, die jedem Soldaten die Frage vor Augen hält: kämpfen für die US-Imperialisten und im Interesse des Weltherrschaftsstrebens zweier Supermächte? Und dies im Zusammenhang mit der eingangs zitierten Stimmung gestellt ist festzustellen: Statt der Entwicklung der „Klassenspaltung“ in der Armee – die meines Erachtens immer Gefahren birgt – zeichnet sich unter den genannten Bedingungen eine zunehmende Frontbildung der verschiedensten Dienstgrade ab. Eine solche Situation vermindert die Gefahren für die Arbeiterbewegung und erhöht ihre Bewegungsfreiheit

diesen „Strukturverändernden Maßnahmen“ sollen die Schulschließungen von über 100 Schulen in Hamburg vorbereitet werden. In einem Schulentwicklungsplan hatte die Schulbehörde im Herbst letzten Jahres diese Schulschließungen bis 1990 vorgesehen. Der Grund für die Schulschließungen sollte die Abnahme der Schülerzahlen sein. Im Februar dieses Jahres hatte es schon einmal einen Schulstreik und eine große Demonstration der Schüler gegeben (siehe KVZ 11/81, S.12). 600 Einsprüche gegen den Schulentwicklungsplan von Gremien der Eltern, Schüler und Lehrer waren an die Schulbehörde gegangen. Damals hieß es noch, daß alle Einwände beachtet würden und die Schulbehörde im Herbst dieses Jahres einen überarbeiteten Entwurf des Schulentwicklungsplanes vorlegen würde. Stattdessen kamen im März die „Strukturverändernden Maßnahmen“ heraus, die die Schulschließungen faktisch vorbereiten sollten.

An vielen der betroffenen Schulen kam es zu Aktionen der Eltern und Schüler. Im Süderelberaum (Neugraben, Harburg und Wilhelmsburg) kam es zu verhältnismäßig großen Demon-

soll und an dem viele ausländische Schüler sind, wurden Transparente in deutscher und türkischer Sprache ausgehängt. Auf einer anderen Schule wehte am Freitag eine schwarze Fahne auf Halbmast. Ein Transparent in den Fenstern lautete: „Im Falle eines Falles schließt Grolle wirklich alles.“ Grolle ist der Hamburger Schulsenator, der den Protesten der Eltern und Schüler entgegenhielt, daß die Eltern nur das Recht hätten, über die Schulform, die ihre Kinder besuchten, zu entscheiden, alles andere sei Aufgabe und Recht der Schulbehörde. Alleine im Süderelberaum wurden über 50000 Unterschriften gegen die Schulschließungen gesammelt. In Hamburg wurde eine Schule besetzt und mehrere Schulen bestreikt.

Vom Senat und Grolle werden die Schulschließungen mit abnehmenden Schülerzahlen begründet. Dagegen fordern die Eltern, Lehrer und Schüler, die z.T. die Falschheit dieser Zahlen nachgewiesen haben, daß sinkende Schülerzahlen der Verbesserung der materiellen Situation der Schulen dienen müssen, als Voraussetzung für die Verbesserung der schulischen Ausbildungen.

- Keine Schulschließungen gegen den Willen der Betroffenen!

Grolle und der Senat wollen die sinkenden Schülerzahlen nutzen, um Einsparungen im allgemeinbildenden Schulwesen vorzunehmen.

Für die betroffenen Eltern und Schüler bedeuten die Schulschließungen, daß die Lage an den Schulen sich nicht verändern, sondern verschlechtern wird. In Langenhorn soll eine Hauptschule die Schüler von drei zu schließenden Schulen aufnehmen. Schon heute gibt es hier drei Klassen mit über 35 Schülern. Die Schulschließungen bedeuten, daß verlängerte Schulwege bis zu 1 ⅓ Stunden in Kauf genommen werden sollen. Sie bedeuten weiter, daß die Schüler während ihrer Schullaufbahn häufig die Schulen wechseln müssen, da viele Schulen nur noch als Grund-, Haupt- oder Realschulen geführt werden sollen.

Die geplanten Verschlechterungen der Ausbildung stoßen auf zunehmenden Widerstand. Die Schüler wurden bei ihrem jetzigen Schulstreik und bei ihrer Demonstration von der DGB-Jugend und der GEW unterstützt.

Bremer Senat will Umorientierung der Universität

Ablehnung der Senatspläne durch Studenten und Beschäftigte / gemeinsame Aktionen geplant

chw.Bremen. Wissenschaftssenator Frankes „Neuanfang“ der Bremer Universität, den er im November 1980 in seinem 8-Punkte-Programm grob umrissen hatte, offenbart sich den Bremer Hochschulangehörigen nun in Form eines Hochschulgesamtplanes, einer Novellierung des Bremer Hochschulgesetzes (BHG) und den SPD-Sparbeschlüssen. Der „Neuanfang“ beinhaltet folgende wesentliche Elemente: inhaltliche Umstrukturierung der Lehr- und Forschungsarbeit, Beschneidung der Selbstverwaltungsrechte durch Ausdehnung der Professoren- und Staatsaufsicht, Verschlechterung der Studienbedingungen und der sozialen Versorgung und Rationalisierung im Dienstleistungsbereich.

Die Bremer Universität hatte bei Gründung ihren Schwerpunkt in der Lehrerausbildung wie auch im sozialwissenschaftlichen Studium. Der Bremer Senat will nun die Lehrerausbildung um 25% abbauen, das Diplom-Physik-Studium ganz abschaffen und die sozialwissenschaftlichen Studiengänge kürzen. Hingegen soll Rechtswissenschaft ausgebaut, Meeres- und Polarforschung neu aufgenommen werden in vorhandene Studiengänge und die Produktionstechnik als neuer Studiengang entstehen. Die Studienplatzzielzahlen werden insgesamt von 7290 auf 6790 verringert. Die erste Reduzierung um 50 Studienplätze hat die Deputation für Wissenschaft und Kunst am 19.5. beschlossen, die Universität wurde dazu nicht gehört. Aufgehoben werden soll auch das gesellschaftswissenschaftliche Eingangsstudium. Dies ist ein wesentliches Element der Bremer Reform, wo getrennt nach drei Bereichen das Eingangsstudium zusammengelegt ist und seinen Schwerpunkt auf die Darlegung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse hat, in denen sich ein Fachstudium einbettet.

Im Hochschulgesamtplan hat Senator Franke das Ziel der inhaltlichen Umstrukturierung der Universität dargelegt: „Orientierung auf Aufbau eines wissenschaftlichen Innovationspotentials, das unmittelbar der Region zugute kommt.“ „Impulse für die regionale Wirtschaft“ hat die Bremer Handelskammer von der Universität verlangt. Nach der SPD-Vorlage für den Landesparteitag soll sich die Universität der Wirtschaftsstrukturförderung des Unterwesergebietes annehmen. Dies hat die Bremer Universität bis jetzt nicht in ausreichendem Maß geleistet, und dafür kostet sie den Kapitalisten zuviel. Dies will Franke jetzt im Verein mit den Professoren, die sein Konzept unterstützen, ändern. Auf Studenten und Beschäftigte kann er sich nicht stützen, ihre Interessen liegen z.B. in der Fortführung der Lehrerausbildung, des Physikstudienganges, gegen die Kürzung der Ausbildungskapazitäten zugunsten der Forschung und Erhalt des Projektstudiums.

Das eigentliche „Bremer Modell“ beinhaltete den gleichberechtigten Gründungssenat mit Professoren, Assistenten und Studenten. Dies wurde bei Gründung der Universität fortgeführt durch die „Drittelparität“, wo in den Selbstverwaltungsorganen Hochschullehrer, Studenten und Dienstleister mit Stimmengleichheit vertreten waren. Mit dem BHG und dem Bundesverfassungsgerichtsurteil wurde 1977 diese Drittelparität abgeschafft zugunsten der Stimmenmehrheit der Professoren und der Schaffung einer vierten Statusgruppe, den wissenschaftlichen Mitarbeitern. Trotzdem gibt es bis heute in Bremen keine solch ausgedehnten Professorrenrechte wie an anderen Universitäten. Sie verfügen nur beschränkt über Personal- (wissenschaftliches Personal) und Sachmittel. Vergeben und verwaltet werden die Mittel, auch die Drittmittel, zentral. Das soll nun ein Ende haben, was viele Professoren auf die Seite Frankes gezogen hat. Künftig soll den Fachbereichssprechern Personal- und Mittelbewirtschaftung zugestanden werden. Sie erhalten Entscheidungs- und Kontrollrecht in fast allen Fragen und Franke wird ihr Verhandlungspartner. Der Rektor ist faktisch entmachtet. Dies beinhaltet im gleichen Atemzug eine Einschränkung der Personalvertretungsrechte und -möglichkeiten. Der Personalrat soll weiterhin mit dem Rektor verhandeln als Dienststellenleiter, der aber nichts mehr zu sagen hat. Die Interessenvertretung wird so auf x Bereiche zersplittert, was bekanntlich zu Gunsten des Dienstherrn ausfällt.



19.5. Vollversammlung der Studenten gegen die Senats-Vorlagen. Der Personalrat verliest eine Grußadresse, in der die Besetzung begrüßt und die gemeinsamen Interessen und Forderungen herausgearbeitet wurden.

Für das, was der Bund über seine BAFöG-Änderung eingeleitet hat, daß nämlich die Frage des Studiums verstärkt eine des Geldbeutels wird, will die Bremer SPD das ihre beitragen. Einführung von Semestergeldern, Skriptengeldern, Verkauf des Vorlesungsverzeichnisses, Eigenkauf von Material und Literatur aufgrund erheblicher Streichungen im Sachetat der Fachbereiche (10%) und des Bibliotheksetats), Essenspreiserhöhungen um 50 Pf., wofür es längere Warteschlangen durch Schließung einer Essensausgabe (vorher 3) und 2 Cafeterien (vorher 4) gibt. Die Universität war angetreten mit dem Anspruch, gerade Arbeiterkindern das Studium zu öffnen.

Mit dem ganzen Franke-Konzept sind erhebliche Rationalisierungen im Dienstleistungsbereich verbunden. Seien es Einsparungen beim Fachbereichspersonal oder die Zentralisierung aller Hochschulbibliotheken bei gleichzeitiger Personalverminderung. 10 Stellen sollen gestrichen und 68 Stellen im Wissenschaftliche-Mitarbeiter-Stellen umgewandelt werden (etwa 10% der Stellen).

Nach anfänglichen Schwierigkeiten der Bewegung entwickelt sich der Kampf gegen die Angriffe des Senats unter den Studenten und Beschäftigten. Die Zusammenfassung der beiden Gruppen hat gute Grundlagen in gleichen Interessen und Forderungen gegen den Senat und sie unterstützen sich gegenseitig. Die Studenten haben am 19.5. ein Gebäude besetzt, was jedoch durch Vollversasmmlungsbeschluß wieder ausgesetzt wurde. Mittwoch bis Freitag fand Urabstimmung über Streik statt, das Ergebnis war bei Abfassen des Artikels noch nicht bekannt, aber es zeichnet sich eine Mehrheit für Streik ab. Montag ist wieder Vollversammlung, wo über die Vorschläge der Teilpersonalversammlungen vom 21.5.81 beraten wird, die einen Aktionstag, unter Teilnahme anderer Behörden, die unter Frankes Messer gekommen sind, vorgeschlagen haben. Beraten wird auch eine gemeinsame Demonstration. Die Teilpersonalversammlungen lehnten die Franke-Pläne ab und stellten Forderungen dagegen auf. Eine Versammlung forderte den Rücktritt des Wissenschaftssenators.

Schülerstreik in Hamburg

Schülerkammer fordert Einrichtung von 191 neuen Klassen

ulh. „Alle woll'n dasselbe, den SEPl in die Elbe" – ab 10.30 Uhr treffen am Freitag vor der Schulbehörde in der Hamburger Straße die ersten Delegationen von mehr als 140 Schulen, die sich am Schulstreik beteiligen (nach Informationen der Schülerkammer), ein. Um 11.30 Uhr haben sich über 10000 versammelt, und noch immer bewegen sich – aus Richtung Wandsbek und Richtung Innenstadt – Demonstrationszüge auf die Schulbehörde zu, deren Ende nicht abzusehen ist.

Unter den Schülern wird der Ruf laut, nicht nur draußen zu bleiben, sondern direkt vor die Schulbehörde, deren Eingang im Einkaufszentrum liegt, zu ziehen. Im Nu ist der Platz vor dem Eingang gesteckt voll. Die 3 Polizisten, die dort seit 10 Uhr Einlaßkontrolle gemacht haben, schließen die Tür völlig. Die Schüler veranstalten ein gellendes Pfeifkonzert, einige Eier patschen gegen die Glastür. Die Behörde, die sich offensichtlich recht bedrängt fühlt, schickt 12 behelmte und beschilderte Polizisten raus, die 5 m Freiraum um den Eingang erknüppeln.

Riesenempörung, ‚jetzt schlagen sie schon auf kleine Kinder', ‚sollen sie mal lieber was für die Schulen tun'.

Nachdem dann einige Flaschen fliegen, erhält die Polizei noch mal Anlaß, den bürgerlichen Medien Schlagzeilen zu liefern, die die Diskussion über die Schulpolitik des Senats desorientieren sollen: „Ferienstimmung – bis Flaschen und Steine flogen / Punker prügelten sich mit Polizisten".

Aktuellster Grund des Schulstreiks sind die am 15.4. von der Behörde veröffentlichten „Strukturverändernden Maßnahmen zum 1.8.1981" genannt STRUPL, die dem Senat ohne Bürgerschaftsabstimmung ermöglichen, auf dem Behördenweg die Schließung von 21 Schulen zum 1.8. festzulegen.

Grolle hatte in der letzten Woche noch versucht, mit einem A3-Blatt, in hunderttausender Auflage an jeden Schüler verteilt, den SEPl zu rechtfertigen; außerdem Friedensangebote an die Schüler lanciert, indem er ihre kritische Haltung belobigte und auf Diskussion nach ‚demokratischen Spielregen' hoffte.

Prompt hat die Schülerkammer geantwortet. „Was Grolle nicht sagt" heißt ihr Flugblatt; z.B.: „Können Klassen und Schulen auch kleiner noch sinnvoll pädagogisch arbeiten? (...) Wenn ein Lehrer nur zwischen 66 und 90 Sekunden pro Schulstunde für jeden Schüler aufbringen kann, so ist



dies eindeutig zu wenig. Wir brauchen also kleinere Klassen, das wird von Ihnen ja auch gar nicht bestritten. 25 Schüler/innen pro Klasse als Höchstfrequenz wäre schon ein Anfang. Doch Sie handeln nicht nach Ihrer eigenen Einsicht. Im Gegenteil: Im Haushaltsentwurf 1982 sind sogar Erhöhungen der Klassenfrequenz vorgesehen (Klassenstufe 2 statt 25 nun 26 Schüler/innen, Klassenstufe 8 statt 29 nun 30). (...) Würden Sie Höchstfrequenzen von z.B. 25 einführen, müßten also neue und mehr Klassen gebildet werden ... damit würde auch die „Geringzügigkeit" von Schulen , die heute zur Schließung herhalten muß, nicht mehr bestehen. Bei einer Höchstfrequenz von 25 müßten in den nächsten Jahren 191 neue Klassen eingerichtet werden (14,7% mehr als nach SEPl)."

Leserbriefe

Zu dem Artikel „Anläßlich eines Clash-Konzertes...", KVZ 21, S. 15.

Finden die Fan-Kriege jetzt auch Eingang in die KVZ?

Man ist geneigt, dem Autor dieses Artikels entgegenzuhalten: Bei solchem Verständnis von publizistischer Arbeit kann nach der Überschrift *alles*kommen. Aber ernsthaft: Ich ging bis jetzt davon aus, daß ein oberflächliches Gegeneinanderausspielen von Pop-, Rock- und sonstigen Bands (die sind aber gut, die sind schlecht, wenn du die gut findest ...) eine Kinderei ist, die man spätestens als Revolutionär ablegen sollte, weil sie gar nichts aufklärt. In dem Artikel wird diese Kinderei aber zum Prinzip erhoben und obendrein noch zum Generationskonflikt stilisiert:

1. Aufgabe des Artikels wäre wohl gewesen, etwas über die Popularität von Clash und deren Ursachen zu schreiben. Der Artikel erklärt die Sympathie von Teilen der Jugend mit dem Anarchismus (und daher mit der Gruppe „Clash") gerade mit der Ablehnung einer wissenschaftlichen Kritik des Kapitalismus, weil die Kommunisten „staatstreue Aufklärer spielen" und daher unglaubwürdig seien. Diese Kommunisten seien die „68er", deren Staatsverdrossenheit wohl langsam schlapp macht, so legt es der Artikel nahe. Mit einer solchen Erklärung kann man zwar einer neuen Variante von Generationskonflikt auf die Sprünge helfen, nicht aber erklären, warum Punk, Anarchie usw. sich einer bestimmten Be-

Revolutionäre werden immer spontane Rebellion – auch in Kunst gegossene – unterstützen. Sowohl bots als auch Clash haben etwas davon, beide haben aber auch ihre Schwächen, indem sie jede Gruppe auf ihre Weise oberflächlich bleiben. Man darf m.E. nicht den Fehler machen, jetzt die einen zu denunzieren und die anderen zu loben. Eine Gruppe wie die „Schmetterlinge" sind in bezug auf ihre Intention und ästhetische Umsetzung politischer Aussagen z.B. weiter. Deshalb schmeißt man doch nicht alle anderen Platten auf den Müll. Im Zusammenhang mit denn „Schmetterlingen", die gerade in der KVZ vorgestellt werden, fällt mir übrigens auch eine Portion Borniertheit gegenüber dem „kulturellen Erbe" in dem Artikel auf. Was soll die angedeutete Spitze gegen die Aufklärung, Lessing usw.? Auch in Fragen der Musik ist ja wohl keineswegs entschieden, wie man Traditionen wie z.B. Hörgewohnheiten gegenüber bestimmten Harmoniefolgen, die ja nicht automatisch etwas Reaktionäres an sich haben, mit neuen musikalischen Mustern verbindet, um zeitgemäße revolutionäre Kunst zu machen. Musikalisch tendieren die bots mehr zu traditionellen Formen, während die Clash mehr experimentieren – na und.

F., Kiel

Zu Polen, u.a. KVZ 21, S. 14

Der Bericht über die Solidaritätsveranstaltung mit dem polnischen Volk und Solidarnosc in der KVZ vom 11.5. wirft für mich einige wichtige Fragen auf, die dort unbe-

bewegung" von gek. begonnen wurden. Einher muß dies gehen mit der ideologischen Ausbildung *vieler* in den Fragen des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. Dies kann sowohl die Form der Schulung als auch von KVZ-Artikeln annehmen. Die Berichterstattung der Hamburger KVZ über den Kampf des polnischen Volkes ist dürftig, um es deutlicher zu sagen, sie entspricht der Haltung der Unterschätzung der politischen und ideologischen Bedeutung dieser Frage. Die Kenntnisse des Polen-Solidaritäts-Komitees „Solidarität mit Solidarnosc" (das auf dem Moneta-Aufruf arbeitet, der Verf.) müssen auch die Revolutionäre verbreiten. Die Bildung von Aktionseinheiten auf den verschiedenen Ebenen dienem dem Prozess der Aufklärung, den wir im Zusammenhang mit dieser Frage einleiten müssen. Es gibt in Hamburg zwei Polen-Solidaritäts-Komitees, was nicht sehr günstig ist, auch hier über das Problem, daß innerhalb der demokratischen und sozialistischen Bewegung (früher sagte man dazu in der ‚Linken'! Anm. d. Verf.) diese Frage unterschätzt wird.

Die Tätigkeit von Revolutionären dort ist eine unbedingte Voraussetzung für die Verbreitung der Aktionseinheit. Aufklärung betreiben heißt auf allen Ebenen, die uns möglich sind, den Streit suchen, um den Kampf des polnischen Volkes zu unterstützen. Günstig wäre meiner Meinung nach, den Aufruf der Genossen Moneta und Brandt in der KVZ auch regional besser zentral zu veröffentlichen, mit dem Aufruf, dafür Unterschriften in der Gewerkschaftsbewegung zu sammeln, den Zusammenschluß so herzustellen. Dieser Aufruf, der gut geeignet ist für eine Solidaritätsarbeit, muß unbedingt veröffentlicht werden. Auch der begonnene Streit innerhalb der



In Hamburg demonstrierten am Samstag 40000 Radfahrer. Sie kamen aus allen Stadtteilen und fuhren einmal rund um die Alster. Ihre Forderungen waren: Ausbau des Radwegnetzes auch in der Innenstadt; Wirksame Maßnahmen gegen Radweg-Parker; Grüngürtel mit Radwegen von der Innenstadt bis zu den Naherholungsgebieten.

Leserbriefe

Zu dem Artikel „Anläßlich eines Clash-Konzertes...", KVZ 21, S. 15.

Finden die Fan-Kriege jetzt auch Eingang in die KVZ?

Man ist geneigt, dem Autor dieses Artikels entgegenzuhalten: Bei solchem Verständnis von publizistischer Arbeit kann nach der Überschrift *alles*kommen. Aber ernsthaft: Ich ging bis jetzt davon aus, daß ein oberflächliches Gegeneinanderausspielen von Pop-, Rock- und sonstigen Bands (die sind aber gut, die sind schlecht, wenn du die gut findest ...) eine Kinderei ist, die man spätestens als Revolutionär ablegen sollte, weil sie gar nichts aufklärt. In dem Artikel wird diese Kinderei aber zum Prinzip erhoben und obendrein noch zum Generationskonflikt stilisiert:

1. Aufgabe des Artikels wäre wohl gewesen, etwas über die Popularität von Clash und deren Ursachen zu schreiben. Der Artikel erklärt die Sympathie von Teilen der Jugend mit dem Anarchismus (und daher mit der Gruppe „Clash") gerade mit der Ablehnung einer wissenschaftlichen Kritik des Kapitalismus, weil die Kommunisten „staatstreue Aufklärer spielen" und daher unglaubwürdig seien. Diese Kommunisten seien die „68er", deren Staatsverdrossenheit wohl langsam schlapp macht, so legt es der Artikel nahe. Mit einer solchen Erklärung kann man zwar einer neuen Variante von Generationskonflikt auf die Sprünge helfen, nicht aber erklären, warum Punk, Anarchie usw. sich einer bestimmten Beliebtheit unter Jugendlichen erfreut. Der Kapitalismus in ganz Westeuropa gerät heute in eine Krise, in der der Staatsapparat jeden aufkommenden Protest, der sich einerseits augenblicklich gerade an Fragen der Reproduktion entfaltet, weil die Entwicklung des Kapitalismus hier in gewisser Weise historisch einmalige Defizite hat entstehen lassen, Protest, der sich andererseits vor allem in Arbeiterstädten Großbritanniens durch die unglaubliche Arbeitslosigkeit entwickelt, brutal niederhält. Davon bekommt auch hier in Westdeutschland durch die polizeilichen Massenaktionen gegen Hausbesetzungen usw. langsam einen Begriff. Ich kann das hier nur andeuten, der Artikel hätte hierüber jedenfalls etwas verlauten lassen müssen.

2. Folgendes Rezept ist verwendet worden: Man nehme „Clash", gebe ihnen ein revolutionäres Etikett und man stelle dem die alternden Kommunisten entgegen, die aufklärerisch sind (sündhaft!) und die Gruppe „bots" und dergleichen schöngeistige Sachen anbieten. Stellt sich die Frage aber überhaupt so: Clash oder bots? Wohl kaum. Ich habe Verständnis für das offensichtliche Unbehagen, das der Autor bei der Lektüre so manches KVZ-Artikels besonders aus Hamburg überkommen hat. Ich würde auch sagen, daß das eine Menge mit Liberalismus zu tun hat – ich kann hier nicht genauer darauf eingehen, aber was hat das mit Clash/bots zu tun? Wie kann man mit einer derartigen Gewißheit behaupten, daß Punk und eine Gruppe wie Clash für Kommunisten und für wissenschaftlichen Einsicht das Gebot der Stunde seien? Punk ist spontane und oft genug hilflose Rebellion gegen die Verhältnisse. Das muß man sehen, man kann auch damit sympathisieren. Man braucht aber nicht dort stehen zu bleiben! (Nach meinem Eindruck hat übrigens Punk und New Wave und ihr verwandtes viel mit kulturellen Formen gemeinsam, die Anfang des Jahrhunderts (Zwar überwiegend bei Intellektuellen) einen ähnlich chaotischen und erkärtermaßen weltuntergangsnahen Ausdruck hatten wie der Dadaismus)

Revolutionäre werden immer spontane Rebellion – auch in Kunst gegossene – unterstützen. Sowohl bots als auch Clash haben etwas davon, beide haben aber auch ihre Schwächen, indem sie jede Gruppe auf ihre Weise oberflächlich bleiben. Man darf m.E. nicht den Fehler machen, jetzt die einen zu denunzieren und die anderen zu loben. Eine Gruppe wie die „Schmetterlinge" sind in bezug auf ihre Intention und ästhetische Umsetzung politischer Aussagen z.B. weiter. Deshalb schmeißt man doch nicht alle anderen Platten auf den Müll. Im Zusammenhang mit denn „Schmetterlingen", die gerade in der KVZ vorgestellt werden, fällt mir übrigens auch eine Portion Borniertheit gegenüber dem „kulturellen Erbe" in dem Artikel auf. Was soll die angedeutete Spitze gegen die Aufklärung, Lessing usw.? Auch in Fragen der Musik ist ja wohl keineswegs entschieden, wie man Traditionen wie z.B. Hörgewohnheiten gegenüber bestimmten Harmoniefolgen, die ja nicht automatisch etwas Reaktionäres an sich haben, mit neuen musikalischen Mustern verbindet, um zeitgemäße revolutionäre Kunst zu machen. Musikalisch tendieren die bots mehr zu traditionellen Formen, während die Clash mehr experimentieren – na und.

F., Kiel

Zu Polen, u.a. KVZ 21, S. 14

Der Bericht über die Solidaritätsveranstaltung mit dem polnischen Volk und Solidarnosc in der KVZ vom 11.5. wirft für mich einige wichtige Fragen auf, die dort unbeantwortet sind. Wenn festgestellt wird, daß ca. 120 Kolleginnen und Kollegen an dieser nicht uninteressanten Veranstaltung teilgenommen haben, drückt dies schon ein *wesentliches* Problem bei der Unterstützung der polnischen Arbeiterklasse aus. Die Bewußtheit der Notwendigkeit des Kampfes des polnischen Volkes erreicht noch nicht einmal die revolutionären und demokratischen Organisationen dieser Stadt. Dies gibt zu denken und muß geklärt werden anhand der Frage der Bedeutung der Solidaitätsarbeit.

Zur Zeit gibt es in Hamburg eine relativ breite, bis in die Reihen der Sozialdemokratie reichende Bewegung gegen die Mittelstreckenraketen und andere Kriegsvorbereitungen. Politisch und ideologisch kann man jedoch deutlich feststellen, daß die Führung dieser Bewegung in den Händen revisionistischer Theoretiker (und Praktiker!) liegt, so daß eine Einseitigkeit des Kampfes gegenüber *beiden* Supermächten da ist, indem die Aggressionspolitik der Sowjetunion gar nicht, ungenügend oder seitens der Revolutionäre zaghaft, enthüllt wird, was eine offene Flanke in der Bildung einer Einheitsfront gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Hegemonialbestrebungen (Vorherrschaftskampf) der Supermächte USA und Sowjetunion ausmacht. Die Aggressionspolitik der Sowjetunion wird seitens dieser Bewegung nur wenig gesehen und die Ansätze für eine Politik unabhängig von beiden Militärblöcken seitens der Revolutionäre in Hamburg durch eigene Aufklärung und Propaganda nur wenig gestützt.

Ein wichtiger Hebel, diese Front ideologisch aufzubrechen, ist die Unterstützung des polnischen Volkes, des Kampfes der polnischen Arbeiterklasse und seiner Gewerkschaft.

(...)

Dies hat natürlich verschiedene Ebenen. Voraussetzung ist die Ausbildung und Aufklärung über die Bedingungen des Kampfes des polnischen Volkes, aber auch über die geschichtliche Entwicklung, wie sie in dem Buch „Kampfziele der polnischen Arbeiter-

bewegung" von gek. begonnen wurden. Einher muß dies gehen mit der ideologischen Ausbildung *vieler* in den Fragen des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. Dies kann sowohl die Form der Schulung als auch von KVZ-Artikeln annehmen. Die Berichterstattung der Hamburger KVZ über den Kampf des polnischen Volkes ist dürftig, um es deutlicher zu sagen, sie entspricht der Haltung der Unterschätzung der politischen und ideologischen Bedeutung dieser Frage. Die Kenntnisse des Polen-Solidaritäts-Komitees „Solidarität mit Solidarnosc" (das auf dem Moneta-Aufruf arbeitet, der Verf.) müssen auch die Revolutionäre verbreiten. Die Bildung von Aktionseinheiten auf den verschiedenen Ebenen dienem dem Prozess der Aufklärung, den wir im Zusammenhang mit dieser Frage einleiten müssen. Es gibt in Hamburg zwei Polen-Solidaritäts-Komitees, was nicht sehr günstig ist, auch hier über das Problem, daß innerhalb der demokratischen und sozialistischen Bewegung (früher sagte man dazu in der ‚Linken'! Anm. d. Verf.) diese Frage unterschätzt wird.

Die Tätigkeit von Revolutionären dort ist eine unbedingte Voraussetzung für die Verbreitung der Aktionseinheit. Aufklärung betreiben heißt auf allen Ebenen, die uns möglich sind, den Streit suchen, um den Kampf des polnischen Volkes zu unterstützen. Günstig wäre meiner Meinung nach, den Aufruf der Genossen Moneta und Brandt in der KVZ auch regional besser zentral zu veröffentlichen, mit dem Aufruf, dafür Unterschriften in der Gewerkschaftsbewegung zu sammeln, den Zusammenschluß so herzustellen. Dieser Aufruf, der gut geeignet ist für eine Solidaritätsarbeit, muß unbedingt veröffentlicht werden. Auch der begonnene Streit innerhalb der KVZ mit Positionen zu Polen anderer revolutionärer, sozialistischer oder demokratischer Organisationen in Hamburg ist eine wichtige Voraussetzung für die ideologische Aufklärung aller offenen Fragen.

edd. Hamburg

zu KVZ Nr. 20, Pharao S. 14

Offensichtlich hatte nicht nur der KBW, der diesen Film ankündigte, Vertrauen in die Werbung des Abaton-Kino-Programmheftes, sondern auch viele andere. Der Film war auch am Montag ausverkauft. Die Hoffnung aber, etwas über das Leben im alten Ägypten zu erfahren, wurde grob enttäuscht. Weder Ackerbau, Stadtleben noch sonst etwas über die Lebensweise des Volkes wurde gezeigt. Stattdessen ewige Monumentalszenen und stundenlang Wüste. Überhaupt waren Wüste und monumentale Gebäude die einzige Szenerie, mit Ausnahme einer Nilfahrt im Schilfboot. Realistisch waren wohl auch die Kleider der Krieger, Priester etc., die insgesamt sehr einfach und primitiv waren, und erahnen ließen, wie rückständig die Produktionsverhältnisse noch waren. Der Kontrast zu den Monumentalbauten wird einem so erst richtig klar.

Ansonsten lohnt sich der Film nicht und ist nicht empfehlenswert. Die Handlung, die zu erzählen sich nicht lohnt, hätte in 1½ Stunden vielleicht etwas Interesse aufkommen lassen. So war sie ätzend langweilig. Außerdem beruhte die Spannung mehr auf Dialogen als auf den Bildern, wie in einem Theaterstück, aber nicht einem Spielfilm. Zur Handlung nur eins: Das Volk ist dumm. Eine Revolte ist vom Pharao selbst finanziert. Der Pharao, der sich gegen die Priesterherrschaft auflehnt, hat als Ziel, Krieg zu führen wie seine berühmten Vorfahren. Nach 4 Stunden ist man völlig deprimiert und sauer.

mh. Hamburg



In Hamburg demonstrierten am Samstag 40000 Radfahrer. Sie kamen aus allen Stadtteilen und fuhren einmal rund um die Alster. Ihre Forderungen waren: Ausbau des Radwegnetzes auch in der Innenstadt; Wirksame Maßnahmen gegen Radweg-Parker; Grüngürtel mit Radwegen von der Innenstadt bis zu den Naherholungsgebieten.

Veranstaltungskalender

Solidarität mit Solidarnosc, nächste Sitzung des Komitees, 26.5. 17 Uhr ESG, Raum 201. Besprochen werden organisatorische Fragen der Solidaritätsarbeit und ein Referat über die Opposition innerhalb der polnischen KP.

Musik

Die Brecht/Mühsam Bande, 28.5. 21 Uhr, Markthalle;

Theater

Die Dreigroschenoper , Schauspielhaus 23., 25., 27.5. 20 Uhr; **Bananas,** Kleckstheater für Kinder über die Probleme der 3. Welt 27.5. 10 Uhr, 12., 19., 26.5. 10 und 19 Uhr, Rampe; **Der zufällige Tod des Christian K.,** 26.5. 20.30 Uhr, 31.5. 19 Uhr, Malersaal;

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung

Öffentliche Probe der Musikgruppe, jeden Mittwoch 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer 6, Raum 104; **AG Kriegsvorbereitungen,** 3.6. 19 Uhr, Büro des KBW;
Veranstaltungsreihe: Die Geschichte der Produktionsweisen, Veranstalter: AG Geschichte der VRV Sonntag, 31.5., 11 Uhr, Eimsbüttler Krug, Osterstr. 5. Die Entwicklung des Menschen aus dem Tierreich und der Anteil der Arbeit. Haupttetappen der Urgesellschaft: Von den Jägern und Sammlern bis zu den Ackerbauern und Viehzüchtern. 15 Uhr, Illustration zum Thema Urgesellschaft: Besuch des Helms-Museums in Harburg; Donnerstag, 11.6., 19.30 Uhr, Eimsbüttler Krug. Die Welt des Tutanchamun: Die asiatische Produktionsweise. (Gleichzeitig Vorbereitung auf den Besuch der Ausstellung). Donnerstag, 18.6., 19.30 Uhr, Eimsbüttler Krug. „Ohne antike Sklaverei kein moderner Sozialismus" (Engels). Produktion, Klassen und Klassenkampf in der Sklavenhaltergesellschaft. Sonntag, 21.6., 1 Uhr, Restaurant Z. Die Grundlagen des Feudalismus und die Herausbidung des Kapitalismus. 15 Uhr: „Städte – die Perlen des Mittelalters" (Marx). Besuch des Museums für Hamburgische Geschichte. Sonntag, 28.6., 11.30 Uhr, Museum für Kunst und Gewerbe, Besuch der Tutanchamun-Ausstellung.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telex 413080 kuehl d, Telefon 0611/730231, Sekretär Hans-Gerhart Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/394904; verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1–12/16: Bernhard Peters, Für die Seiten 13–15: Lutz Plümer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Bernd Wagner, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Diese Zeitung erscheint wöchentlich und kostet als Einzelexemplar 1 DM; Jahresabonnement 50 DM (zzgl. 8,40 DM Postgebühr), Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. 4,20 DM Postgebühr), Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. 2,30 DM Postgebühr). Abbestellungen sollen spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein, sonst verlängert sich das Abonnement automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen bitte an den Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt / M. 2, Telefon 0611/730234.

Die Forderungen der Elbfischer sind gerecht und notwendig

frt./bel. Die Harburger Nachrichten vom 19.5. berichten von einem erneuten massenhaften Fischsterben in der Unterelbe in Höhe von Brokdorf. Derartiges Massensterben von Fischen trat seit 1953 bzw. im Winter 1962/63 mit zunehmender Häufigkeit auf und wurde von den zuständigen Aufsichtsbehörden regelmäßig zu unberechenbaren Naturkatastrophen aufgebaut. Die ARGE-Elbe – eine von den Ländern Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gegründete „Arbeitsgemeinschaft zur Reinhaltung der Elbe" (von den Elbfischern umbenannt in „Arbeitsgemeinschaft zur Vertuschung der Elbverschmutzung") – machte für das Fischsterben ein sog. Sauerstofftal zwischen Stadersand und Störmündung verantwortlich mit Tiefstwerten von 1,5 Milligramm Sauerstoff pro Liter (Sauerstoffkonzentrationen unter 3 Milligramm/Liter werden als unterer Wert für die Lebensfähigkeit von Fischen angenommen). Ursache dieses Sauerstoffdefizits waren nach Meinung der ARGE Elbe plötzlich auftretende Temperaturanstiege und überraschend erhöhte Wasserführung der Elbe. Ohne Zweifel sind erhöhte Wassertemperaturen mitverantwortlich für den Sauerstoffschwund, bedingt durch die geringere Löslichkeit von Gasen bei steigenden Temperaturen. In der Regel jedoch wird die in einem sauberen Gewässer verbleibende Sauerstoffkonzentration auch bei höheren Temperaturen ausreichen, die Lebensgemeinschaften eines Flusses zu erhalten, wenn nicht andere, das Ökosystem Fluß belastende Faktoren das bestehende Gleichgewicht instabil und störanfällig machen würden.

In den letzten dreißig Jahren hat sich die Elbe von einem biologisch gesunden, fischreichen und zum Baden einladenden Fluß zu einem Industriekanal entwickelt, den die Wassergütekarten in die Güteklasse 3 einstufen (innerhalb einer Skala von 4 Güteklassen nach steigendem Verschmutzungsgrad). Die Elbe gehörte früher zu den fischreichsten, produktivsten Gewässern Westeuropas mit mehr als 23 Fischarten (z.B. Stör, Lachs – bis 1930 in der Elbe gefangen – Hering, Aal, Elbbutt u.a.). Heute sind nur noch drei Fischarten wirtschaftlich nutzbar, nämlich Aal, Stint und Elbbutt, der Verkauf von Aalen ist kürzlich wegen ihres hohen Quecksilbergehaltes von den Behörden untersagt worden. Gab es auf der Elbe um 1925 noch eine Fangflotte von 1200 Schiffen mit einem Fangertrag von 18000 t jährlich, so werden heute nur noch 200 t jährlich von einer auf 7 Schiffe geschrumpften Flotte angelandet.

Um die wahren Gründe für die rapide Verschlechterung der Wassergüte der Elbe aufzudecken, müssen alle Schadfaktoren, die auf das ökologische Gleichgewicht des Ökosystems Elbe einwirken, untersucht werden:

1. Die Ballung von chemischen Industrieanlagen, Mineralölindustrien und erzverarbeitenden Betrieben in wenigen Zentren – Hamburger Hafengebiet, Stade-Bützfleth, Brunsbüttel –, die alle einzeln und unabhängig voneinander die Genehmigung erhalten haben, große Mengen von schwermetallhaltigen Abwässern entweder direkt in die Elbe einzuleiten oder in Form von mit gesundheitsschälichen Abfallprodukten der Produktion (Schwermetallen wie Quecksilber, Cadmium, Zink, Blei und Arsen, chlorierte Kohlenwasserstoffe Teerrückstände, Phenole) angereicherte Schlämme auf Deponien abzulagern oder in der Nordsee zu verklappen.

Beispiele hierfür sind die Rotschlammdeponien der Aluminiumoxydfirma in Stade (AOS) bzw. die Verklappungen von Klärschlamm des Hamburger Klärwerkes Köhlbrandhöft, von Dünnsäure der Titanwerke Kronos in Nordenham oder von sog. Buchstabensäure der Schelde-Chemie / Bunsbüttel in die Nordsee. Dünn ist an diesen Säuren nur die Behauptung ihrer Ungefährlichkeit für die Meeresorganismen. Das Sondergutachten „Umweltprobleme der Nordsee" des „Rates von Sachverständigen für Umweltfragen" vom Juni 1980 muß mehrere Untersuchungen zitieren, die vermehrte Fischkrankheiten im Verklappungsgebiet festgestellt haben. Allein im Raum Hamburg werden täglich 550000 Liter Abwässer in das Sielnetz eingeleitet, was dem anderthalbfachen der Wassermenge der Binnenalster entspricht. Nur 450000 l werden in Kläranlagen einem Reinigungsprozeß unterworfen, die Stadtgebiete Harburg, Wilhelmsburg und Finkenwerder sowie 40 größere und 400 kleinere Industriegebiete des Hafengebietes leiten ihre Abwässer ungeklärt in die Elbe. In den Kläranlagen (vor allem Köhlbrandhöft) werden die groben Verunreinigungen mechanisch beseitigt und die organischen Abfälle teilweise biologisch abgebaut, die Fracht an gelösten Schwermetallverbindungen und Salzen wird nicht erfaßt, dazu müßten die Klärwerke mit einer – neben der mechanischen und biologischen – dritten, sogenannten chemischen Reinigungsstufe ausgestattet sein, die die Schwermetalle als unlösliche Verbindungen aus dem Wasser ausfällt. Untersuchungen von Umweltgruppen am Auslauf des Klärwerks Köhlbrandhöft haben ergeben, daß das Klärwerk überlastet und somit die Elbe im Bereich des Auslaufs von äußerst schlechter Wassergüte ist. Der schwermetallhaltige Klärschlamm, der sich beim Durchlauf der Abwässer in den Klärbecken absetzt, wird nordwestlich von Helgoland in der Nordsee versenkt: jährlich 340000 m³ Schlamm, wovon 5% aus Schadstoffen besteht – Bakterienmassen, organische Verbindungen wie Pflanzenschutzmittel und Phenole und Schwermetalle, z.B. 746 kg Quecksilber und 1400 kg Cadmium jährlich.



Derartige Tumoraale wurden in den letzten Jahrzehnten immer häufiger in der Elbe festgestellt. Seit 1970 weisen 12 bis 28% aller im Sommer gefangenen Satzaale solche Geschwulste auf.

Sauerstoffkonzentration auch bei höheren Temperaturen ausreichen, die Lebensgemeinschaften eines Flusses zu erhalten, wenn nicht andere, das Ökosystem Fluß belastende Faktoren das bestehende Gleichgewicht instabil und störanfällig machen würden.

nigen Zentren – Hamburger Hafengebiet, Stade-Bützfleth, Brunsbüttel –, die alle einzeln und unabhängig voneinander die Genehmigung erhalten haben, große Mengen von schwermetallhaltigen Abwässern entweder direkt in die Elbe einzuleiten oder in Form

Wilhelmsburg und Finkenwerder sowie 40 größere und 400 kleinere Industriegebiete des Hafengebietes leiten ihre Abwässer ungeklärt in die Elbe. In den Kläranlagen (vor allem Köhlbrandhöft) werden die groben Verunreinigungen mechanisch beseitigt und die organischen Abfälle teilweise biologisch abgebaut, die Fracht an gelösten Schwermetallverbindungen und Salzen wird nicht erfaßt, dazu müßten die Klärwerke mit einer – neben der mechanischen und biologischen – dritten, sogenannten chemischen Reinigungsstufe ausgestattet sein, die die

Schwermetalle als unlösliche Verbindungen aus dem Wasser ausfällt. Untersuchungen von Umweltgruppen am Auslauf des Klärwerks Köhlbrandhöft haben ergeben, daß das Klärwerk überlastet und somit die Elbe im Bereich des Auslaufs von äußerst schlechter Wassergüte ist. Der schwermetallhaltige Klärschlamm, der sich beim Durchlauf der Abwässer in den Klärbecken absetzt, wird nordwestlich von Helgoland in der Nordsee versenkt: jährlich 340000 m³ Schlamm, wovon 5% aus Schadstoffen besteht – Bakterienmassen, organische Verbindungen wie Pflanzenschutzmittel und Phenole und Schwermetalle, z.B. 746 kg Quecksilber und 1400 kg Cadmium jährlich.



Derartige Tumoraale wurden in den letzten Jahrzehnten immer häufiger in der Elbe festgestellt. Seit 1970 weisen 12 bis 28% aller im Sommer gefangenen Satzaale solche Geschwulste auf.

(Die für den Menschen tödliche Dosis beträgt bei Cadmium 0,1g). Diese Stoffe werden über die Nahrungskette Alge-Kleinkrebs-Fisch in letzteren angereichert und gelangen so in den Endverbraucher Mensch, vorausgesetzt, die Fische überleben diesen Giftansturm.

2. Die hohe Kalisalzfracht, die die Elbe aus den Steinsalzbergwerken in Staßfurt/DDR und aus der CSSR mitträgt.

3. Die Zerstörung der Feuchtgebiete und Süßwasserwatte der Elbufer durch Eindeichungsprojekte (z.B. Haseldorfer Marsch, Nordkehdinger Marsch, Asseler Sand), Aufschüttungen von Wattflächen sowie Grundwasserabsenkungen durch die Vertiefung der Fahrrinne auf 13,5 Meter, um die Containerschiffe in den Hamburger Hafen zu bekommen.

Die Vordeichländereien bzw. die gezeitenabhängigen Wattgebiete sind die bevorzugten Aufenthaltsorte der Organismen, die für die Selbstreinigungskraft der Elbe verantwortlich sind, die Organismen also, die die im Abwasser gelösten organischen Abfallstoffe zu unschädlichen Produkten abbauen.

Diesen Gebieten ist es zu verdanken, daß die Elbe trotz schwerer Abwasserbelastung noch kein toter Fluß ist. Weiterhin stellen diese Feuchtgebiete einen Rückzugsraum für Fische bei Sauerstoffmangel und die Kinderstube für Jungfische dar. Gegenwärtig kämpfen Bürgerinitiativen um die Erhaltung des Mühlenberger Lochs, eines wertvollen Süßwasserwattgebietes im Norden von Finkenwerder, das zugunsten von Werksflächen für die Flugzeugwerft Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) zugeschüttet werden soll.

4. Die Aufwärmung der Elbe durch das Kühlwasser von zwei Kernkraftwerken (Stade, Brunsbüttel, bald zusätzlich noch Krümmel) und einer Vielzahl von Kohle- und Erdölkraftwerken.

Alle genannten Schadfaktoren – Belastung der Elbe mit organischen Verbindungen, Schwermetallen, Salzen und die Aufwärmung durch Kraftwerksabwärme – wirken sich „sauerstoffzehrend" aus; die chemischen Verbindungen, indem sie den gelösten Sauerstoff für oxidative Abbauprozesse verbrauchen, die Abwärme, indem die die Sauerstoffsättigung des Wassers herabsetzt. Dieses alles – zusammen mit sommerlichen Hitzeperioden oder winterlicher Eisbedeckung – führt zu den sogenannten „Sauerstofftälern", von denen die ARGE Elbe spricht. Die sauerstoffkonzentration sinkt unter den für Wasserorganismen kritischen Wert von 2 Milligramm/-Liter, die Lebewelt im Fluß stirbt ab, der Fluß „kippt um", sauerstoffunabhängige Fäulnisprozesse machen ihn zur stinkenden Brühe.

Die Forderungen der Elbfischer an den Staat, ein ökologisches Gesamtgutachten zu erstellen, ist insbesondere von großer Wichtigkeit als Aussagen über die tatsächliche Schädlichkeit der Elbwasserverunreinigungen nur gemacht werden können, wenn ihr Zusammenwirken untersucht wird. Es ist gesichertes ökologisches Wissen – auch wenn bisher zu wenig Stoffe konkret untersucht worden sind – daß Schadstoffe, wenn sie an einem Wirkort zusammen vorkommen, in Wechselwirkung miteinander treten und dabei – wie in einem qualitativen Sprung – neue Schadwirkungen sich einstellen können, zu denen jeder Stoff allein nicht imstande wäre (sog. synergetische Effekte). Weiterhin müssen die Lebensräume der Organismen, ihre Lebensbedingungen und ihre biologischen Ansprüche an ihre Umwelt untersucht werden, da ohne diese Kenntnisse keine Giftigkeitsabschätzungen gemacht werden können. Künftige Genehmigungsbescheide für Abwassereinleitungen müssen sich an solchen ökologischen Gesamtlastplänen orientieren und dürfen nicht den Industriezweigen isoliert erteilt werden. Die Bayerwerke Brunsbüttel können sich z.B. damit brüsten, nur 10% der erlaubten jährlichen Abwassereinleitungen zu beanspruchen, was aber nichts darüber aussagt, ob sie nicht kurzfristig einmal das Vielfache des Erlaubten einleiten: über das Jahr gemittelt zwar wenig, für die betroffenen Jungfische in einer empfindlichen Entwicklungsphase aber tödlich.

Die rapide angestiegenen Fischkrankheiten wie Tumore am Kopf von Aalen (Blumenkohlkrankheit), Geschwüre auf der Haut von Plattfischen (Himbeerkrankheit), Flossenfäule und Skelettdeformationen sind unzweifelhafte Argumente gegen die Behauptung von der Unschädlichkeit der genehmigten Industrieeinleitungen.

Elbe
Condea Petrochemie/Kali Chemie
ELF / Gas Term. / Schelde Chemie
Veba
36 t Cadmium
3,6 t Quecksilber
1000 kg Nickel
90 t Eisenverb.
Otterndorf
Brunsbüttel
Bayer 130 t Blei
1300 kg Quecksilber
2600 t Eisenverb.
650 t Schwermetalle
Oste
Brokdorf
Stör
Drochtersen
Glückstadt
Dow Chemical
VAW
Aluminium Oxid
Bützfleth Stade
100000 cbm Rotschlamm
Wedel
HSW
A7
HAW Reynolds
Altenwerder, Moorburg Francop
Wilhelmsburg
Hafenerweiterungsgebiet
Norddt. Affi
3,6 t Cadmium

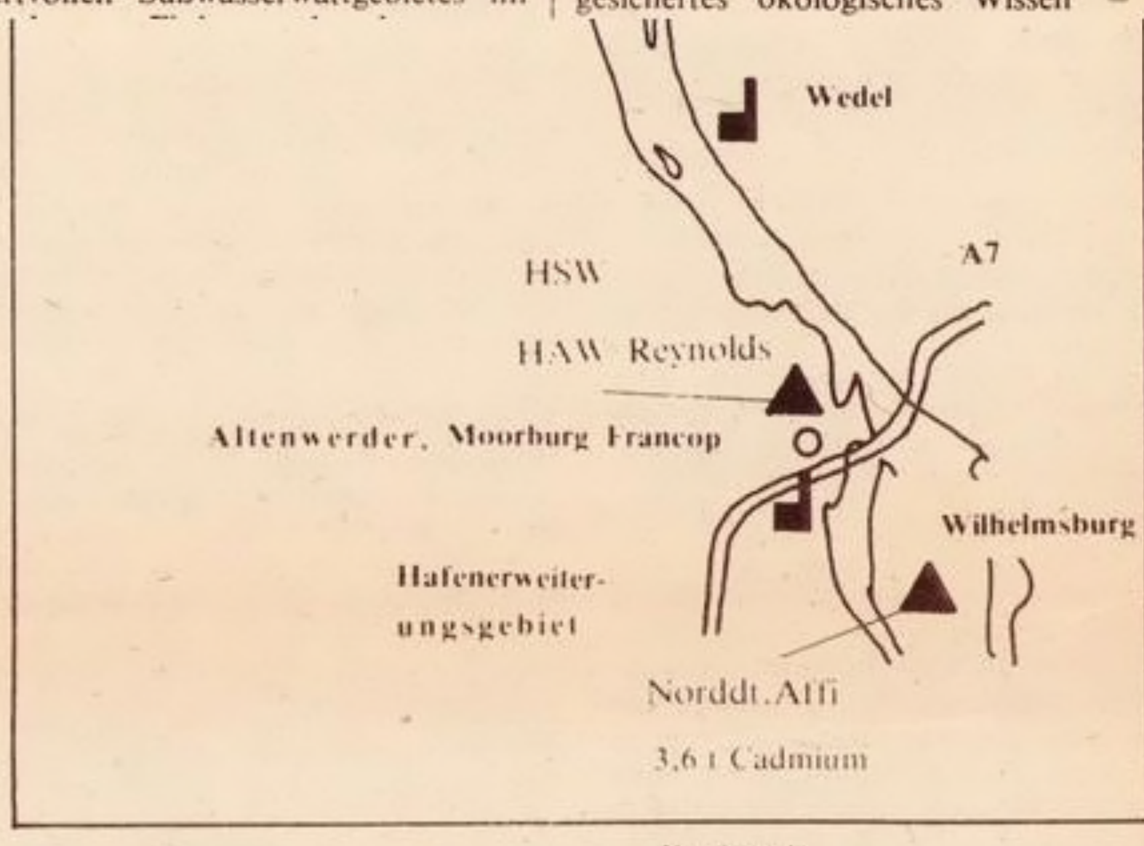
AKW geplant – Kraftw. – Kraftwerk geplant – Industriezentrum – geplant Industriezentrum

Geplante Industrieschwerpunkte laut Flächennutzungsplan 1978

Die Angaben über Einleitungen beziehen sich aufs Jahr und sind lediglich die behördlich genehmigten und bekannt gewordenen.

für Jungfische dar. Gegenwärtig kämpfen Bürgerinitiativen um die Erhaltung des Mühlenberger Lochs, eines wertvollen Süßwasserwattgebietes im

Elbwasserverunreinigungen nur gemacht werden können, wenn ihr Zusammenwirken untersucht wird. Es ist gesichertes ökologisches Wissen –



AKW geplant – Kraftw. – Kraftwerk geplant – Industriezentrum – geplant Industriezentrum

Geplante Industrieschwerpunkte laut Flächennutzungsplan 1978

Die Angaben über Einleitungen beziehen sich aufs Jahr und sind lediglich die behördlich genehmigten und bekannt gewordenen.



Rettet die Elbe – jetzt!

Im Februar blockierten die Elbfischer den Hamburger Hafen, um gegen die behördlich genehmigte Elbverschmutzung zu protestieren. Mit dem Verkaufsverbot von Elbaalen wegen ihres hohen Quecksilbergehaltes wird den Fischern ihre Existenzbedingung geraubt. Gefordert wird von der Bundesregierung und den Landesregierungen Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen:

1. Sofortiges Verbot aller Schwermetalleinleitungen in die Elbe.
2. Sanierung der Elbe bis 1984.
3. Aufstellung eines Planentwurfes zur Sanierung der Elbe bis September 1981.
4. Abkommen mit der DDR und CSSR zur Reduzierung der grenzüberschreitenden Abwasserfracht.
5. Ausreichende Maßnahmen zur Erhaltung der Elbfischerei für die Übergangszeit.

Hamburg im „Tut"-Fieber oder der Fluch der bürgerlichen Presse

Letzte Station der Ausstellung „Tutanchamun" auf ihrem Weg quer durch Europa und Nordamerika ist Hamburg. Vor einigen Tagen eröffnet, rechnet man mit einem ähnlichen Massenansturm wie in London, New York, Paris, Berlin oder München. Zirka 500000 Besucher werden während der 10 Wochen Ausstellungszeit in Hamburg erwartet.

Zustandegekommen ist diese Ausstellung durch die Bereitschaft der ägyptischen Regierung, die Schätze dieses Volkes auch den Völkern anderer Länder zugänglich zu machen und so die Beziehungen zwischen den Völkern durch das Kennenlernen der Kulturen zu entwickeln und zu vertiefen. „Zudem möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß es uns gelingen möge, die Besucher teilhaben zu lassen an unserer Liebe und Hochschätzung für diese Kultur und an unserer Überzeugung von der Genialität ihrer Schöpfer. Auch hoffe ich, daß die Ausstellung unserer Kunstschätze in der Bundesrepublik Deutschland zur weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit und Brüderlichkeit zwischen unseren beiden Völkern beitragen ... möge", so Sadat in seinem Geleitwort für diese Ausstellung.

Ausgestellt werden 55 Grabbeigaben des Pharao Tutanchamun, die erst vor zirka 50 Jahren zusammen mit 5000 anderen Einzelstücken im „Tal der Könige" gefunden worden sind. Zwar schon früher aufgebrochen, wurde dieses Grab im Gegensatz zu den anderen dennoch nicht ausgeraubt. Angefangen bei „Gebrauchsgegenständen" – ein etwas unpassender Begriff angesichts ihrer künstlerischen Vollendetheit – wie Lampe, Salbgefäß, Dolch oder Vase über Schmuck bis Kultfiguren und Herrschaftsinsignien geben die so überkommenen Grabbeigaben deshalb einen tatsächlich einzigartigen Eindruck von den Spitzenprodukten der Handwerkskunst in der ägyptischen Hochkultur auf ihrem Stand im 2. Jahrhundert v.u.Z.

In doppeltem Sinn kann man deshalb davon sprechen, daß diese Leihgaben ägyptischer Museen zum *Kennenlernen* eines zentralen Ausschnitts ägyptischer Kultur beitragen: Zum einen haben die Ausstellungsstücke tatsächlich exemplarischen Charakter, zum anderen sind sie auf das Interesse von Millionen von Menschen gestoßen. Doch stellt sich die Frage, ob sie auch tatsächlich zu besserem *Verstehen* der ägyptischen Kultur beigetragen haben.

In der Tat gibt es zwei widersprüchliche Seiten bei diesem Unternehmen. Die eine Seite stellt das offensichtlich große Interesse von Teilen der Volksmassen dar, die Geschichte der Menschheit näher kennenzulernen, wie es auch schon bei ähnlichen Ausstellungen in den letzten Jahren deutlich wurde. Mag sein, daß die Herkunft der Exponate aus einem Grabschatz, um den sich viele Mythen ranken, zusätzlich neugierig macht. Jedenfalls drückt sich hier ein wichtiges Bildungsinteresse aus, daß sich ja auch u.a. organisatorisch niederschlägt in der Ausbreitung von historischen Vereinen, Heimatvereinen, archäologischen Arbeitskreisen usw. Die andere Seite ist die Frage, wie dieses Interesse von der Bourgeoisie aufgegriffen wird.

Wenn spontanes Interesse, Einblicke in das Schaffen vergangener Kulturen zu gewinnen, Massenumfang annimmt, ist es für die Bourgeoisie durchaus zweischneidig und sie versucht, es zu kanalysieren und zu vernebeln. Flugs haben sich einige hochkarätige Fabrikanten und Bourgeoisfrauen zu „Captains" eines „Tut-Komitees" ernannt. (Hamburger Abendblatt vom 13.5.81), das die Durchführung der Ausstellung und die Verbreitung der Information mit Marketingmethoden steuert. In der Hamburger bürgerlichen Presse ist gleichzeitig ein „Tut-Fieber" erfunden worden, dem Hunderttausende erlegen seien. Die Morgenpost hat sich dabei fast nur mit den Mythen und Histörchen befaßt, die den „Fluch der Pharaonen" (Titel der Artikelserie) umgeben sollen. Auch „Bild" bringt natürlich nicht historische Fakten, sondern Sensationsstorys über die Ausgrabungen. „Ein großer Raum wird sichtbar, in dem es vor Gold nur so funkelt. Die beiden Engländer haben den größten Schatz aller Zeiten entdeckt. Die Sensation ist perfekt. Die Nachricht schlägt in aller Welt wie eine Bombe ein." (Bild, 16.5.81) So endet die Bild-Serie „Der Goldene König Tutanchamun und das wilde Leben im alten Ägypten".

Im Unterschied zu diesen Versuchen, historisches Erkenntnisse herunterzubringen auf abgeschmackte Skandälchen, gibt sich das Hamburger Abendblatt wissenschaftlich. In seiner Serie kann man wohl entsprechend dem Interesse von Teilen der Abonnenten Einzelheiten der ägyptischen Geschichte kennenlernen. Um so mehr beeilt sich das Blatt aber auch, in seiner Serie „Auf den Spuren des Goldenen Pharao" ganz offen Parallelen zur Gegenwart nahezulegen. Zum Beispiel: „So sehr die Frauen auch äußerlich ihren Männern untergeordnet waren, so hatten sie doch in der Familie wieder kaum anders als heute meist das entscheidende letzte Wort". Natürlich ertönt auch der Ruf nach dem starken Mann, der „das Problem in den Griff" bekommt. „Gegen Ende der Regierungszeit Echnatons, als Hunger und Elend herrschten, mag so mancher zu tief ins Glas geschaut haben. Erst unter Tutanchamun, als der zurückgewonnene Glaube an die alten Götter die Menschen wieder stabilisierte, bekam die Obrigkeit das Problem in den Griff. Die Dankbarkeit der Priester und Amun-Gläubigen dafür, daß Tutanchamun die gewohnte Ordnung wiederherstellte, zeigt sich daran..." (HA, 14.5.81) Über das Leben der Volksmassen jedoch „ist wenig bekannt". So kann sich das HA schließlich seitenweise über die Verwandtschaftsverhältnisse der Pharaonen ergehen und damit die Geschichte als Werk von „Persönlichkeiten" darstellen, um so vom Klassenwiderspruch und dem Kampf der Klassen von der Entwicklung menschlicher Geschichte abzulenken.

Kanalisierung des Interesses und Vernebelung tatsächlich gewonnener Ergebnisse historischer Forschung über die menschliche Geschichte, machen also den Kern dieses offiziellen Tut-Fiebers aus. Dabei ist es jedoch so, daß die Ausstellung selber überhaupt nicht Zeugnis ablegt von einem noch dazu unbedeutenden Herrscher. Auch wenn die Ausstellung nur „Einzigartigkeiten" aneinandergereiht, so sind doch Werke zu sehen, in denen sich der schaffende, arbeitende Mensch seiner Epoche verewigt hat.

Dieses Aneinanderreihen von „Einzigartigkeiten" ermöglicht es jedoch der bürgerlichen Interpretation, zunächst im Vordergründigen zu bleiben, dann jedoch gerade auf dieser Ebene ihre „ewigen Wahrheiten" von den immer gleichbleibenden menschlichen Verhältnissen und der Notwendigkeit von Zucht und Ordnung und dergleichen mehr zu verbreiten. Fesselnd und faszinierend ist nämlich gewissermaßen schon der Anblick, der erste Eindruck, den diese Ausstellungsstücke machen. Sie sind Beispiele für die Wirkung erster großer Zeugnisse menschlicher Kultur und unser Verhältnis zu ihnen, wie Marx es bereits beschrieb. „Ein Mann kann nicht wieder zum Kind werden, oder er wird kindisch. Aber freut ihn die Naivität des Kindes nicht, und muß er nicht selbst wieder auf einer höheren Stufe streben, seine Wahrheit zu reproduzieren? Lebt in der Kindernatur nicht in jeder Epoche ihr eigener Charakter in Naturwahrheit auf? Warum sollte die geschichtliche Kindheit der Menschheit, wo sie am schönsten entfaltet, als eine nie wiederkehrende Stufe nicht ewigen Reiz ausüben?" (Grundrisse, Bln.1953, S.31)

Dies erklärt auch des Masseninteresse an dieser Ausstellung, das keines künstlich angestachelten „Tut-Fiebers" bedarf, wobei durch die Ausstellungsstücke selbst die Frage nach dem „Charakter der Epoche", dessen Zeugen sie sind, zwar aufgeworfen, aber natürlich nicht beantwortet werden kann. Die Antwort gibt jede gesellschaftliche Klasse auf ihre Weise. Die Antwort der Bourgeoisie ist skizziert, in welche Richtung die Arbeiterklasse eine Antwort haben will, umriß Brecht mit den „Fragen eines lesenden Arbeiters":

Wer baute das siebentorige Theben?
In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
Und das mehrmals zerstörte Babylon
Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern
Des goldstrahligen Lima wohnten die Bauleute?
Wohin gingen an dem Abend, wo die Chinesische Mauer fertig war
Die Maurer?...

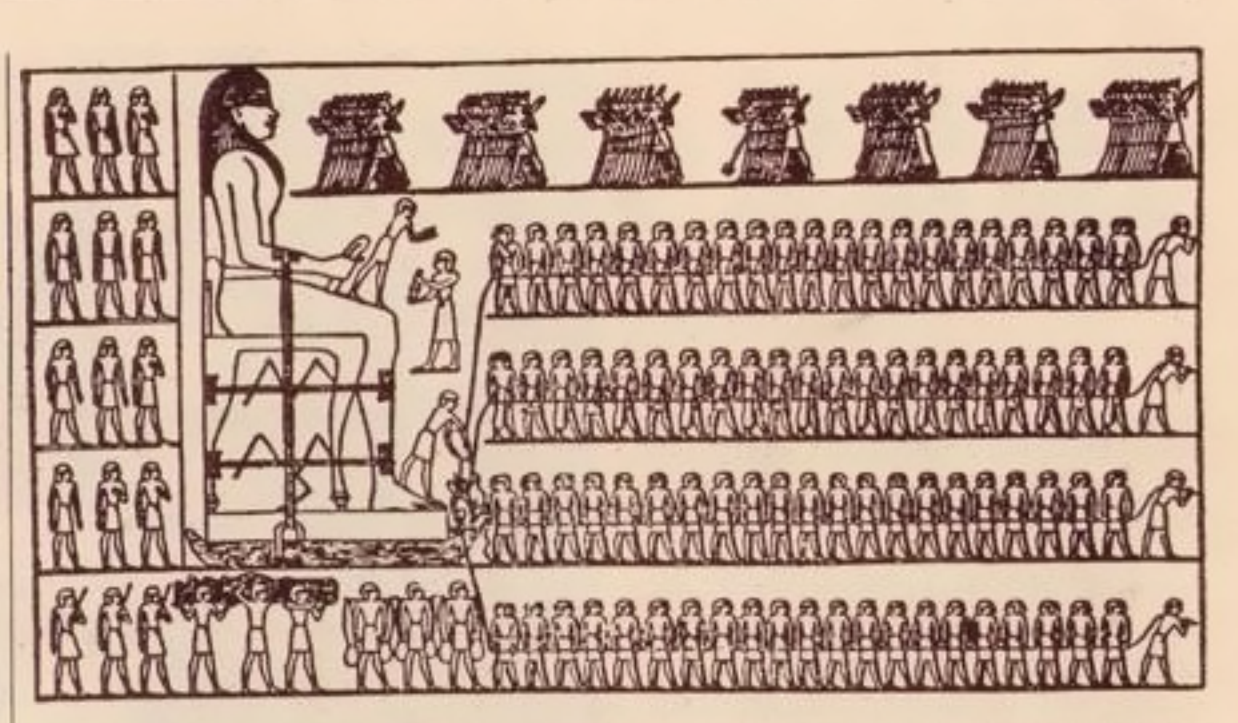
Um diese Fragen beantworten zu können, muß man sich darüber Kenntnisse verschaffen, welchen Stand die Produktion des materiellen Lebens erreicht hatte, welche Beziehungen die Menschen eingehen mußten, um die materiellen Bedingungen ihres Lebens sichern zu können. Man wird darauf stoßen, daß die urgesellschaftlichen Beziehungen, die zunächst die gemeinsame ungeteilte Arbeit aller erforderte, um jeden Tag aufs neue das Überleben zu sichern, bereits überwunden werden konnte; daß nicht alle unmittelbar Lebensmittel produzieren mußten – gerade in den fruchtbaren Tälern der großen Flüsse dieser Erde, daß dies ermöglichte, Handwerker zu ernähren und auch Menschen, die Kenntnisse aller zusammenfaßten und die Tätigkeiten anleiteten, sie zur Arbeit zwangen; daß mit dieser Teilung der Arbeit sich die Klassen entwickelten und einige wenige sich das von den Arbeitenden erwirtschaftete Mehrprodukt aneignete.

Die Einheit der Produzenten der Urgesellschaft tritt den Produzenten der asiatischen Produktionsweise mit ihrer Klassenteilung so in der despotischen Gestalt des Pharao gegenüber, dem das gemeinschaftlich erarbeitete Mehrprodukt gehört. Die besten Produkte der Handwerkskunst sind so Mittel für das Wohlergehen des Pharao, dabei auch für sein angenehmes Weiterleben nach dem Tode, da sein Wohlleben ab dem Tode Garant für ein gutes Leben auch seiner Untertanen nach dem Tode ist.

Unter diesem Blickwinkel werden die aneinandergereihten „Einzigartigkeiten" der Ausstellung zum einheitlichen Band von Werken, in denen sich das Leben der Arbeitenden und ihr Denken entsprechend ihrer historischen Bedingungen widerspiegelt. Sie machen damit auch deutlich, daß Klassenteilung und die Herrschaft einer Klasse historisches Produkt sind, daß mit der Entwicklung der menschlichen Geschichte auch wieder aufgehoben werden kann.

Unter diesem Gesichtspunkt sollte man die Ausstellung besuchen und sich mit ihr auseinandersetzen. Dies fördert gleichzeitig das Verständnis für die Geschichte und damit für den Kampf der Völker der Dritten Welt und entwickelt so, wie vom ägyptischen Volk mit dieser Ausstellung auch angestrebt, die Freundschaft zwischen den Völkern.

AG Geschichte der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung



„Kolossal zeigt sich die Wirkung der einfachen Kooperation in den Riesenwerken der alten Asiaten, Ägypter, Etrusker usw." (Marx, Das Kapital I, S. 353)



Im fruchtbaren Niltal konnte die landwirtschaftliche Produktion derart gesteigert werden, daß sie die Basis für eine der ersten Hochkulturen in der Geschichte der Menschheit abgab. Das Bild zeigt das Holzmodell eines orientalischen Pflugs aus einem ägyptischen Grab.

Könige" gefunden worden sind. Zwar schon früher aufgebrochen, wurde dieses Grab im Gegensatz zu den anderen dennoch nicht ausgeraubt. Angefangen bei „Gebrauchsgegenständen" – ein etwas unpassender Begriff angesichts ihrer künstlerischen Vollendetheit – wie Lampe, Salbgefäß, Dolch oder Vase über Schmuck bis Kultfiguren und Herrschaftsinsignien geben die so überkommenen Grabbeigaben deshalb einen tatsächlich einzigartigen Eindruck von den Spitzenprodukten der Handwerkskunst in der ägyptischen Hochkultur auf ihrem Stand im 2. Jahrhundert v.u.Z.

In doppeltem Sinn kann man deshalb davon sprechen, daß diese Leihgaben ägyptischer Museen zum *Kennenlernen* eines zentralen Ausschnitts ägyptischer Kultur beitragen: Zum einen haben die Ausstellungsstücke tatsächlich exemplarischen Charakter, zum anderen sind sie auf das Interesse von Millionen von Menschen gestoßen. Doch stellt sich die Frage, ob sie auch tatsächlich zu besserem *Verstehen* der ägyptischen Kultur beigetragen haben.

In der Tat gibt es zwei widersprüchliche Seiten bei diesem Unternehmen. Die eine Seite stellt das offensichtlich große Interesse von Teilen der Volksmassen dar, die Geschichte der Menschheit näher kennenzulernen, wie es auch schon bei ähnlichen Ausstel-

beiden Engländer haben den größten Schatz aller Zeiten entdeckt. Die Sensation ist perfekt. Die Nachricht schlägt in aller Welt wie eine Bombe ein." (Bild, 16.5.81) So endet die Bild-Serie „Der Goldene König Tutanchamun und das wilde Leben im alten Ägypten".

Im Unterschied zu diesen Versuchen, historisches Erkenntnisse herunterzubringen auf abgeschmackte Skandälchen, gibt sich das Hamburger Abendblatt wissenschaftlich. In seiner Serie kann man wohl entsprechend dem Interesse von Teilen der Abonnenten Einzelheiten der ägyptischen Geschichte kennenlernen. Um so mehr beeilt sich das Blatt aber auch, in seiner Serie „Auf den Spuren des Goldenen Pharao" ganz offen Parallelen zur Gegenwart nahezulegen. Zum Beispiel: „So sehr die Frauen auch äußerlich ihren Männern untergeordnet waren, so hatten sie doch in der Familie wieder kaum anders als heute meist das entscheidende letzte Wort". Natürlich ertönt auch der Ruf nach dem starken Mann, der „das Problem in den Griff" bekommt. „Gegen Ende der Regierungszeit Echnatons, als Hunger und Elend herrschten, mag so mancher zu tief ins Glas geschaut haben. Erst unter Tutanchamun, als der zurückgewonnene Glaube an die alten Götter die Menschen wieder stabilisierte, be-

von Zucht und Ordnung und dergleichen mehr zu verbreiten. Fesselnd und faszinierend ist nämlich gewissermaßen schon der Anblick, der erste Eindruck, den diese Ausstellungsstücke machen. Sie sind Beispiele für die Wirkung erster großer Zeugnisse menschlicher Kultur und unser Verhältnis zu ihnen, wie Marx es bereits beschrieb. „Ein Mann kann nicht wieder zum Kind werden, oder er wird kindisch. Aber freut ihn die Naivität des Kindes nicht, und muß er nicht selbst wieder auf einer höheren Stufe streben, seine Wahrheit zu reproduzieren? Lebt in der Kindernatur nicht in jeder Epoche ihr eigener Charakter in Naturwahrheit auf? Warum sollte die geschichtliche Kindheit der Menschheit, wo sie am schönsten entfaltet, als eine nie wiederkehrende Stufe nicht ewigen Reiz ausüben?" (Grundrisse, Bln.1953, S.31)

Dies erklärt auch des Masseninteresse an dieser Ausstellung, das keines künstlich angestachelten „Tut-Fiebers" bedarf, wobei durch die Ausstellungsstücke selbst die Frage nach dem „Charakter der Epoche", dessen Zeugen sie sind, zwar aufgeworfen, aber natürlich nicht beantwortet werden kann. Die Antwort gibt jede gesellschaftliche Klasse auf ihre Weise. Die Antwort der Bourgeoisie ist skizziert, in welche Richtung die Arbeiterklasse eine Antwort haben will, umriß Brecht mit den „Fragen eines lesenden Arbeiters":

In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
Und das mehrmals zerstörte Babylon
Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern
Des goldstrahligen Lima wohnten die Bauleute?
Wohin gingen an dem Abend, wo die Chinesische Mauer fertig war
Die Maurer?...

Um diese Fragen beantworten zu können, muß man sich darüber Kenntnisse verschaffen, welchen Stand die Produktion des materiellen Lebens erreicht hatte, welche Beziehungen die Menschen eingehen mußten, um die materiellen Bedingungen ihres Lebens sichern zu können. Man wird darauf stoßen, daß die urgesellschaftlichen Beziehungen, die zunächst die gemeinsame ungeteilte Arbeit aller erforderte, um jeden Tag aufs neue das Überleben zu sichern, bereits überwunden werden konnte; daß nicht alle unmittelbar Lebensmittel produzieren mußten – gerade in den fruchtbaren Tälern der großen Flüsse dieser Erde, daß dies ermöglichte, Handwerker zu ernähren und auch Menschen, die Kenntnisse aller zusammenfaßten und die Tätigkeiten anleiteten, sie zur Arbeit zwangen; daß mit dieser Teilung der Arbeit sich die Klassen entwickelten und einige wenige sich das von den Arbeitenden erwirtschaftete Mehrprodukt aneignete.

gesellschaft tritt den Produzenten der asiatischen Produktionsweise mit ihrer Klassenteilung so in der despotischen Gestalt des Pharao gegenüber, dem das gemeinschaftlich erarbeitete Mehrprodukt gehört. Die besten Produkte der Handwerkskunst sind so Mittel für das Wohlergehen des Pharao, dabei auch für sein angenehmes Weiterleben nach dem Tode, da sein Wohlleben ab dem Tode Garant für ein gutes Leben auch seiner Untertanen nach dem Tode ist.

Unter diesem Blickwinkel werden die aneinandergereihten „Einzigartigkeiten" der Ausstellung zum einheitlichen Band von Werken, in denen sich das Leben der Arbeitenden und ihr Denken entsprechend ihrer historischen Bedingungen widerspiegelt. Sie machen damit auch deutlich, daß Klassenteilung und die Herrschaft einer Klasse historisches Produkt sind, daß mit der Entwicklung der menschlichen Geschichte auch wieder aufgehoben werden kann.

Unter diesem Gesichtspunkt sollte man die Ausstellung besuchen und sich mit ihr auseinandersetzen. Dies fördert gleichzeitig das Verständnis für die Geschichte und damit für den Kampf der Völker der Dritten Welt und entwickelt so, wie vom ägyptischen Volk mit dieser Ausstellung auch angestrebt, die Freundschaft zwischen den Völkern.

AG Geschichte der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung

Bertold Brecht „Die Dreigroschenoper"

„Natürlich hab ich leider recht
Die Welt ist arm, der Mensch ist schlecht.
Wir wären gut – anstatt so roh
Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so."
(B. Brecht: Die Dreigroschenoper)

güh. Die Aufführung der Dreigroschenoper im Schauspielhaus in der Inszenierung von Christof Nel wurde nach der Premiere von der bürgerlichen Presse überwiegend gelobt.

Ich sah das Stück am 10.5. in einer Nachmittagsvorstellung. Das Parkett ist kaum gefüllt. In den Rängen zumeist Leute unter dreißig. Auch hier sind viele Plätze unbesetzt.

Allgemein ist der Beifall mäßig, mein Eindruck von der Aufführung auch.

Die Polly wird dargestellt von Therese Affolter. Sie spielt gut und singt grausam schlecht. Eine glatte Fehlbesetzung. Die anderen Darsteller sind gut – für eine Laienschauspieltruppe. Nur Gerd Kunath als Peachum deutet die Möglichkeiten, die im Stück stecken, an.

Wer die Dreigroschenoper vorher gesehen hat oder die Aufführung im damaligen „Jungen Theater" miterlebt hat, ist sicher enttäuscht. Außer einigen Gags, wie das gelungene akrobatische Zuwerfen und Auffangen der Teller bei der Hochzeitsparodie im Pferdestall und dem per Seil und Hakengurt bewerkstelligten Herausschweben Mackie Messers aus dem Gefängnis, nur Routine und Langeweile.

Das Bühnenbild: Links angedeutete Artillerierohre, in der Mitte die Skyline von Manhattan (spielt das Stück nicht in London?) auf der rechten Seite ein Luftschiff, das eine Rakete symbolisiert. Was hat das Bild mit dem Stück zu tun? mit dieser einfallslosen Inszenierung?

Die Story des Stücks ist einfach: Macheath genannt Mackie Messer ist Boss einer Mörder- und Räuberbande. Er ist der größte Hurenbock der Stadt, befreundet mit dem Polizeichef, Sherif Brown und will in Kürze ins Bankfach überwechseln. Sein ärgster Feind wird Jonathan Jeremia Peachum, der die Monopolfirma „Bettlers Freund" betreibt, denn Macheath hat heimlich Polly, seine Tochter geheiratet. Peachum will Polly behalten (sie ist brauchbar im Geschäft) und gönnt sie Mecheath nicht. Peachum hetzt die Polizei auf ihn. Der Polizeichef Brown muß, obwohl mit Mackie befreundet, den Räuber verhaften, weil Peachum sonst droht, mit seiner Bettlerarmee den Krönungszug zu belästigen. Browns Tochter Lucy befreit Mackie; aber der kann es nicht lassen, zu den Huren zu gehen, wo er erneut verhaftet wird. Wieder im Gefängnis, helfen ihm keine Bitten mehr: Weder befreit ihn Lucy, noch sind die Mitglieder seiner Bande bereit, den aufsichtsführenden Polizisten zu bestechen. Sie behaupten, sie hätten nicht rechtzeitig zu dem Geld kommen können. Macheath wird in feierlichem Zug zum Galgen geführt, dort erscheint der reitende Bote des Königs und bringt – als Theatercoup – die Begnadigung, Erhebung in den Adelsstand und die Aussetzung einer hohen Jahresrente für Macheath.

Wären nicht die zotigen, satirischen und parodierenden Moritatensongs, das Stück wäre längst vergessen. Diese sind allerdings zum großen Teil übergegangen ins allgemeine Volksbildungsgut und sind als Sprüche jedermann geläufig, man konnte es z.T. am ansonsten lauen Beifall an den markanten Stellen hören: „Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie? (Beifall!) Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank? Was ist die Ermordung eines Mannes gegen die Anstellung eines Mannes?" (Kein Beifall!)

Die Dreigroschenoper gehört nicht zu Brechts revolutionären „Meisterwerken" wie z.B. „Die Tage der Commune" etc. Allgemein wird die Dreigroschenoper als letztes der „frühen" Werke bzw. der noch nicht eindeutig marxistischen Werke Brechts gesehen. Ich halte diese Einschätzung für richtig. Brechts ideologische Entwicklung ist in etwa so: Bis 1916 macht er Gedichte, die den imperialistischen Ersten Weltkrieg, den Kaiser, das Vaterland usw. verherrlichen. Ab 1916 wird eine eindeutige Entwicklung sichtbar, die gegen den Krieg, gegen die heuchlerische Moral der bürgerlichen Welt gerichtet ist. Zunächst in Gedichten, dann vor allem in Kurzgedichten und ab 1918 in Theaterstücken gießt Brecht ganze Kübel voll von Spott, Satire und Lästerei über *alles* was Sitte, Anstand, Moral und Religion war und heute z.T. noch ist. Er verherrlicht alles, was sich scheinbar gegen die „Norm" stellt, u.a. Räuberbanden, Mörder, Hurenböcke, Egoisten, Homosexuelle, Frauenvergewaltiger, usw., alle Individuen, die rücksichtslos und radikal ihre individuellen *Glücksansprüche* in irgendeiner Art durchsetzen. Er macht sich mit einer solchen Sichtweise einen Namen bei den von der mißglückten Revolution 1918 enttäuschten Intellektuellen. Er bleibt aber nicht lange dabei stehen.

Um 1930 gelingt Brecht mit seinem Stück „Die heilige Johanna der Schlachthöfe" ein Theaterstück, das eindeutig revolutionären Charakter trägt und die durchsetzung des vitalen *Glücksanspruchs* der Besitzlosen als Klasse, thematisiert.

In der Dreigroschenoper klingen Versatzstücke einer revolutionären Kritik der bürgerlichen Verhältnisse schon an, insbesondere in den Moritatensongs, vorherrschend aber ist noch die der Unterweltfiguren, die Räuber, Huren etc., die die scheinbar radikale Kritik an der Bourgeoisie und ihrer Ideologie und ihrem Staatsorgan führen.

Mit der bewußten Gleichsetzung von Bürgern und Verbrechern in der Dreigroschenoper denunziert Brecht nicht die Bourgeoisie, sondern zeigt auch, daß Verbrecher ebenfalls bürgerlicher Natur sind, d.h. keine reale Alternative zum Bürgertum sind. Sein Blick wird frei, sich über den scheinbaren Gegensatz von Bürgertum und Verbrechen mit den tatsächlichen Verhältnissen, den ökonomischen Triebkräften zu beschäftigen und die unversöhnlichen Widersprüche zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern zu entdecken und darzustellen. Wir wissen heute, daß Brecht dieses in verschiedenen Stücken meisterhaft gelungen ist.

Erich Fried

bew. Am 6. Mai ist Erich Fried 60 Jahre geworden. Es gibt wenig deutsche Schriftsteller der Gegenwart, deren Gedichte auf Flugblättern und Aufrufen zu Demonstrationen, Versammlungen, politischen Aktionen und ähnlichen Anlässen abgedruckt wurden und werden. Bert Brecht und Alfred Andersch gehören dazu und Erich Fried. Wenn in den 60er Jahren in der demokratischen Bewegung noch oder wieder Gedichte gelesen wurden, so war Frieds Gedichtband ,,und VIETNAM und" darunter. Und Erich Fried, der vor den Nazis 1938 nach London geflohen war und seitdem dort lebt, war selbst dabei und unterstützte die Ostermärsche und den Vietnamkongreß, den Protest gegen Notstandsgesetze, Springerpresse und die Erschießung von Benno Ohnesorg, gegen den US-amerikanischen Krieg in Indochina, den israelischen Expansionismus und die sowjetischen Panzer in Prag. Aber auch danach, als ein Teil derer, die damals auf die Straße gegangen waren, sich zurückgezogen hatte, schwieg er nicht. Er bezeichnete die Erschießung Georg von Rauchs als ,,Vorbeugemord" (was ihm einen Beleidigungsprozeß eintrug), beschrieb im Gedicht die Umstände der Erschießung von Elisabeth van Dyck und forderte Aufklärung über den Tod Andreas Baders. Die Titel seiner Gedichtbände (20 Stück) stehen für die Einstellung und die Absichten Frieds: ,,Warngedichte" (1964), ,,Anfechtungen" (1967), ,,Aufforderung zur Unruhe" (1971), ,,Die Freiheit, den Mund aufzumachen" (1972).

Seine Lyrik ist politischer Kommentar zur Gegenwart, zu den wichtigsten politischen Themen, zu den gern unterdrückten und verheimlichten Sauereien der Herrschenden, zu den Wirkungen und Auswirkungen auf den Einzelnen. Da besteht keine Trennung zwischen ,,Politischem" und ,,Privatem". Die Gedichte, die nicht politische Themen zum Gegenstand haben, die Liebesgedichte und die von der Schwierigkeit handeln, als Mensch zu leben, sind da, wo sie privat sind, doch öffentlich, da sie nie den Bezug zur Zeit verlieren. Und die mit den politischen Themen weisen immer auf das Subjektive hin, zeigen die Betroffenheit des Einzelnen. Selbst da, wo die Gedichte von der Verzweiflung sprechen, machen sie Mut und Hoffnung. Der ,,Deutsche Herbst" schlägt hier nicht um in jene ,,linke Melancholie", die doch nichts anderes ist, als das politisch verbrämte Selbstmitleid jener, die resigniert oder einen warmen Platz gefunden haben.

Die Gedichte Frieds geben selten fertige Antworten, aber sie zwingen dazu, daß die Antworten gesucht werden. Sie fordern auf zum genauen Hinsehen, zum Nachfragen und zum Wörtlichnehmen. Häufig sind es kleine, kaum beachtete Tagesnachrichten, die Anlaß und Gegenstand eines Gedichtes sind, daran werden Zusammenhänge aufgezeigt und das Nachdenken darüber erzwungen.

Es bedarf nicht des Hasses, mit dem die Herrschenden in unserem Land die Gedichte Frieds verfolgen – die FAZ nannte seine Gedichte schon einmal ,,Mörderpoesie", der Bremer CDU-Fraktionsvorsitzende wollte ,,so etwas lieber verbrannt sehen" und CSU-Kultusminister Maier ließ Frieds Texte aus den Schulbüchern streichen – um zu sehen, daß sie ohne diese Gedichte etwas sicherer säßen.

Die Angaben zur Person Frieds sind der Zeitschrift ,,Freibeuter" Nr. 7 (Wagenbach Verlag) entnommen, die abgedruckten Gedichte Frieds neuestem Gedichtband ,,Lebensschatten", Berlin (Wagenbach Quarthefte 111) 1981 (12,80 DM).

und forderte Aufklärung über den Tod Andreas Baders. Die Titel seiner Gedichtbände (20 Stück) stehen für die Einstellung und die Absichten Frieds: ,,Warngedichte" (1964), ,,Anfechtungen" (1967), ,,Aufforderung zur Unruhe" (1971), ,,Die Freiheit, den Mund aufzumachen" (1972).
Seine Lyrik ist politischer Kommentar zur Gegenwart, zu den wichtigsten
Verzweiflung sprechen, machen sie Mut und Hoffnung. Der ,,Deutsche Herbst" schlägt hier nicht um in jene ,,linke Melancholie", die doch nichts anderes ist, als das politisch verbrämte Selbstmitleid jener, die resigniert oder einen warmen Platz gefunden haben.
Die Gedichte Frieds geben selten fertige Antworten, aber sie zwingen dazu, daß die Antworten gesucht werden. Sie
tusminister Maier ließ Frieds Texte aus den Schulbüchern streichen – um zu sehen, daß sie ohne diese Gedichte etwas sicherer säßen.
Die Angaben zur Person Frieds sind der Zeitschrift ,,Freibeuter" Nr. 7 (Wagenbach Verlag) entnommen, die abgedruckten Gedichte Frieds neuestem Gedichtband ,,Lebensschatten", Berlin (Wagenbach Quarthefte 111) 1981 (12,80 DM).

Der lange Arm der Ungerechtigkeit

Der Terrorismus
hat einen langen Arm

Die Tücke dieser Menschen paarte sich
mit besonderen Fähigkeiten
die unglaublich erscheinen können

Zum Beispiel hat Andreas Baader
um vorzutäuschen
daß er ermordet wurde
seinen berühmten Selbstmord
nicht nur begangen indem er sich
hinterlistig
so ins Genick schoß
daß die Kugel zur Stirne heraustrat
(noch dazu mit der rechten Hand
obwohl er Linkshänder war)
sondern er hat
laut Befund des Ballistikexperten
des Bundeskriminalamts
diesen Schuß aus einer Entfernung
von dreißig bis vierzig
Zentimetern zwischen der Mündung
der Pistole und
seinem Hinterkopf abgegeben

Das soll ihm mal einer nachmachen
Da kann man nur sagen
der Terrorismus
hat einen langen Arm

Eigentlich
in memoriam Manfred Perder

Als am Gründonnerstag 1980
ein Polizist
bei einer Verkehrskontrolle
die eigentlich Fahndung
auf Terroristen war
den Nichtterroristen Perder
durch Kopfschuß getötet hatte
schickte der Düsseldorfer
Regierungspräsident Rohde
der Witwe ein Beileidstelegramm
mit den Worten:
DER TERRORISMUS
IN UNSEREM LAND
HAT WIEDER
EIN UNSCHULDIGES OPFER
GEFUNDEN
(Punkt
Neuer Satz)
DIE EIGENTLICHEN
VERANTWORTLICHEN
BLEIBEN IM SCHATTEN

Der Regierungspräsident
hat wieder
in aller Unschuld
für das Opfer
die eigentlich wahren
Worte gefunden

Zusätzlich Bedingung

Wichtig
ist nicht nur
daß ein Mensch
das Richtige
denkt

sondern auch
daß der
der das Richtige
denkt
ein Mensch ist

Bevor ich sterbe

Noch einmal sprechen
von der Wärme des Lebens
damit doch einige wissen:
Es ist nicht warm
aber es könnte warm sein

Bevor ich sterbe
noch einmal sprechen
von Liebe
damit doch einige sagen:
Das gab es
das muß es geben

Noch einmal sprechen
vom Glück der Hoffnung auf Glück
damit doch einige fragen:
Was war das
wann kommt es wieder?

Der lange Arm der Ungerechtigkeit
Der Terrorismus
hat einen langen Arm
Die Tücke dieser Menschen paarte sich
mit besonderen Fähigkeiten
die unglaublich erscheinen können
Zum Beispiel hat Andreas Baader
um vorzutäuschen
daß er ermordet wurde
seinen berühmten Selbstmord
nicht nur begangen indem er sich
hinterlistig
so ins Genick schoß
daß die Kugel zur Stirne heraustrat
(noch dazu mit der rechten Hand
obwohl er Linkshänder war)
sondern er hat
laut Befund des Ballistikexperten
des Bundeskriminalamts
diesen Schuß aus einer Entfernung
von dreißig bis vierzig
Eigentlich
in memoriam Manfred Perder
Als am Gründonnerstag 1980
ein Polizist
bei einer Verkehrskontrolle
die eigentlich Fahndung
auf Terroristen war
den Nichtterroristen Perder
durch Kopfschuß getötet hatte
schickte der Düsseldorfer
Regierungspräsident Rohde
der Witwe ein Beileidstelegramm
mit den Worten:
DER TERRORISMUS
IN UNSEREM LAND
HAT WIEDER
EIN UNSCHULDIGES OPFER
GEFUNDEN
(Punkt
Neuer Satz)
DIE EIGENTLICHEN
VERANTWORTLICHEN
Zusätzlich Bedingung
Wichtig
ist nicht nur
daß ein Mensch
das Richtige
denkt
sondern auch
daß der
der das Richtige
denkt
ein Mensch ist
Bevor ich sterbe
Noch einmal sprechen
von der Wärme des Lebens
damit doch einige wissen:
Es ist nicht warm
aber es könnte warm sein
Bevor ich sterbe
noch einmal sprechen
von Liebe
damit doch einige sagen:

,,Engel aus Eisen" Die Idee als Wirklichkeit

acm. Dies ist Thomas Braschs erster Spielfilm und zugleich der einzige Beitrag des ,,Deutschen Films" auf den Festspielen zu Cannes, die bis zum 27. Mai stattfinden. Auf was sich Brasch bezieht, ist das Berlin von 1948, wo die westlichen Besatzungsmächte die Währungsreform durchführten, die Spaltung Deutschlands einleiteten und die Luftbrücke installierten. Und er bezieht sich auf eine jugendliche Diebesbande, die ,,Gladow-Bande", die zu dieser Zeit in Ost- und Westberlin ein Ding nach dem anderen drehte, mit Mord- und Todschlag verbunden, und deren Häupter letztlich zum Tode verurteilt wurden.

So gesehen hat er bestimmt ein sehr interessantes Thema gewählt. Es werden damit auch Erwartungen geweckt: Die Zeit direkt nach dem Kriege dargestellt zu finden, Aufklärung vielleicht über die Spaltung Deutschlands, über die Lage der Jugend in der Nachkriegszeit, die eine solche Bande hervorbringt, Aussagen über die Wirkung der Währungsreform. Oder vielleicht auch subjektiver: Was bringt den 17jährigen Gladow dazu, sich wie Al Capone (den er als sein Vorbild angesehen hat) aufzuführen, systematisch eine Bande herauszubilden und einen Überfall nach dem anderen zu starten, wobei es ihm nicht ums Geld ging, sondern um die Faszination der Tat, wie er selber sagte. Und auch die Frage taucht auf: War es richtig, 17jährige zum Tode oder zu hohen Haftstrafen zu verurteilen, haben nicht die Kriegsbedingungen und Nachkriegszeit diese Bande hervorgebracht?

Nicht, daß sich für den Zuschauer diese Fragen nicht aufwerfen, aber diesen Fragen stellt sich der Film nicht. Der Schriftsteller und jetzt auch Regisseur Brasch hat es ganz anders gemacht: ,,Was ich versucht habe, ist eine Balade über den Tod; einer der den Tod bringt – also der Scharfrichter –, und einer, der Junge, der den Tod sucht. ,Botschaft' – ich kann nicht über den Film hinaus etwas mitteilen wollen. Artikel oder Reden sind da geeignetere Mittel. Vielleicht ist das ein sehr konservativer Kunstbegriff, aber ich glaube, daß über das hinaus, was man herstellt, eigentlich nichts zu etwas anderem weist." Dieses Verständnis erweist sich für den Film als prägend. Die ,,Engel aus Eisen" sind Luftbrückentransporter, die durch ihren Lärm das fortgesetzte Chaos symbolisieren, was der Bande als Grundlage für ihre Taten dient. So denn auch die symbolhafte Gleichsetzung vom Ende der Luftbrücke und dem Ende der Bande und von Gladow. Der sinnträchtige Satz: ,,Die da oben haben sich geeinigt. Morgen hörst du hier jede Fliege husten", ist wohl die Leitaussage, denn er kündigt das Ende der Unruhe und des Chaos an (z.B. wird durch die bewußte Grenzziehung der Aktenaustausch der Kriminalpolizei wieder beginnen, der zeitweise eingestellt war). Und hier zeigt sich, daß Brasch die Idee zur Wirklichkeit werden läßt, daß die Fiktion vom Tode eines 17jährigen Bandenführers die Entwicklung der Wirklichkeit überwindet und eine Positionsbeziehung nur noch in entrückter Form stattfindet. Diese läßt er schon am Anfang des Films andeuten, als er in einer Szene einen Mann, als Samurei gekleidet, sagen läßt: ,,Lieber Gott, erspare mir, in einer uninteressanten Zeit zu leben."

Brasch gestaltet – trotz dem Mittel des Schwarzweiß-Films, einer differenzierten Kulisse des Nachkriegsberlins und dem Einsatz von präzisen, aber äußerst sparsam eingesetzten Dialogen – kaum eine lebendige Geschichte, entwickelt keine Persönlichkeiten sondern Protagonisten und schafft für meine Begriffe eine weitgehende Anonymität. Jede Szene wiederum scheint Schlüsselfunktion zu haben, aber man findet den Schlüssel, den Zugang nicht. Es scheint gewollt, nichts außer dem einen Hintergrund aufzuzeigen: ,,Ein Moment der Unordnung, des mangelnden Zugriffs der Herrschenden schafft einen Freiraum für diese Außenseiter." In diesem Zusammenhang steht wohl auch nur die Person Völpels. Der ehemalige Scharfrichter, der in Ost- und Westberlin jeweils die Kriegsverbrecher hinrichten mußte und jetzt für die Polizei arbeitet und darüber an die Unterlagen für die Überfälle herankommt – der als durch den Krieg zerstört und durch die Funktion des Scharfrichters gedemütigt erscheint und Brasch ihm, wie zitiert, die Rolle des ,,Todesengels" zuweist. Und diesen Völpel läßt er in einem Monolog ausführen: ,,Das Geld, von wem holen wir uns das, na! Wir holen es uns vom arbeitenden Menschen, verstehst du. Das ist der Hauptfeind. Acht Stunden Arbeit am Tag, kriminell. Verstehst du, Werner. Nicht wir beide sind kriminell, der kleine arbeitende Mensch. Wenn es staatlicherseits erlaubt wäre, jeder hätte seine Guillotine in der Küche. Nicht wir sind kriminell, auch nicht die Regierung, die haben sie sich selber aufs Dach gesetzt, kriminell ist, na, wer?" Und auch bei der Verhaftung Gladows tobt sich eine hysterische Menge aus: ,,Berlin ist kein Chicago." Tatsächlich hat die Gladow-Bande in Berlin damals viel Unmut und Wut hervorgerufen. Aber daß sie bei ihren Taten auch die einfachen Leute tyrannisierten, das wird in dem Film nicht deutlich, spielt gar keine Rolle. Und so erscheinen diese Szenen und Dialoge als Affront gegen die Massen, die eigentlichen Versager und Schuldigen. Und damit bekommt die Ausführung der Idee Braschs zynische Züge, er verfremdet die Wirklichkeit.

Wenn Brasch mit diesem Film einen Preis holt, wäre das keine Überraschung. Der Film ist von hoher ästhetischer Qualität und Suggestivkraft in den Bildern, und damit wird Braschs Idee optimal umgesetzt. Aber mit diesem Ästhetizismus unterliegt auch die Realität, die Wirklichkeit kommt unter die Räder von Braschs ,,konservativem Kunstbegriff" und wird damit zum abermaligen Beweis, daß man die Welt nicht nach einer Idee gestalten kann, sondern Bewegung und Veränderung die ,,Hauptrolle" spielen müssen, wenn nicht einer nur seinen Kopf wiedergeben will.

Faszination der Tat, wie er selber sagte. Und auch die Frage taucht auf: War es richtig, 17jährige zum Tode oder zu hohen Haftstrafen zu verurteilen, haben nicht die Kriegsbedingungen und Nachkriegszeit diese Bande hervorgebracht?
Nicht, daß sich für den Zuschauer diese Fragen nicht aufwerfen, aber diesen Fragen stellt sich der Film nicht. Der Schriftsteller und jetzt auch Regisseur Brasch hat es ganz anders gemacht: ,,Was ich versucht habe, ist eine Balade über den Tod; einer der den Tod bringt – also der Scharfrichter –, und einer, der Junge, der den Tod sucht. ,Botschaft' – ich kann nicht über den Film hinaus etwas mitteilen wollen. Artikel oder Reden sind da geeignetere Mittel. Vielleicht ist das ein sehr konservativer Kunstbegriff, aber ich glaube, daß über das hinaus, was man herstellt, eigentlich nichts zu etwas anderem weist." Dieses Verständnis erweist sich für den Film als prägend. Die ,,Engel aus Eisen" sind Luftbrückentransporter, die durch ihren Lärm das fortgesetzte Chaos symbolisieren, was der Bande als Grundlage für ihre Taten dient. So denn auch die symbolhafte Gleichsetzung vom Ende der Luftbrücke und dem Ende der Bande und von Gladow. Der sinnträchtige Satz: ,,Die da oben haben sich geeinigt. Morgen hörst du hier jede Fliege husten", ist wohl die Leitaussage, denn er kündigt das Ende der Unruhe und des Chaos an (z.B. wird durch die bewußte Grenzziehung der
und Brasch ihm, wie zitiert, die Rolle des ,,Todesengels" zuweist. Und diesen Völpel läßt er in einem Monolog ausführen: ,,Das Geld, von wem holen wir uns das, na! Wir holen es uns vom arbeitenden Menschen, verstehst du. Das ist der Hauptfeind. Acht Stunden Arbeit am Tag, kriminell. Verstehst du, Werner. Nicht wir beide sind kriminell, der kleine arbeitende Mensch. Wenn es staatlicherseits erlaubt wäre, jeder hätte seine Guillotine in der Küche. Nicht wir sind kriminell, auch nicht die Regierung, die haben sie sich selber aufs Dach gesetzt, kriminell ist, na, wer?" Und auch bei der Verhaftung Gladows tobt sich eine hysterische Menge aus: ,,Berlin ist kein Chicago." Tatsächlich hat die Gladow-Bande in Berlin damals viel Unmut und Wut hervorgerufen. Aber daß sie bei ihren Taten auch die einfachen Leute tyrannisierten, das wird in dem Film nicht deutlich, spielt gar keine Rolle. Und so erscheinen diese Szenen und Dialoge als Affront gegen die Massen, die eigentlichen Versager und Schuldigen. Und damit bekommt die Ausführung der Idee Braschs zynische Züge, er verfremdet die Wirklichkeit.
Wenn Brasch mit diesem Film einen Preis holt, wäre das keine Überraschung. Der Film ist von hoher ästhetischer Qualität und Suggestivkraft in den Bildern, und damit wird Braschs Idee optimal umgesetzt. Aber mit diesem Ästhetizismus unterliegt auch die Realität, die Wirklichkeit kommt unter die Räder von Braschs ,,konservativem

Fernsehvorschau

,,Wessen Gesetz?"

Ob dieser Ungarische Spielfilm von 1978 eine scharfe Kritik am gesellschaftlichen Alltag in Ungarn ist oder mehr ein Krimi mit kritischem Touch vermag ich nicht im vorhinein zu sagen, da es auch eine Erstaufführung ist und über Film und Regisseur wenig zu hören war. Die Handlung läßt zumindest Rückschluß auf das erstere zu: Ein junger Polizist tritt in einem Dorf seine Stellung an, in dem die Bewohner durch eine gutgehende Produktionsbrigade zu kleinem Wohlstand gekommen sind. Er stellt zuerst verdächtige Lastwagenfahrer vor einer Fleischverarbeitung fest, daraus wird letztlich ein größerer Fleischdiebstahl. Als er diesen aufdeckt und meint, dafür belobigt werden zu müssen, läuft er gegen eine Wand von Korruption in Skandalgröße. In die Ergebnisse seiner fortgesetzten Aufklärung ist denn auch der Genossenschaftsvorsitzende verwickelt.
Dienstag, 26.5., 19.30 Uhr im ZDF

,,Frech wie Fairbanks"

Ein arbeitsloser Chemie-Ingenieur, von seinem Vater ,,Fairbanks" genannt, und eine kleine Schauspielerin, die auf einer Vorstadtbühne ,,Alice im Wunderland" spielt, träumen von der Zukunft. Marie wird zwar mit der Gegenwart fertig, nicht aber Andre, der voller Ungeduld alles zerstört, was sich zwischen ihnen als winzige Realität entwickelt hat. Die ,,tip" schreibt: ,,In ,Frech wie Fairbanks', 1975 gedreht, mischt Regisseur Dugowson Elemente der Heiterkeit und Rührung mit solchen der Tragik und Ergriffenheit. Was als leichtfüßige Komödie beginnt, entwickelt sich immer stärker zu einem ernsten Film um einen jungen Mann, dessen Lebensfreude an der ernüchternden Realität der Arbeitslosigkeit zerbricht."
Freitag, 29.5., 23.05 Uhr im ZDF

Mexiko im Film

Im Juni sendet das ZDF eine Reihe von Filmen aus Mexiko. Im ,,Filmforum" wird vorab unter dem Titel ,,Revolution im Ruhestand – Mexiko im Spiegel seiner Filme" eine Einführung in die mexikanische Filmlandschaft gegeben, wo vor allem seit Beginn der siebziger Jahre eine breite Bewegung in Gang gekommen ist.
Montag, 1.6., 22.55 Uhr im ZDF